



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht April 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

29. März 2016

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
Vege – Fotolia (S. 5), Freepik (S. 7), Maksim Kabakou –
Shutterstock (S. 10), Idrutu – iStock (S. 11), Stillkost – Fotolia (S.12),
georgejmclittle – Fotolia (S. 13), Eisenhans – Fotolia (S. 14),
Gerhard Seybert – Fotolia (S. 16), Nadla – iStock (S. 19),
Firma V – Fotolia (S. 20), WS-Design – Fotolia (S. 22),
goodluz – Shutterstock (S. 23), Jochen Tank, BG BAU (S. 24),
Borrs/Mittelstand-Digital (S. 25, S. 26 unten, S. 26 oben, S. 27)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	8
Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt.....	10
Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg.....	16
eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung.....	20
Digitalisierung als Chance begreifen.....	25
II. Wirtschaftliche Lage.....	29
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	32
III. Übersichten und Grafiken.....	43
1. Gesamtwirtschaft.....	44
2. Produzierendes Gewerbe.....	52
3. Privater Konsum.....	60
4. Außenwirtschaft.....	62
5. Arbeitsmarkt.....	64
6. Preise.....	66
7. Monetäre Entwicklung.....	70
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	72
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	74

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Welt der Wirtschaft wird digital. Ob im Handwerk, Handel oder Dienstleistungsbereich, ob beim „Hidden Champion“ oder beim Großbetrieb – Unternehmen aller Branchen und Größenklassen erleben heute einen tiefgreifenden Wandel. Digitale Technologien und die weltweite Vernetzung stellen klassische Produktionswege und Geschäftsabläufe auf den Kopf. Sie verbessern und erleichtern die Arbeitsprozesse und sorgen für höhere Produktivität. Neue Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entwickeln sich in immer kürzerer Zeit. So entstehen neue Marktchancen und Arbeitsplätze. Forscher schätzen: Wenn Deutschland die digitalen Technologien konsequent nutzt, könnte die Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2020 um zusätzliche 82 Milliarden Euro steigen.

Doch die Digitalisierung stellt Unternehmen und ihre Beschäftigten auch vor Herausforderungen. Geschäftsmodelle, die über Jahrzehnte erfolgreich waren, werden binnen kurzer Zeit in Frage gestellt – das kann manch etabliertes Unternehmen verunsichern. Ebenso befürchten manche Beschäftigte, mit der rasanten technologischen Entwicklung nicht Schritt halten zu können.

Wir wollen die Digitalisierung so gestalten, dass sie zur ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolgsgeschichte für alle wird. Deutschland soll zu einem der weltweit modernsten Wirtschaftsstandorte werden. Gleichzeitig müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen von den Chancen des digitalen Zeitalters profitieren.

Welche Schritte auf diesem Weg noch vor uns liegen, beschreibt die Digitale Strategie 2025, die ich am 14. März 2016 auf der CeBIT in Hannover vorgelegt habe.

Hochleistungsfähige Breitbandnetze sind die Basis der Digitalisierung und deshalb für unsere Zukunftsfähigkeit entscheidend. Übertragungsraten von 50 MBit/s sind ein wichtiges Zwischenziel, an dem die Bundesregierung bereits intensiv arbeitet. Aber auf mittlere Sicht brauchen wir ein Gigabit-Glasfasernetz, wie es einige unserer Wettbewerber schon heute aufbauen. Denn ob automatisierte Fahrzeuge, das Internet der Dinge oder neue digitale Vertriebswege und Logistikprozesse: Viele neue wegweisende Anwendungen erfordern Echtzeitkommunikation im Gigabitbereich.

Zudem müssen wir mehr in Innovation investieren. Gründerinnen und Gründer mit kreativen Ideen sind Treiber des digitalen Wandels. Wir haben viele kluge Köpfe, die ihr eigenes Unternehmen gründen, innovative Technologien auf den Markt bringen und neue Arbeitsplätze schaffen. Aber das geht nicht ohne Kapital. Der deutsche Wagniskapitalmarkt ist zwar auf gutem Wege. Von 2013 bis 2015 haben sich die Risikokapitalinvestitionen fast verfünffacht. Aber diese Entwicklung muss weitergehen, denn im Verhältnis zu unserer Wirtschaftskraft ist der Wagniskapitalmarkt immer noch zu klein.

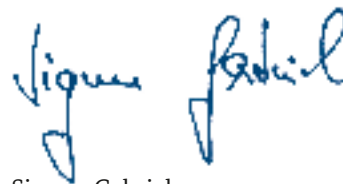
Daher werden wir unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen noch einmal kräftig ausweiten. Am 15. März fiel der Startschuss für zwei neue Instrumente für mehr Risikokapital in Deutschland. Der Fonds „coparion“ hat ein Volumen von 225 Millionen Euro und richtet sich an Unternehmen in der frühen Wachstumsphase. Die ERP/EIF-Wachstumsfazilität unterstützt mit einem Volumen von 500 Millionen Euro schnell wachsende Unternehmen bei der weiteren Erschließung neuer Märkte. Nach dem erfolgreichen High-Tech Gründerfonds, der in der Gründungsphase greift, stellen wir damit auch für junge Unternehmen in den kapitalintensiven Wachstumsphasen neue Finanzierungsoptionen bereit.

Die Digitale Strategie macht schließlich auch deutlich: Die Zeit der „Einzelkämpfer“ ist vorbei. Für Deutschland als starken Produktionsstandort liegt ein großes Potenzial darin, dass Industrieunternehmen mit aufstrebenden Start-ups kooperieren und so ihre Stärken zusammenbringen: Kapitalstärke und etablierte Marktposition auf der einen Seite, neue Ideen und unkonventionelle Methoden auf der anderen Seite – so gelingt der Übergang zu Industrie 4.0 am besten. Und auch in anderen Branchen eröffnen Kooperationen und Netzwerke vielfältige Möglichkeiten für gemeinsame Innovationen.

Die Digitalisierung der Wirtschaft und die Rolle der Wirtschaftspolitik in diesem Prozess stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“. Mit Blick auf die wichtige und weiter wachsende Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland muss das Urheberrecht mit den Entwicklungen der Digitalisierung Schritt halten. Welche Anpassungen notwendig sind und durchgeführt werden, stellt ein ausführlicher Beitrag in dieser Ausgabe vor. Weitere Artikel zeigen, welche Vorteile die Digitalisierung für die Energiewende wie auch für Industrieprozesse im Mittelstand eröffnet und welche konkreten Maßnahmen hierfür getroffen werden.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Kongress zeigt die Potenziale von Open Data für die Wirtschaft



Am Dienstag, 19. April 2016, findet von 10:00 bis 17:00 Uhr unter dem Motto „Open Data – Potenziale für die Wirtschaft“ im Konferenzzentrum des Bundeswirtschaftsministeriums in Berlin ein gemeinsamer Kongress des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und der Kommission für Geo-informationswirtschaft statt. Der Kongress soll aufzeigen, welchen Mehrwert offene und frei verfügbare Daten für die Wirtschaft entfalten können und welche Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen. Brigitte Zypries, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, wird den Kongress mit einer Keynote eröffnen. Im Anschluss geben Vertreter aus Wirtschaft und Verwaltung einen Einblick in die Nutzung offener Daten durch die Wirtschaft und in die Open Data-Strategien der Verwaltung: Welche Ziele verfolgt die Verwaltung mit Open Data und welche Wirkung entfalten offene Daten in der Praxis? Wie können offene Daten für die Wirtschaft noch besser nutzbar gemacht werden?

Offenen, frei verfügbaren Daten wird oft ein hohes wirtschaftliches Potenzial beigemessen. Sie können die Basis für innovative Produkte und Dienstleistungen sein, die auf der Verwendung, dem Aggregieren oder Kombinieren von nutzbaren Daten beruhen – zum Beispiel für Apps, Navigationssysteme in Fahrzeugen, Wettervorhersagen oder Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

Bereits heute profitieren Unternehmer von Open Data. Ob Entwicklung neuer Anwendungen durch Start-ups, Weiterverwendung offener Daten des europäischen Erdbeobachtungsprogramms Copernicus oder Veranstaltung von Hackathons als Wettbewerben für Entwickler und Programmierer zur Suche nach kreativen Lösungen mit offenen Daten – Good-Practice-Beispiele sollen im Verlauf des Kongresses aufzeigen, was schon heute mit Open Data möglich ist.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei.

Weiterführende Informationen finden Sie unter:



[http://bit.ly/
OpenData
Kongress 2016](http://bit.ly/OpenDataKongress2016)



[http://bit.ly/
Flyer OpenData
Kongress 2016](http://bit.ly/FlyerOpenDataKongress2016)

Kontakt: Nils Börnsen und Uta Böhner
Referate: Ökonomische Fragen der Digitalen Agenda und gesellschaftliche Entwicklungen, Digitale Souveränität; Mittelstand-Digital

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

April 2016	
05.04.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Februar)
06.04.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Februar)
11.04.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.04.	Informeller Energierat in Amsterdam
22./23.04.	Eurogruppe und informeller ECOFIN-Rat in Amsterdam
Ende April 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Mai 2016	
09.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
10.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
13.05.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
13.05.	Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Handel)
24./25.05.	Eurogruppe und ECOFIN-Rat
26.05.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Telekommunikation)
26./27.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat
Ende Mai 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juni 2016	
06.06.	Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)
09.06.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (April)
10.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
15.06.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
16./17.06.	Eurogruppe und ECOFIN
23./24.06.	Europäischer Rat
Ende Juni 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
<https://www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html>



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html>

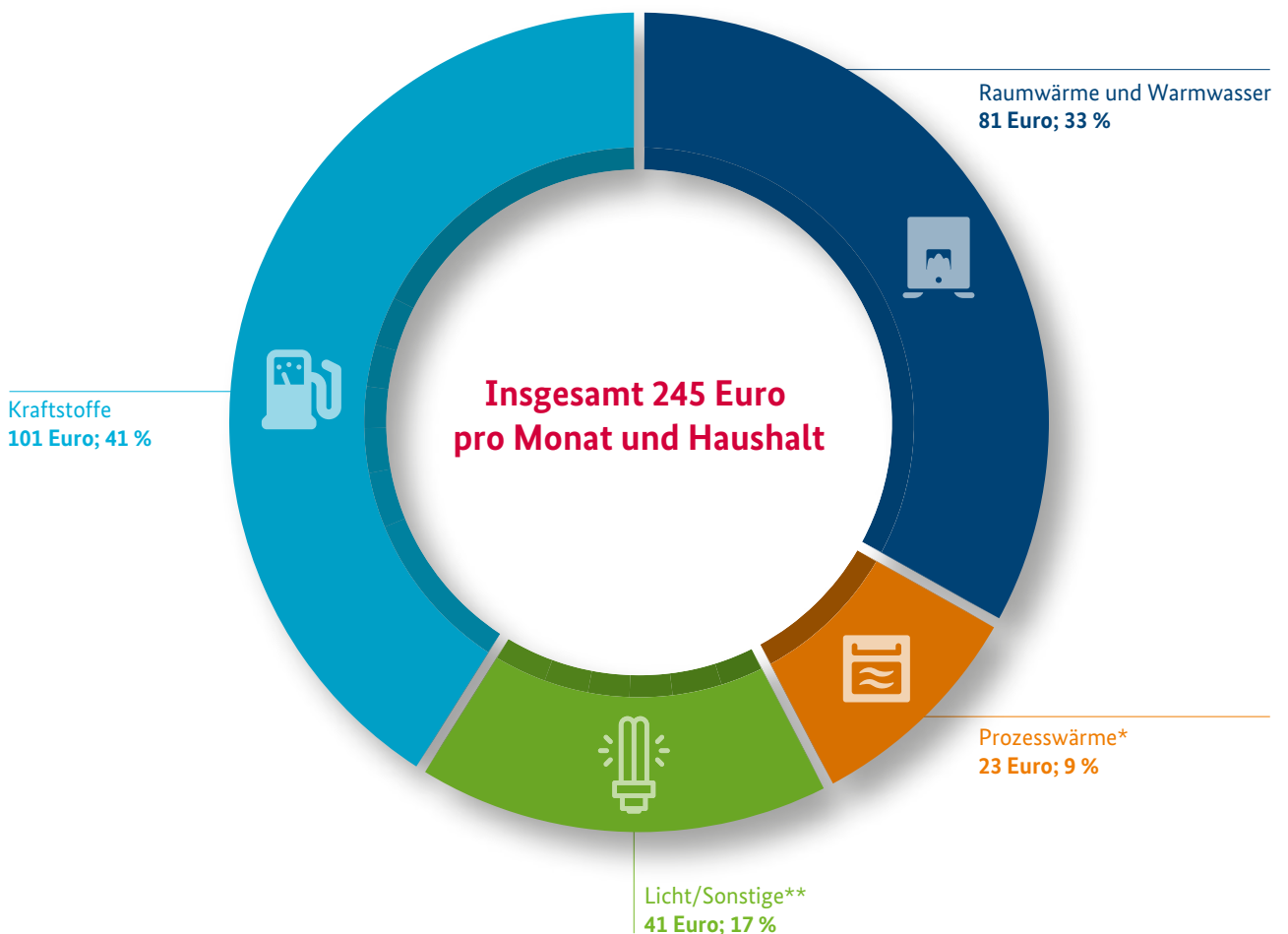


Grafik des Monats

Die monatlichen Ausgaben für Energie ...

... der rund 40 Millionen privaten Haushalte in Deutschland beliefen sich im Jahr 2014 durchschnittlich auf 245 Euro je Haushalt. Mit ungefähr 100 Euro pro Monat wurde der größte Teil (41 Prozent) für Kraftstoffe ausgegeben. Ein Drittel der Ausgaben fiel für Raumwärme und Warmwasser an. Die Zusammensetzung der Energieausgaben war in den letzten zwei Jahrzehnten recht stabil. Der Anteil der Energieausgaben an den gesamten Konsumausgaben privater Haushalte lag im Jahr 2014 mit 7,3 Prozent hingegen etwas niedriger als im Durchschnitt der drei Jahre davor. Hintergrund sind gesunkene Endverbraucherpreise (Heizöl: Rückgang um acht Prozent in 2014) und die extrem warmen Wintermonate.

Monatliche Ausgaben für Energie pro Haushalt (2014)



* Prozesswärme: Kochen.

** Licht/Sonstige: Beleuchtung, Information und Kommunikation, Betrieb von elektrischen Geräten.

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft – Projektgruppe „Nutzenergiebilanzen“

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die deutsche Wirtschaft ist gut in das Jahr 2016 gestartet und bleibt trotz eines unsicheren globalen Umfelds auf Wachstumskurs.
- ▶ Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich allerdings angesichts von Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung der rohstoffproduzierenden Schwellenländer und aufgrund von Spannungen an den Finanzmärkten zuletzt spürbar eingetrübt.
- ▶ Die Industrie und das Baugewerbe haben zu Jahresbeginn ihre Erzeugung kräftig ausgeweitet. Die Auftragsituation blieb stabil.
- ▶ Der Arbeitsmarkt entwickelt sich nach wie vor positiv.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet. Im Schlussquartal des Jahres 2015 blieb sie trotz einer Durststrecke der Industrie mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,3 % auf Wachstumskurs. Zu Jahresbeginn 2016 wurde dann die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe sowohl im Bereich der Industrie als auch im Baugewerbe kräftig ausgeweitet.¹ Die Auftragsituation in der Industrie stellt sich zu Jahresbeginn ebenfalls gut dar. Besonders kräftig und deutlich stärker als in den Vormonaten fiel im Januar der saisonbereinigte Anstieg der Erwerbstätigkeit aus. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung nach dem guten Start im ersten Quartal des Jahres weiter zunehmen. Allerdings hat sich die Stimmung in der Wirtschaft spürbar eingetrübt. Dies ist vor allem der gestiegenen Unsicherheit über die weitere Entwicklung des globalen wirtschaftlichen Umfelds und den Turbulenzen an den Finanzmärkten zu Jahresbeginn geschuldet. Die grundlegenden Auftriebskräfte der deutschen Wirtschaft sind aber weiterhin intakt. Von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage kommen zuverlässige Impulse. Der niedrige Ölpreis, das Zinsumfeld und der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liefern zusätzliche Impulse.

Die konjunkturellen Perspektiven der Weltwirtschaft haben sich in den vergangenen Monaten weiter verschlechtert. Vor allem das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hatte sich schon seit geraumer Zeit verlangsamt. Mit dem Rück-

gang der Öl- und Rohstoffpreise trübte sich zusätzlich die Konjunktur in den rohstoffproduzierenden Schwellenländern teilweise erheblich ein. Der niedrige Ölpreis wirkt sich auch negativ auf die Frackingindustrie und ihre Zulieferindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika aus, deren Exportwirtschaft zudem durch den starken Dollar belastet wird. Die Wachstumsperspektiven der übrigen Industriestaaten einschließlich des Euroraums haben sich teilweise ebenfalls etwas abgeschwächt. Die aktuellen Konjunkturindikatoren für die globale Wirtschaft deuten gegenwärtig nicht auf eine Belebung hin. So hat sich zum Beispiel der weltweite Composite Einkaufsmanager Index von Markit im Februar auf einen Wert nahe seiner Expansionsschwelle abgeschwächt.

Vor diesem Hintergrund blieben die deutschen Warenexporte zu Jahresbeginn rückläufig. Nach der Zahlungsbilanzstatistik nahmen sie im Januar saisonbereinigt in jeweiligen Preisen um 1,8 % gegenüber dem Vormonat ab.² Die nominalen Wareneinfuhren blieben demgegenüber im Berichtsmonat Januar stabil (-0,1 %). Die Überschüsse der Handels- und der Leistungsbilanz fielen im Januar mit 13,6 Mrd. Euro bzw. 13,2 Mrd. Euro jeweils niedriger aus als vor einem Jahr. Im Jahresschlussquartal 2015 nahmen vor allem die Ausfuhren in die Eurozone zu. Schwächer entwickelten sich insbesondere die Ausfuhren in die BRICS-Staaten, aber auch die Ausfuhren in die USA. Die Absatzperspektiven im Ausland bleiben vorerst verhalten.

Das Produzierende Gewerbe startet nach der Schwächephase des zweiten Halbjahres 2015 positiv ins neue Jahr. Die Produktion wurde im Januar deutlich gegenüber dem Vormonat ausgeweitet. Die günstige Entwicklung basiert einerseits auf einem merklichen Produktionsplus in der Industrie (+3,2 %), wobei es aufgrund von Brückentageeffekten zu gewissen Produktionsverschiebungen aus dem Dezember gekommen sein könnte. Daneben wurde im Bausektor ein außergewöhnlich hoher Zuwachs (+7,0 %) verzeichnet, der wohl weniger auf den milden Winter als auf einen sprunghaften Anstieg im Ausbaugewerbe (+17,6 %) zurückzuführen ist. Innerhalb der Industrie stieg die Produktion in allen Hauptgruppen an, wobei insbesondere bei den Investitionsgütern ein kräftiges Plus von 5,3 % verbucht wurde. Auch die Konsumgüterproduzenten erhöhten ihre Produktionszahlen merklich, der Anstieg bei den Vorleistungsgütern war leicht positiv. Die Auftragsgänge in der

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. März 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Industrie entwickelten sich im Januar stabil. Jedoch gingen die Bestellungen für Vorleistungsgüter spürbar zurück. Insgesamt kamen Nachfrageimpulse eher aus dem Ausland. Die Erwartungen der Industrie haben sich zuletzt allerdings merklich eingetrübt. Insgesamt spricht das Indikatorenbild für eine rege Baukonjunktur, aber wohl nur für eine verhaltene Erholung der Industrieproduktion im ersten Quartal.

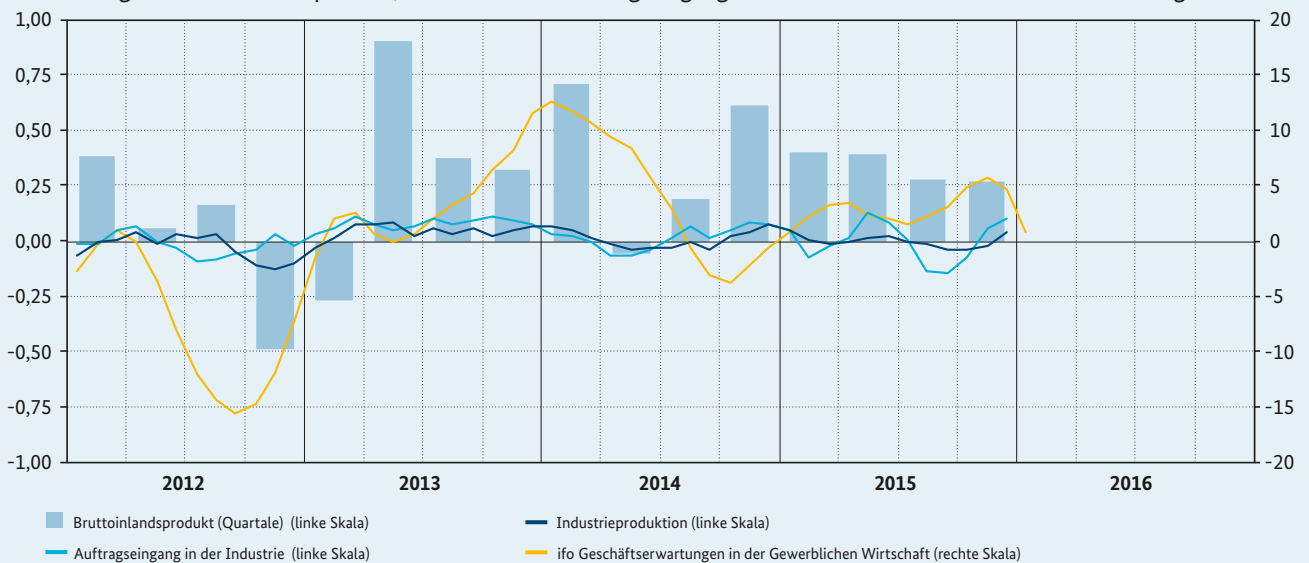
Der Konsum bleibt wichtiges Standbein der deutschen Konjunktur. Im Jahresschlussquartal 2015 erhöhten sich die staatlichen Konsumausgaben preisbereinigt um 1,0% und die privaten Konsumausgaben weiter um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Die Einzelhandelsumsätze stagnierten zwar im Januar (-0,1%), blieben in der Tendenz jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Die Kfz-Umsätze befinden sich auf dem höchsten Niveau seit fast sieben Jahren. Darin sind auch gewerbliche Käufe enthalten, doch die zuletzt gestiegene

Zahl der privaten Kfz-Zulassungen spricht für eine hohe Nachfrage auch der privaten Haushalte. Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich zwar seit dem Spätsommer spürbar eingetrübt. Das verbesserte GfK-Konsumklima bezeugt allerdings die vor dem Hintergrund der guten Einkommens- und Beschäftigungssituation hohe Kauflaune der Verbraucher.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter günstig. Die Erwerbstätigkeit stieg zu Jahresbeginn saisonbereinigt kräftiger als in den Vormonaten um 74.000 Personen. Dabei nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bis zuletzt stärker zu als die Erwerbstätigkeit. Die Arbeitslosigkeit war im Februar saisonbereinigt weiter auf dem Rückzug und sank auf 2,91 Mio. Personen (Ursprungszahl). Die Nachfrage nach Arbeitskräften blieb hoch.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt

Wirtschaftliche Bedeutung und Reformansätze

Technologische Entwicklungen stellen seit jeher eine Herausforderung für das Urheberrecht dar. Aktuell erfordern die neuen, mit der Digitalisierung einhergehenden technischen Möglichkeiten eine Weiterentwicklung des geltenden Rechtsrahmens. Hierzu gibt es auf nationaler und europäischer Ebene wichtige urheberrechtliche Reformvorhaben.



Das Urheberrecht schützt die Rechte derjenigen, die ein Werk geschaffen haben. Es regelt die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung des Werks durch Dritte, beispielsweise dessen Veröffentlichung, Verbreitung oder Vervielfältigung. Das Urheberrecht ist allerdings längst kein Sonderrecht der schönen Künste mehr, sondern geht heute nahezu jeden an – Unternehmen aus sämtlichen Branchen und auch die Verbraucher.

Ein Grund hierfür ist die Digitalisierung, die die Erstellung, Vervielfältigung und Verbreitung von Inhalten sowie den Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken radikal vereinfacht hat. Jeder kann heute sein eigener Verleger sein, eigene Werke ins Internet einstellen und damit eine große Zahl an Menschen erreichen. Da eine Vielzahl der im Netz befindlichen Inhalte urheberrechtlich geschützt ist, können neue urheberrechtliche Konfliktfelder entstehen, wenn diese kopiert, weitergegeben oder verändert werden. Nicht nur Texte, Musik oder Filme, sondern beispielsweise auch Fotos, Diagramme, Karten und Software unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Damit führt auch die Verbreitung von Anwendungen, die Software nutzen, in sämtlichen Wirtschafts- und Lebensbereichen zu einem weiteren, breiten Anwendungsgebiet des Urheberrechts. Gleichzeitig füh-

ren einige neue technische Entwicklungen dazu, dass nicht immer klar ist, wie eine angemessene Vergütung der Kreativen, deren Werke genutzt werden, erreicht werden kann.

Dem Urheberrecht kommt wie auch den anderen Rechtsbereichen des geistigen Eigentums (insbesondere Patenten, Marken und Design) eine Schlüsselrolle für die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft zu. Nach einer Studie des Europäischen Patentamts und des Harmonisierungsamts für den Binnenmarkt von September 2013 werden 35 Prozent aller Arbeitsplätze direkt oder indirekt in so genannten schutzrechtsintensiven Wirtschaftszweigen geschaffen. Das sind jene Wirtschaftszweige, die eine größere Anzahl von Schutzrechten je Beschäftigten anmelden als andere Wirtschaftszweige oder in denen die Nutzung dieser Rechte unverzichtbarer Bestandteil ihrer Tätigkeit ist. Diese machen mit einer Wertschöpfung von rund 4.700 Milliarden Euro fast 40 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der Europäischen Union aus.

Die in besonderem Maße durch das Urheberrecht geprägte Kultur- und Kreativwirtschaft wächst in Deutschland seit Jahren. Sie spielt eine bedeutende Rolle für den Standort

Deutschland insgesamt: Der Beitrag dieses Sektors zur Bruttowertschöpfung im Branchenvergleich lag für das Jahr 2013 mit 65,9 Milliarden Euro über dem der chemischen Industrie (40,8 Milliarden Euro), der Energiewirtschaft (50,8 Milliarden Euro) oder der Finanzdienstleistungsbranche (64,8 Milliarden Euro). Urheberrechtlichen Debatten kommt damit auch immer eine erhebliche wirtschaftspolitische Dimension zu.

Die neuen technischen Möglichkeiten erfordern eine Weiterentwicklung des Urheberrechts. Gleichzeitig hat das Urheberrecht eine hohe wirtschaftliche Bedeutung. Es ist daher kein Zufall, dass sich sowohl die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag als auch EU-Kommissionspräsident Juncker zu Beginn seiner Amtszeit eine Reform des Urheberrechts zum Ziel gesetzt haben.

Urheberrecht im digitalen Zeitalter I: die Agenda der Koalitionsparteien

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD benennt drei konkrete Gesetzgebungsvorhaben im Bereich des Urheberrechts, um dieses an die Erfordernisse und Herausforderungen des digitalen Zeitalters anzupassen. Hierzu soll erstens das Recht der Verwertungsgesellschaften einschließlich der Privatkopievergütung reformiert werden. Zweitens soll durch eine Reform des Urhebervertragsrechts die Position des Urhebers verbessert und Kreativen eine angemessene Vergütung ermöglicht werden. Drittens ist eine Zusammenfassung und Überarbeitung der Regelungen zur zulässigen Nutzung geschützter Werke zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung, der so genannten Bildungs- und Wissensschanke, geplant.

Verwertungsgesellschaftengesetz

Verwertungsgesellschaften kümmern sich als Treuhänder von Urhebern oder Inhabern verwandter Schutzrechte um die Vergabe von Lizenzen und Einziehung von Vergütungen. Der Gesetzentwurf des federführenden Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz dient der Umsetzung einer EU-Richtlinie über Mindeststandards, die für Verwertungsgesellschaften in Europa gelten sollen. Die Richtlinie enthält ferner besondere Regelungen für die Vergabe von Online-Musikrechten, die jetzt in das deutsche



Recht implementiert werden. Mit dem Gesetzentwurf wird außerdem das derzeit langwierige Verfahren der Festsetzung der Tarife für die Privatkopievergütung gestrafft. Schließlich erhalten die Verwertungsgesellschaften durch die Gesetzesnovelle die Möglichkeit, Zahlungsansprüche durch einen Antrag bei der zuständigen Schiedsstelle für Urheberrechtsangelegenheiten beim Deutschen Patent- und Markenamt zu besichern. Das Verwertungsgesellschaftengesetz wurde am 11. November 2015 vom Bundeskabinett beschlossen und befindet sich bereits in der parlamentarischen Beratung.

Urhebervertragsrecht

Das Urhebervertragsrecht regelt die vertraglichen Beziehungen zwischen Urhebern und sonstigen Kreativen, zum Beispiel Musikern und Schauspielern, einerseits und jeder anderen Person, die Rechte zur Nutzung der Werke erwirbt, andererseits. Dies können so genannte Verwerter sein (Verleger, Filmproduzenten oder Sender), die die Werke an den Markt bringen und somit als Werkmittler agieren. Ebenso kann es sich dabei um Unternehmen oder Behörden handeln, die Softwarelösungen einkaufen, sich Internetseiten oder Logos erstellen lassen oder Gutachten in Auftrag geben.



Die Herausforderung bei der Reform des Urhebervertragsrechts besteht darin, den Bedürfnissen der zahlreichen betroffenen, sehr unterschiedlichen Akteure gerecht zu werden. Das neue Recht soll einerseits die Position der Kreativen stärken und andererseits sachgerechte Rahmenbedingungen für die Vertragspartner schaffen. Insbesondere für professionelle Verwerter von Werken muss ein investitionsfreundliches Regelungsumfeld erhalten bleiben. Um den Standort Deutschland zu sichern, muss die Produktion kultureller Inhalte in Deutschland attraktiv bleiben. Verwerter oder Regelungen so zu schwächen, dass kreative Inhalte vermehrt im Ausland eingekauft werden, wäre nicht im Interesse der Kreativen. Gleichzeitig müssen die berechtigten Bedürfnisse der sonstigen Nutzer berücksichtigt werden.

Im Regierungsentwurf des Gesetzes zur Reform des Urhebervertragsrechts ist dies gelungen. Die derzeitige Praxis der Vertragsbeziehungen zwischen Urhebern und Verwertern ist häufig von so genannten „Total Buy Outs“ gekennzeichnet. Dies bedeutet, dass sämtliche Rechte für die gesamte Schutzdauer von 70 Jahren nach dem Tod des Urhebers, also häufig für über 100 Jahre, exklusiv an einen Verwerter übertragen werden. Dadurch wird der im Jahr 2002 eingeführte gesetzliche Anspruch der Urheber auf angemessene Vergütung unterlaufen. Aus diesem Grund führt das Gesetz einen neuen Anspruch der Urheber und ausübenden Künstler auf Auskunft und Rechenschaft über

den Umfang der Werknutzung und die hieraus gezogenen Erträge und Vorteile ein. Dadurch können Kreative besser beurteilen, ob die ihnen gezahlten Vergütungen angemessen sind – insbesondere im Fall von Pauschalzahlungen. Sind die Vergütungen nicht angemessen, haben Urheber und Künstler bereits nach geltendem Recht einen Anspruch auf Nachverhandlung und Nachzahlung. Dieser wird in Zukunft besser durchsetzbar sein.

Mit der Stärkung der Position der Kreativen sind neue Auskunftspflichten der Vertragspartner verbunden. Diese beziehen sich aber nur auf Informationen, die im Rahmen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebs üblicherweise ohnehin vorhanden sind. Es müssen keine zusätzlichen Daten beschafft werden. Damit dennoch kein unverhältnismäßiger Aufwand entsteht, der die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen beeinträchtigen könnte, enthält das Gesetz wichtige Einschränkungen.

Hierzu gehört insbesondere eine „Bagatellgrenze“ für untergeordnete Beiträge. Über diese muss keine Auskunft gegeben werden. Untergeordnete Beiträge sind solche, die den Gesamteindruck eines Werkes wenig prägen, wie zum Beispiel Statistenrollen oder für das Gesamtwerk unwesentliche Grafiken. Ein Beitrag ist auch dann untergeordnet, wenn er nur einen geringen Beitrag zur Gesamtwertschöpfung des Werks leistet.

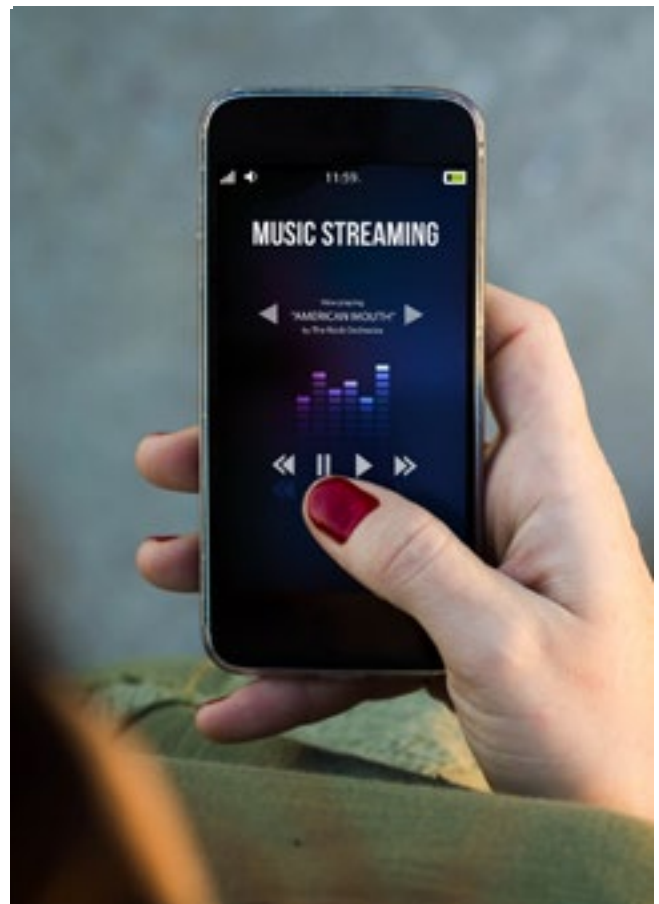
Diese Bagatellgrenze wird durch eine Ausnahme für unverhältnismäßige Auskunftserteilung ergänzt. Sie greift zur Vermeidung von unzumutbarem Aufwand, wenn etwa die Geltendmachung des Auskunftsanspruchs rechtsmissbräuchlich wäre oder berechnete Geheimhaltungsinteressen beeinträchtigt würden. Damit kann eine Vielzahl von Umständen, die eine Auskunftspflicht in der Praxis als unangemessen erscheinen lassen, berücksichtigt werden.

Schließlich werden Computerprogramme insgesamt von der Regelung ausgenommen. Da zwischen den Urhebern der Programme, den Programmierern, und ihren Vertragspartnern nicht von einem strukturellen Verhandlungsgleichgewicht auszugehen ist, erschien ein flankierender Auskunftsanspruch hier entbehrlich. Der Auskunftsanspruch wäre zudem auch deswegen schwer erfüllbar gewesen, weil durch den Einsatz von Computerprogrammen in der Regel keine klar zurechen- und bezifferbaren Erträge erwirtschaftet werden.

Um dem Phänomen des Total Buy Out entgegenzuwirken, führt das Gesetz zusätzlich zu dem Auskunftsanspruch einen Anspruch auf anderweitige Verwertung nach zehn Jahren ein, wenn Rechte für einen längeren Zeitraum gegen eine Pauschalvergütung eingeräumt wurden. Kreative haben damit die Möglichkeit, ihre Werke bei entsprechender Nachfrage nach zehn Jahren parallel vermarkten zu lassen. Exklusivität ist dennoch weiterhin möglich, muss aber entweder nach Ablauf von fünf Jahren ausdrücklich vereinbart oder kann durch die Zahlung einer erfolgsabhängigen Vergütung garantiert werden. Damit stellt diese Vorschrift einen angemessenen Ausgleich dar zwischen dem Interesse der Kreativen an einer größtmöglichen Verfügungsmöglichkeit über ihre Rechte und dem Bedürfnis der Nutzer und Verwerter dieser Werke nach klaren und verlässlichen Vertragsbedingungen.

Als weiteres Element zur Stärkung der Rechtsstellung der Kreativen wird im Gesetzentwurf der Grundsatz der angemessenen Vergütung präzisiert. Künftig muss demnach die beabsichtigte Häufigkeit der Nutzung des Werks bei der Vergütungshöhe berücksichtigt werden. So soll verhindert werden, dass Kreative mit ungebührlich niedrigen Einmalzahlungen abgefunden werden, die die beabsichtigte Verwertung nicht reflektieren. Pauschale Vergütungen, die in vielen Fällen sinnvoll sind, um kleinteiligen Abrechnungsaufwand zu vermeiden, werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Von diesen Regelungen können die Vertragsparteien nur auf der Grundlage von Tarifverträgen oder gemeinsamen



Vergütungsregeln zum Nachteil des Urhebers abweichen, mit Ausnahme der Vereinbarung einer Exklusivnutzung über das zehnte Jahr hinaus, die auch individuell vereinbart werden kann.

Schließlich führt der Gesetzentwurf die Möglichkeit einer Verbandsklage ein. Verstößen Nutzer eines Werkes gegen die Nutzungsregeln in Kollektivvereinbarungen, können beteiligte Verbände der Kreativen anstelle des einzelnen Kreativen auf Unterlassung klagen. Dies soll das so genannte „Blacklisting“ verhindern, womit in der Vergangenheit Kreative von Folgeaufträgen ausgeschlossen wurden, wenn sie ihre Rechte vor Gericht eingefordert hatten.

Das Gesetz zur Reform des Urhebervertragsrechts wurde am 16. März 2016 vom Bundeskabinett beschlossen. Der Gesetzentwurf stellt insgesamt einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Urhebern und Verwertern her. Er stärkt die Position der Kreativen durch die Einführung neuer Instrumente, zugleich erhält der maßvolle Zuschnitt der Regelungen die Anreize für Investitionen in der Kultur- und Kreativwirtschaft und erhält ihre Position im internationalen Wettbewerb.



Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Die nächste Herausforderung ist es, die so genannte Bildungs- und Wissenschaftsschranke so weiterzuentwickeln, dass sie den Anforderungen des digitalen Zeitalters gerecht wird.

Die Bildungs- und Wissenschaftsschranke betrifft gesetzlich zulässige Nutzungen von urheberrechtlich geschützten Werken für Bildung und Wissenschaft, gegebenenfalls gegen Zahlung einer Vergütung. Die bestehenden Regelungen sollen gebündelt und vereinfacht werden. Zudem muss geprüft werden, ob neue digitale Möglichkeiten der Nutzung von Werken zugelassen werden sollen (zum Beispiel e-Lending). Dabei muss gewährleistet sein, dass die berechtigten Interessen der Rechteinhaber (vor allem Autoren und Verlage) gewahrt bleiben.

Urheberrecht im digitalen Zeitalter II: die Mitteilung der EU-Kommission zum Urheberrecht

Die letzte grundlegende Reform des europäischen Urheberrechts wurde im Jahr 2001 mit der „Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“ vorgenommen. Dies war zu einer Zeit, in der zwar Tauschbörsen im Internet bereits für Aufregung gesorgt hatten, die Nutzung von Mobiltelefonen aber noch wenig verbreitet und der mobile Abruf von Daten aus dem Internet weitgehend unbekannt waren.

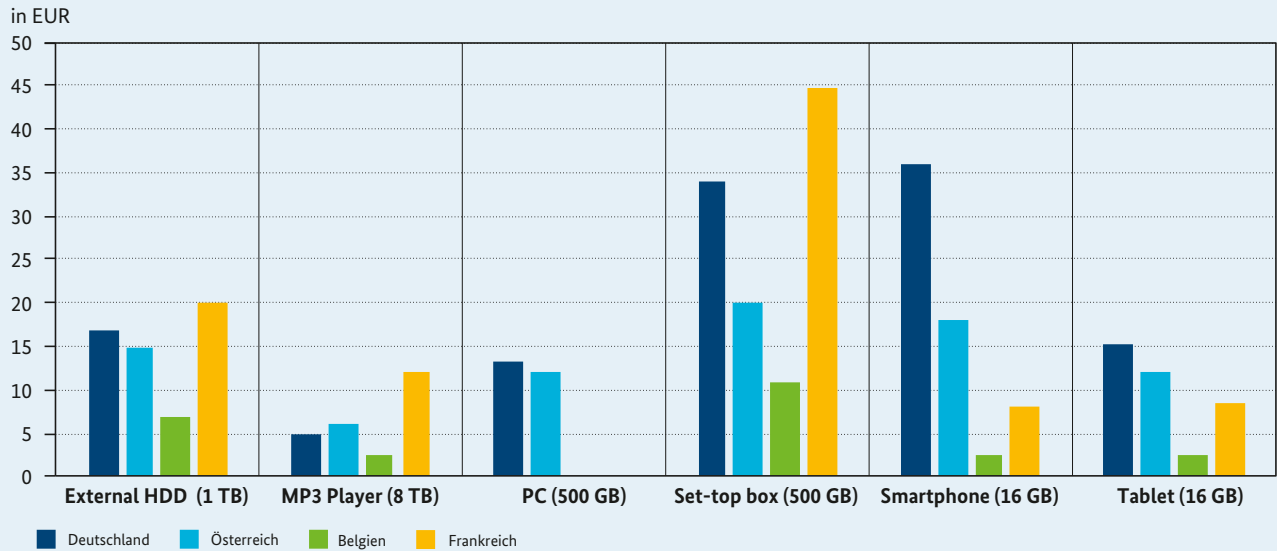
Diese Regelungen müssen daher dringend an den technologischen Fortschritt angepasst werden. Da digitale Inhalte via Internet verbreitet werden, erfordern viele Fragen eine

europäische Lösung. Zudem können unterschiedliche Rechtsregime in den verschiedenen Mitgliedstaaten die Entwicklung einer europäischen Inhalteindustrie hemmen. Diese steht im Wettbewerb mit den großen US-amerikanischen Konkurrenten, die traditionell zunächst in einem riesigen Heimatmarkt wachsen können. Die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen für ganz Europa kann auch zum Aufbau neuer digitaler Dienste, etwa im Bereich des e-Learning, führen.

Die urheberrechtlichen Reformvorhaben der Europäischen Kommission sind daher Teil der zentralen Strategie für einen Digitalen Binnenmarkt, die am 6. Mai 2015 vorgestellt wurde. Mit ihrer Mitteilung „Schritte zu einem modernen, europäischeren Urheberrecht“ vom 9. Dezember 2015 hat die Europäische Kommission ihr urheberrechtspolitisches Arbeitsprogramm weiter konkretisiert. Sie stellt darin ihre kurz-, mittel- und langfristigen Vorhaben vor.

Dazu gehört die Frage, wie Kreative an der Wertschöpfung beteiligt werden können, die mit neuen Formen der Online-Verbreitung von Inhalten insbesondere durch Plattformen erzielt wird. Darüber hinaus ist zu diskutieren, ob urheberrechtliche Erleichterungen, die in den 90er Jahren zur Förderung eines grenzüberschreitenden europäischen Satelliten- und Kabelprogramms eingeführt wurden, auf Online-Dienste übertragen werden sollen. Ferner hat die Kommission einen Verordnungsentwurf zur so genannten Portabilität von bestimmten Internetangeboten vorgelegt. Damit soll die „Mitnahme“ von Online-Bezahldiensten durch Nutzer während eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem anderen EU-Mitgliedstaat ermöglicht werden, die derzeit häufig durch Maßnahmen des so genannten Geoblocking verhindert wird.

Bedarf für eine weitere Harmonisierung des europäischen Urheberrechts besteht bei den so genannten Schrankenregelungen, also der gesetzlich zulässigen Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken. Nach der Urheberrechtsrichtlinie aus dem Jahr 2001 können die Mitgliedstaaten wählen, ob sie von den Ausnahmen Gebrauch machen oder nicht. Auch sind die Regelungen in der Richtlinie recht allgemeiner Natur. Daher kann es vorkommen, dass eine Ausnahme in einem Mitgliedstaat in einem anderen nicht vorgesehen, an andere Voraussetzungen geknüpft ist oder einen anderen Anwendungsbereich hat. Die Europäische Kommission strebt daher insbesondere eine Überarbeitung der Ausnahmen für Bildung, Forschung und Wissenszugang an. Ferner soll eine europäische Regelung zur Nutzung von dauerhaft im öffentlichen Raum befindlichen Werken erarbeitet werden (so genannte Panoramafreiheit).

Abbildung 1: Höhe der Privatkopieabgaben für Speichergeräte in ausgewählten europäischen Mitgliedstaaten

Reformbedarf besteht aus deutscher Sicht darüber hinaus bei der Privatkopieabgabe. Nach der Urheberrechtsrichtlinie von 2001 dürfen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gesetzliche Ausnahmen für private Kopien vorsehen. Das sind Kopien von urheberrechtlich geschützten Werken für nicht-gewerbliche Nutzung. Bedingung hierfür ist, dass die Rechtsinhaber einen „gerechten Ausgleich“ erhalten. In Deutschland besteht seit Inkrafttreten des Urheberrechtsgesetzes vor 50 Jahren eine derartige Ausnahme. Sie sorgt für Rechtssicherheit der Verbraucher im Umgang mit geschützten Werken und stellt gleichzeitig für die Rechtsinhaber eine bedeutende Einnahmequelle dar. Erhoben wird die Abgabe auf Geräte und Speichermedien, deren Hersteller sie an die Verwertungsgesellschaften zwecks Ausschüttung an die Berechtigten weiterreichen.

Auch hier führt der technische Fortschritt zu Veränderungen: Fremde Inhalte werden häufig gar nicht mehr gespeichert, sondern „gestreamt“ (gleichzeitiges Laden und Abspielen von Daten), und auf dem Markt für Geräte und Speichermedien werden laufend neue Produkte vorgestellt. Da die Vergütung für jedes Produkt aufs Neue festgesetzt werden muss, können Zahlungen immer nur mit Zeitverzögerung erfolgen. Hier stellt sich die Frage, ob es nicht effizientere Methoden der Kompensation der Rechtsinhaber gäbe.

Derzeit unterscheiden sich die Privatkopieabgaben zwischen den europäischen Mitgliedstaaten sehr stark (vgl. Abbildung 1). Eine einheitliche europäische Regelung ist

jedoch erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für die betroffene Industrie zu schaffen, die derzeit in vielen, aber nicht allen europäischen Ländern die Vergütung abführt. Denn Preisvergleiche sind über das Internet jederzeit möglich und sie entscheiden darüber, wo – also auch in welchem europäischen Land – ein Kunde kauft. Die Europäische Kommission hat dieses für Deutschland wichtige Thema in ihrer Mitteilung zum Urheberrecht zwar aufgegriffen, räumt ihm aber keine hohe Priorität ein. Das ist aus deutscher Sicht zu bedauern. Sollte auf absehbare Zeit keine europäische Regelung erreicht werden können, müsste geprüft werden, ob das geltende System auf nationaler Ebene reformiert werden muss.

Die Beantwortung der komplexen Fragen des Urheberrechts auf europäischer Ebene muss schrittweise angegangen werden. Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission diese Themen jetzt aufgreift. Für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft ist es essenziell, dass einerseits ein adäquates Umfeld für Nutzungen urheberrechtlich geschützter Güter geschaffen wird und andererseits die Position der Rechtsinhaber so ausgestaltet ist, dass hiervon Anreize für wirtschaftliche Betätigung und Innovationen ausgehen.

Kontakt: Dr. Silvia Dannenbring
Referat: Zentrales Rechtsreferat, Datenschutzbeauftragte,
Ansprechperson für Korruptionsprävention

Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg

Das intelligente Messsystem als Baustein der Energieversorgung von morgen

Am 26. Februar fand die erste Lesung des Regierungsentwurfs für ein „Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ im Deutschen Bundestag statt. Im Zentrum des Entwurfs steht mit dem intelligenten Messsystem (im allgemeinen Sprachgebrauch „Smart Meter“ genannt) die Einführung einer neuen Technologie. Diese soll an der Schnittstelle des Stromnetzes zu Erzeugung und Verbrauch als sichere Kommunikationsplattform dienen, um das Stromversorgungssystem fit für die Energiewende zu machen.



Der Nutzen der neuen Technik

Ein intelligentes Messsystem besteht aus einem digitalen Stromzähler und einer sicheren Kommunikationseinheit (Smart-Meter-Gateway), welche Messwerte verschlüsseln, speichern und versenden kann. Über die reine Stromverbrauchsmessung hinaus werden so direkte Übertragungen von Messwerten z. B. an Verbraucher, Netzbetreiber oder Energielieferanten möglich (so genannte „sternförmige Kommunikation“). Das intelligente Messsystem kann ferner zur Steuerung von Erzeugungsanlagen und flexiblen Verbrauchseinheiten (z. B. Wärmepumpen) eingesetzt werden.

Der Verbraucher soll durch seinen Einsatz in mehrfacher Hinsicht profitieren: Er erhält eine präzise Visualisierung seines Verbrauchsverhaltens, die ihn in die Lage versetzt, bewusster mit Energie umzugehen. Eine kostspielige manu-

elle Zählerablesung ist künftig entbehrlich. Bezieht der Verbraucher weitere Sparten wie Gas oder Heizwärme in die Erfassung durch das intelligente Messsystem ein, kann der Kostenvorteil auch hier nutzbar gemacht werden. Intelligente Messsysteme sind schließlich auch eine technische Voraussetzung für die künftige Umsetzung variabler Stromtarife.

Für das Gelingen der Energiewende in Deutschland sind intelligente Messsysteme ein wichtiger Baustein. Mit ihrer sternförmigen Kommunikation tragen sie zu einem reaktionsfähigen Stromversorgungssystem bei, das von gesicherten Datenflüssen für intelligente Energienetze getragen wird. Informationen über Energieverbräuche und insbesondere über zeitnah verfügbare Einspeisewerte sind unverzichtbar, um den Wandel zu einem Stromversorgungssystem, das zu 80 Prozent auf volatilen dezentralen Erzeugern basiert, möglich zu machen.

Anwendungsfälle des Smart Metering

- ▶ (spartenübergreifende) Verbrauchstransparenz
- ▶ Vermeidung der Vor-Ort-Ablesekosten
- ▶ Verbesserung der Prognosen für die Energiebeschaffung
- ▶ Bereitstellung von Netzzustandsinformationen
- ▶ Messung und Schaltung von Erzeugungsanlagen sowie von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen (z. B. Elektromobile)
- ▶ Ermöglichung variabler Stromtarife

Nicht zuletzt kann mit dem intelligenten Messsystem die Kopplung der Stromversorgung mit dem Gebäude- und einem stärker von Elektromobilität geprägten Verkehrssektor unterstützt werden.

Der Infrastrukturansatz des Regierungsentwurfs

Wenig effizient wäre es, zur Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende ein Nebeneinander von nicht-kompatiblen Technologien zuzulassen. Vielmehr ist ein einheitlicher Infrastrukturansatz notwendig, in dessen Zentrum die Einführung einer sicheren standardisierten Kommunikationslösung steht.

Der Gesetzentwurf trägt dem Rechnung und führt mit dem Smart-Meter-Gateway eine standardisierte Lösung ein, die Datenschutz, Datensicherheit und Interoperabilität gewährleistet. Als Kommunikationsplattform zeichnet sich das Smart-Meter-Gateway durch Einsatzbreite, Wettbewerbs-offenheit und Kosteneffizienz aus.

Der Entwurf regelt abschließend, bei welchen Verbrauchern und Erzeugern intelligente Messsysteme eingeführt werden sollen („Rollout“). Die Verpflichtung zum Rollout intelligenter Messsysteme hat ihren Ursprung im dritten

Energiebinnenmarktpaket der Europäischen Kommission. Das Richtlinienpaket fordert grundsätzlich einen Einbau intelligenter Messsysteme bei 80 Prozent der Verbraucher. Es lässt jedoch auch Spielräume, aus einer nationalen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung heraus einen anderen Rollout-Ansatz zu wählen. Diese Freiheit hat die Bundesregierung genutzt und umfangreiche Untersuchungen durchführen lassen. Die insoweit maßgeblichen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen sind die „Kosten-Nutzen-Analyse“ der Unternehmensberatung Ernst&Young aus dem Jahre 2013¹, deren Aktualisierung mit Variantenrechnungen von in Diskussion befindlichen Rollout-Strategien aus dem Jahre 2014² und die Studie „Moderne Verteilernetze für Deutschland“ aus dem Jahre 2014³. Letztere wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) von einem Konsortium der RWTH Aachen, des Oldenburger Instituts für Informatik sowie des Beratungsunternehmens E-Bridge Consulting GmbH erstellt.

Zeitlich gestufter Rollout „von groß zu klein“

Grundsätzlich zum Einbau intelligenter Messsysteme verpflichtet werden sollen nach dem Regierungsentwurf Verbraucher ab einem Jahresstromverbrauch von mindestens 6.000 Kilowattstunden (kWh) sowie Betreiber dezentraler Erzeugungsanlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ab 7 Kilowatt (kW) installierter Leistung. Messstellenbetreiber können weitere Verbraucher unter Einhaltung äußerst strikter Preisobergrenzen einbeziehen, wenn sie dies für sinnvoll erachten.

Ab 2017 beginnt der Einbau intelligenter Messsysteme bei Verbrauchern ab 10.000 kWh Jahresstromverbrauch und bei Erzeugern zwischen 7 und 100 kW installierter Leistung. Die weiteren zum Einbau verpflichteten Verbraucher und Erzeuger folgen frühestens ab dem Jahr 2020. Diese zeitliche Abstufung soll dazu beitragen, von der Lernkurve der „Vorreitergruppen“ bei der Markteinführung zu profitieren.

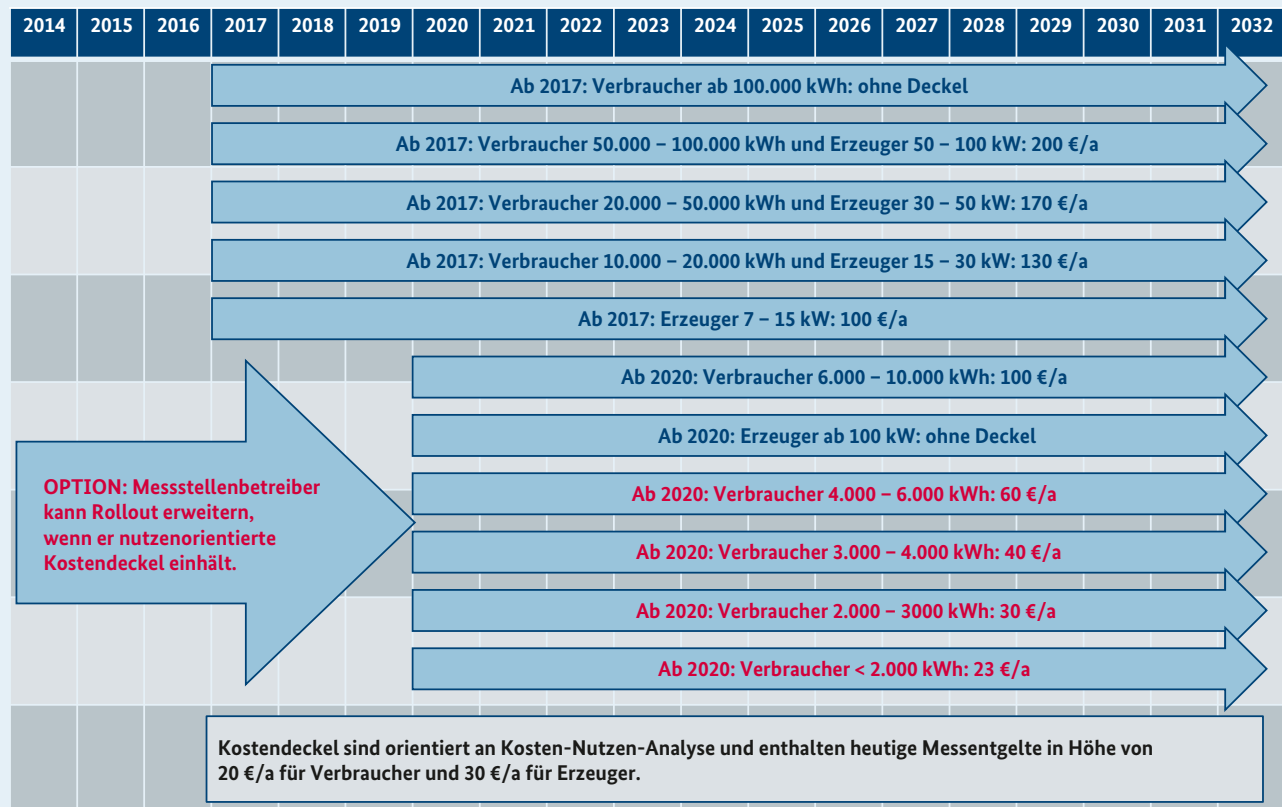
Voraussetzung für jeden Pflichteinbau ist stets die technische Möglichkeit eines Einbaus. Diese wird vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) festgestellt und veröffentlicht. Sie kann für unterschiedliche

1 <http://www.bmwi.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/pressemitteilungenarchiv,did=586954.html>

2 <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/variantenrechnungen-von-in-diskussion-befindlichen-rollout-strategien,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

3 <http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=654018.html>

Abbildung 1: Preisobergrenzen für verschiedene Verbraucher- und Erzeugergruppen



Quelle: BMWi

Anwendungsfälle divergieren. So werden beispielsweise für intelligente Messsysteme zur Auslesung und Steuerung kleiner Photovoltaikanlagen andere technische Mindestanforderungen gelten als für solche, die bei Windparks eingesetzt werden sollen.

Für bereits eingesetzte Messsysteme ohne BSI-Zertifikat gilt eine Übergangsfrist von maximal acht Jahren, um bereits früher erfolgten Investitionen in neue Messsysteme eine angemessene Nutzungsdauer zu ermöglichen. Dies betrifft insbesondere große Verbraucher und Erzeuger, aber auch andere Akteure, die bereits heute auf fernauslesbare Zähler setzen.

Preisobergrenzen sichern die Wirtschaftlichkeit

Wie schon jetzt für den Stromzähler, hat grundsätzlich auch der jeweilige Verbraucher oder Anlagenbetreiber die Kosten für das intelligente Messsystem zu tragen. Neu ist der Kostenschutz mit individuellen jährlichen Preisobergrenzen für Einbau und Betrieb der Systeme (vgl. Abbildung 1). Aktuell betragen die Kosten für Messstellenbetrieb

und Messung bei elektronischen Zählern ca. 20 Euro pro Jahr für Verbraucher. Für Kleinerzeuger beträgt das Entgelt für den Messstellenbetrieb aktuell ca. 30 Euro pro Jahr. Eine Finanzierung der neuen Technik erfolgt ausschließlich im Rahmen dieser Preisobergrenzen. Eine Geltendmachung in den Netznutzungsentgelten ist ausgeschlossen. Es erfolgt insoweit eine regulatorische Trennung zwischen Netz- und Messstellenbetrieb.

Die Preisobergrenzen spiegeln das individuelle sowie gesamtwirtschaftliche Nutzenpotenzial der Berechnungen aus den Kosten-Nutzen-Analysen wider. Auf Verbraucherseite wurden hierbei allein die möglichen Einsparungen durch die erhöhte Verbrauchstransparenz berücksichtigt.

„Privacy-by-design“ durch BSI-Schutzprofile und Technische Richtlinien

Die Anwendungsfälle des Smart Metering können einen erhöhten Verkehr an Daten mit sich bringen, die Aufschluss über das Verbrauchsverhalten von Privathaushalten geben und somit datenschutzrechtlich sensibel sind. Auch ist jede

digitale Kommunikationsinfrastruktur zwangsläufig den Gefahren von Hacking-Angriffen ausgesetzt.

Um ein einheitliches und hohes Sicherheitsniveau zu gewährleisten, erklärt der Regierungsentwurf Schutzprofile und Technische Richtlinien für intelligente Messsysteme zur Gewährleistung von Datenschutz, Datensicherheit und Interoperabilität für verbindlich. Diese wurden im Auftrag des BMWi vom BSI gemeinsam mit Branchenvertretern unter enger Einbindung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der Bundesnetzagentur und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt erarbeitet. Die mehrere hundert Seiten umfassenden Dokumente sind auf der Homepage des BSI (www.bsi.bund.de) veröffentlicht. Mit einem Siegel des BSI werden nur solche Systeme ausgezeichnet, welche die sehr hohen Datenschutz- und Datensicherheitsanforderungen nachweislich erfüllen. Das BMWi hat gemeinsam mit dem BSI die wichtigsten Inhalte der technischen Mindestanforderungen in der Erklärung „Smart Metering – Datenschutz und Datensicherheit auf höchstem Niveau“ zusammengefasst.⁴

Fortentwicklung der Datenkommunikation

Der Regierungsentwurf regelt in einem eigenen Teil des neuen Messstellenbetriebsgesetzes, wer Daten über die neue Technik erhalten und zu welchem Zweck verwenden darf. Im Zentrum der Datenkommunikation stehen künftig die Betreiber der intelligenten Messsysteme. Die neue Technik bereitet hierbei Messwerte selbständig auf und versendet diese bedarfsgerecht auf direktem Wege an alle Berechtigten.

Eine wichtige Besonderheit gilt hierbei für Verbraucher mit einem Jahresstromverbrauch unter 10.000 kWh: Hier werden zum Zwecke des Datenschutzes und der Datensparsamkeit lediglich Jahresarbeitswerte versendet. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Verbraucher einen flexiblen Stromtarif wählt, der einen höheren Datenverkehr erforderlich macht.

Um die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Energiewende effizient zu nutzen, soll künftig zum Zwecke der Bilanzierung ein direkter Versand von Daten auch an den Übertragungsnetzbetreiber erfolgen. Aktuell erfolgt dies noch über die Verteilernetzbetreiber als Zwischenstation.



Die direkte Kommunikation zu den Übertragungsnetzbetreibern verbessert für den Strommarkt 2.0 die Kontroll- und Reaktionsmöglichkeiten. Bislang können die Übertragungsnetzbetreiber die Bewirtschaftung der Netze durch die Marktteilnehmer nur mit deutlichem zeitlichen Verzug bewerten.

Die direkte Übermittlung an den Übertragungsnetzbetreiber ist nicht zuletzt dem Datenschutz geschuldet: Die Daten möglichst direkt und ohne Zwischenschritte an Berechtigte zu übermitteln, folgt dem Grundsatz der Datensparsamkeit.

Der Regierungsentwurf stellt ferner sicher, dass auch die Verteilernetzbetreiber für ihre netzbetrieblichen Aufgaben mit den notwendigen Daten versorgt werden. So erhalten sie automatisiert und zeitnah Netzstatusdaten an Erzeugungsanlagen und flexiblen Verbrauchseinrichtungen. Er stellt darüber hinaus klar, dass Verteilernetzbetreiber – unter Berücksichtigung der oben genannten Verbrauchsgrenze von 10.000 kWh/Jahr – mehr Daten anfordern können, wenn sie diese für den sicheren Netzbetrieb benötigen. Dieser flexible Ansatz für die Datenkommunikation ist zukunftsorientiert, datensparsam und berücksichtigt die netzbetrieblichen Herausforderungen vor Ort.

Kontakt: Alexander Kleemann, Andreas Holzamer
Referat: Netzregulierung

⁴ Veröffentlicht unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/S-T/smart-metering.property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>

eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung

Entwicklungs- und Transferprojekte für den Mittelstand 4.0

In der Förderinitiative „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren – Erfolg sichern“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie werden praxistaugliche Lösungen für mittelständische Unternehmen entwickelt. Sie bieten Orientierung und Unterstützung für die Digitalisierung von Geschäftsprozessen. Damit werden die Grundlagen für den Mittelstand 4.0 geschaffen.



Prozessdigitalisierung – Herausforderung im Mittelstand

Die Digitalisierung der Wirtschaft, auch unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“, ist derzeit eines der entscheidenden Themen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und des Mittelstandes geht. Mit diesem Prozess einher geht die zunehmende „Informatisierung“ von Produktion, Logistik, Instandhaltung und weiteren Elementen der Wertschöpfung. Die Digitalisierung hat in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung das Potenzial, ganze Wertschöpfungsketten informations- und prozesstechnisch zu vernetzen und die dahinterliegenden Prozesse weit mehr als heute üblich zu automatisieren. Diese Entwicklung eröffnet mittelständischen Betrieben eine Vielzahl von Chancen, stellt sie jedoch zugleich auch vor große Herausforderungen.

Probleme bestehen beispielsweise in der häufig für eine Prozessautomatisierung nicht ausreichenden Qualität von Stammdaten (z. B. die für die IT-gestützte Verarbeitung von automatisierten Bestellungen notwendige eindeutige Bezeichnung von zugekauften Bauteilen) oder darin, dass im einzelnen Betrieb IT-Systeme nicht vernetzt sind.

So zeigt beispielsweise eine Umfrage aus dem Projekt eBusiness Engineering (bit.ly/Umfrage_eBEn), dass

- ▶ in jedem vierten der befragten mittelständischen Unternehmen aus dem Raum Sachsen Prozesse, Zuständigkeiten und Festlegungen im Umgang mit Dokumenten nicht definiert sind,
- ▶ in vielen Unternehmen die Datenqualität als gut eingeschätzt wird, diese Einschätzung jedoch einer objektiven Analyse häufig nicht standhält.

Nötig ist eine gemeinsame Sprache zwischen IT-Systemen

Um die Digitalisierung von Prozessen in Unternehmen voranzutreiben, ist die Vernetzung unterschiedlicher IT-Systeme notwendig. Dies gilt sowohl im Unternehmen selbst als auch über Unternehmensgrenzen hinweg. Hierzu müssen zum einen die zu nutzenden Daten in ausreichender Menge und Qualität vorhanden sein. Zum anderen müssen diese in einer Form übermittelt werden, die andere IT-Systeme „verstehen“ können. Hierzu bieten eBusiness-Standards

als gemeinsame Sprache den Schlüssel. Sie legen Datenformate und Regeln für den Informationsaustausch fest. Diese Standards sind Basis für viele Geschäftsprozesse, die elektronisch unterstützt werden – sei es bei der Bestellung, Lieferung oder Abrechnung.

Allerdings ist ihre Einführung und Nutzung gerade für kleinere Unternehmen mit erheblichen Kosten (z. B. auch für neue Software) und Unsicherheiten über den resultierenden Nutzen verbunden.

eStandards-Projekte bieten Hilfestellung und praktikable Lösungen

Um den Herausforderungen und Problemen zu begegnen, werden in der Förderinitiative „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren, Erfolg sichern“ durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 20 Projekte in unterschiedlichen Branchen gefördert. Dabei wurden bzw. werden auch für mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe umsetzbare IT-Lösungen sowie auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Informations- und Qualifizierungsformate entwickelt. Zudem werden Werkzeuge zur Selbsteinschätzung und Abschätzung der Investitions-

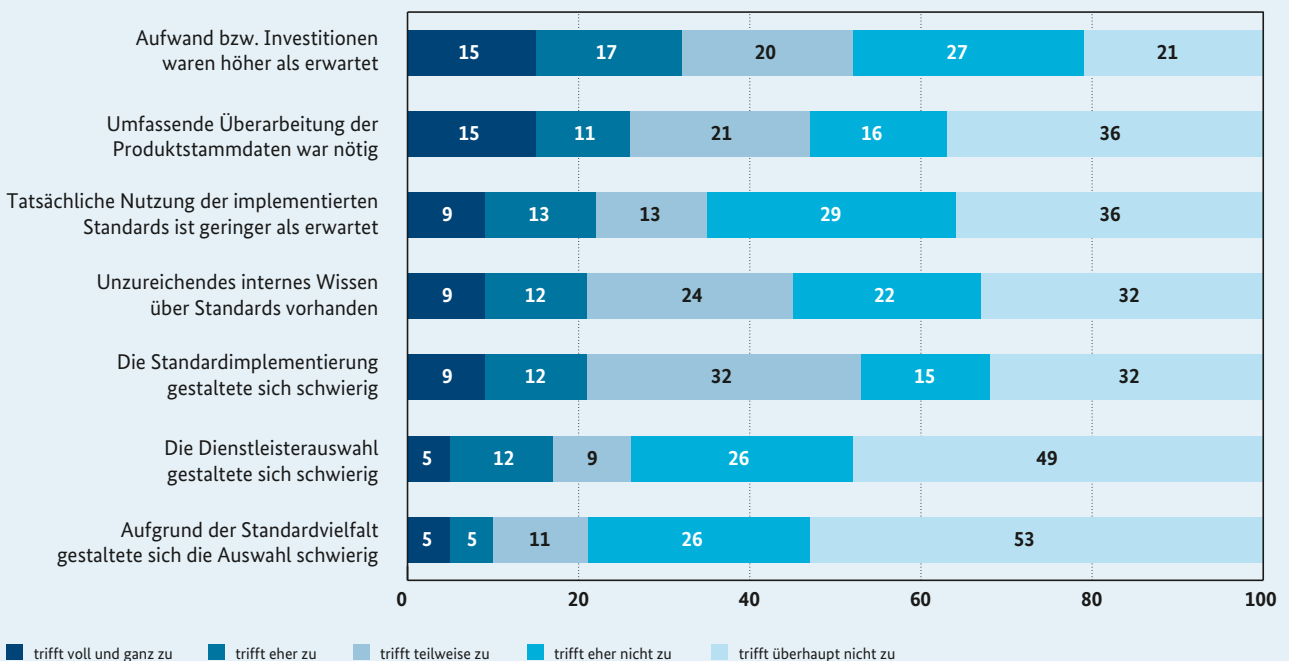
notwendigkeiten bereitgestellt. Sie bieten hiermit an den zentralen Stellen Hilfen und Lösungen. Als Beispiele seien hier einige Projekte genannt:

Projekt eBusiness-Engineering
www.ebusiness-engineering.de



Im Projekt wurden standardisierte und flexibel einsetzbare Beratungsmodulare entwickelt, die besonders der Stammdatenproblematik im Sondermaschinenbau Rechnung tragen (wie z. B. hoher Teilebestand, häufige Sonderteile). Diese Module stehen nunmehr für Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung. Das beteiligte Praxisunternehmen, die Terrot GmbH aus Chemnitz, hat es im Rahmen des Projekts geschafft, nicht nur die erforderlichen Informationen über die für die Produktentstehung benötigten Teile („Teilestamm“), deutlich zu reduzieren, sondern auch aufgrund der im Projekt miteinander verknüpften, vorher isolierten Datenbestände ein ganz neues Geschäftsmodell zu entwickeln. Strickmaschinen werden jetzt nicht nur verkauft und gewartet. Es werden nunmehr die beim Betrieb anfallenden Daten zum Anbieten neuer Services genutzt. Terrot hat damit im Markt ein neues Alleinstellungsmerkmal erarbeitet.

Abbildung 1: Herausforderungen beim Einsatz von E-Business-Standards



Basis: Unternehmen mit E-Business-Standards; Anteile gewichtet, in Prozent; N = 248 – 257

Quelle: „E-Business-Standards in Deutschland“, Berlecon Research 2010



Projekt eStep Mittelstand www.estep-mittelstand.de



Eine Hürde für viele kleine und mittlere Unternehmen, eBusiness-Standards einzusetzen, ist immer noch deren Integration in bestehende Software-Lösungen. Um den Einsatz zu vereinfachen, entwickelt eStep Mittelstand vor-konfigurierte Paketlösungen aus verschiedenen eBusiness-Standards. Sie werden so definiert, dass sie die Kernprozesse aus Beschaffung, Produktion und Absatz mit ihren Schnittstellen berücksichtigen. Als vorgefertigte Zwischenanwendung („Middleware“) können sie dann einfach von Dienstleistern in bestehende Softwarelösungen integriert und schnell eingesetzt werden.

Unternehmen können schon jetzt mit einem im Projekt entwickelten Werkzeug (bit.ly/eStep_Tool) selbständig den Stand ihres Unternehmens („Reifegrad“) in Bezug auf Digitalisierung und eBusiness ermitteln. Dazu werden Handlungsempfehlungen ausgegeben. Die Projektplanung beruht damit auf besser abgesicherten Daten und Investitionen sind auf einer verlässlicheren Basis möglich.

In den Laboren des FIR Aachen und bei GS1 Germany werden exemplarische Wertschöpfungsketten als Modell abgebildet. Demonstratoren bieten die Möglichkeit, die im Rahmen von eStep Mittelstand entwickelten Lösungskonzepte und -tools in den Anwendungsbereichen Maschinen- und Anlagenbau sowie Verpackungs- und Verbrauchsgüterwirtschaft beispielhaft zu erproben.

Projekt SDBtransfer www.sdbtransfer.de



Nach den Vorgaben des europäischen Chemikalienrechts müssen Hersteller und Lieferanten von gefährlichen Stoffen und Gemischen ein Sicherheitsdatenblatt an ihre Abnehmer übermitteln.

Obwohl für die Erstellung von Sicherheitsdatenblättern heute in den allermeisten Unternehmen spezielle Software eingesetzt wird, d.h. digitale Daten vorliegen, dominiert in der Lieferkette nach wie vor eine papierbasierte Übermittlung der benötigten Daten und Informationen. Ein elektronischer Standard zur Übermittlung dieser Daten und Informationen aus dem Sicherheitsdatenblatt fehlte.

Im Rahmen des Projekts SDBtransfer wurde nun erstmals ein durchgängiger Prozess für den elektronischen Austausch von sicherheitsrelevanten Daten in der Lieferkette der Bauwirtschaft entwickelt. Mit der Etablierung eines digitalen Sicherheitsdatenblattes können bestehende Medienbrüche beseitigt und wichtige Beiträge zur Kostenreduzierung geleistet werden. Insbesondere mittelständische Unternehmen werden dadurch bei Verwaltungsaufgaben entlastet.

Technische Umsetzung ist nicht alles

Neben den konkreten Projektergebnissen sind bei der Durchführung der Projekte weitere Erkenntnisse gesammelt worden. Hierbei handelt es sich nicht um Fragen der Technik, sondern um Herausforderungen bei der Akzeptanz und damit der Begleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Einführung und Nutzung von elektronischen Geschäftsprozessen.

Schnelle Erfolgserlebnisse

Um Mitarbeiter, Geschäftsleitung oder Inhaber bei Digitalisierungsprojekten mitzunehmen, ist es wichtig, schnelle Erfolge aufzeigen zu können. Dieses Vorgehen hat sich beispielsweise beim Projekt eMasterCraft (www.emastercraft.de) bewährt. Hier wurde über die digitale und mobile Dokumentation der Arbeitsstunden allen Mitarbeitern gezeigt, wie viel

leichter und effizienter die Nutzung von IT auch in Handwerksbetrieben sein kann und welche Vorteile diese konkret bietet (z.B. direkte Übersicht über den tatsächlichen Personaleinsatz auf Baustellen).

Der menschliche Faktor

Digitalisierung in Unternehmen ist nicht nur ein Technikprojekt. Ein erheblicher Teil davon betrifft direkt die Lebens- und Arbeitswelt der Mitarbeiter vor Ort, die Risiken durch den Wandel unter Umständen stärker wahrnehmen können als damit verbundene Chancen. Daher sollten die Betroffenen von Beginn an eingebunden werden und ihre Bedenken sowie Anregungen ernst genommen werden. Eine Digitalisierung, die „von oben“ verordnet wird, stößt sehr häufig auf Widerstand und lässt hierdurch die Chancen für eine erfolgreiche Gestaltung sinken.

Schritt für Schritt vorgehen

Gerade im Mittelstand und Handwerk ist ein strategisches Vorgehen wichtig. Zu Beginn der Prozessdigitalisierung und Vernetzung sollte analysiert werden, wo mit den bestehenden Voraussetzungen technischer, personeller und finanzieller Art ein schneller „Return on Invest“ erzeugt werden kann. Hierzu hat z.B. das Projekt eBusiness-Engineering eine Analysemethode entwickelt, die gut eingesetzt werden kann. Man beginne mit einem Prozess, der bisher in der traditionellen Ausführung besonders hohen „Leidensdruck“ verursacht, um dann die Digitalisierung Schritt für Schritt weiter auszuweiten. Groß angelegte Digitalisierungsprojekte überfordern hingegen kleinere Unternehmen häufig und können bei den Beteiligten ablehnende Reaktionen hervorrufen.

Anschauliche Beispiele zur Orientierung

Ein zentrales Element von „Mittelstand-Digital“ und von „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren – Erfolg sichern“ ist von Beginn an die anschauliche Vermittlung der Projektergebnisse und Erkenntnisse in die Zielgruppe Mittelstand und Handwerk. Der Transfer erfolgt über verschiedene Methoden, wie z.B. gemeinsame Veranstaltungen, Leitfäden oder Erklärfilme.



Lösungen und „Experten zum Anfassen“ als Erfolgsfaktor im Wissenstransfer

Erfahrungen zeigen, dass der Technologietransfer in die Unternehmen nur erfolgreich ist, wenn er passgenau erfolgt und Lösungen „zum Anfassen“ präsentiert werden. Gerade mittelständische Unternehmer haben konkrete Fragen, auf die sie gezielte Antworten erwarten. Am 2. Februar 2016 haben deshalb fünf Projekte aus der eStandards Initiative (bit.ly/BMWi_eStandards) im Landschaftspark Duisburg Nord live und „zum Anfassen“ gezeigt, was mit den von ihnen entwickelten Ergebnissen möglich ist.

Über 150 Besucher haben sich dabei durch Vorträge informiert. Jedes der beteiligten Projekte hatte ergänzend auf einer eigenen Themeninsel nutzbare und in Demonstrationsunternehmen erprobte Beispiele ihrer Arbeit mitgebracht.

Das Projekt BIMiD (Building Information Modelling in Deutschland, www.bimid.de) zeigte in Echtzeit die Zusammenarbeit zwischen Architekt und Tragwerksplaner. Dabei wurden mit dem IFC-Standard (Industry Foundation Classes) kompatible digitale Gebäudemodelle genutzt. Die Teilnehmer zeigten sich beeindruckt, wie stark die Zusammenarbeit durch die Nutzung digitaler Informationen erleichtert wird.



Von der Wissenschaft in die Praxis mit der digitalen Bauakte; © Jochen Tank, BG BAU

Über Großbildschirme konnten die Besucher mitverfolgen, wie ein Architekt vor Ort in Duisburg und der aus Oldenburg zugeschaltete Tragwerksplaner in Echtzeit anhand des BIM-Architekturmodells die Änderung einer Wandaussparung diskutierten und der Architekt diese Änderung an seinem Modell vornahm, um es dann als IFC-Datei an den Tragwerksplaner weiterzuleiten. Der prüfte dann in seinem Statik-Programm die veränderten statischen Anforderungen, führte seine Änderungen in dem Modell nach und schickte die aktualisierte Datei, wiederum im IFC-Format, an den Architekten zurück.

Die anschaulichen Beispiele auch der anderen Projekte, wie des Transfers von Sicherheitsdatenblättern beim Projekt SDBtransfer oder der digitalen Bauakte beim Projekt eBauen (www.ebauen.de), boten für die Besucher eine Menge an Anregungen und Diskussionsstoff, der mit den Projektexperten angesprochen werden konnte.

Leitfäden, Studien, Praxisbeispiele

Als weitere Möglichkeit, auch die interessierte Öffentlichkeit an den Aktivitäten der Projekte teilhaben zu lassen, sind insgesamt vier Leitfäden entstanden, die Themen wie „Vernetzung verschiedener Standards“ (bit.ly/Leitfaden_eStandards_Grundlagen) oder auch „Akzeptanz, Begleitung, Veränderung“ (bit.ly/Leitfaden_eStandards_Akzeptanz) aufgreifen. Die Projekte haben hier ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zu übergreifenden Themen zusammengeführt und aufbereitet. Zudem wird die Arbeit der einzelnen Projekte mit Publikationen, Vorträgen und Videos adressatengerecht dargestellt. Mehr Informationen und Materialien zum Thema eBusiness-Standards finden sich auf www.mittelstand-digital.de.

Kontakt: Ralf Franke
Referat: Mittelstand-Digital
und Markus Ermert, DLR-Projektträger

Digitalisierung als Chance begreifen

Mittelstand-Digital-Kongress 2016: Strategien für die digitale Transformation im Mittelstand

Die Digitalisierung der Geschäftsprozesse von kleinen und mittleren Unternehmen stand im Mittelpunkt des Kongresses, der am 2. und 3. März 2016 im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Berlin stattfand. In ihrem Grußwort appellierte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, an die Unternehmen, in der aktuell guten Konjunktur die Zukunftschancen durch die Digitalisierung nicht zu verpassen.



Digitale Geschäftsmodelle entwickeln sich in allen Sektoren

Die Digitalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft eröffnet große Chancen. Prozesse können effizienter gestaltet, Umwelt und Ressourcen können geschont, Kosten gespart und nicht zuletzt gänzlich neue Dienste entwickelt werden. Digitale Geschäftsmodelle entstehen in allen Sektoren. Somit stehen auch alle mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe vor der Herausforderung, diesen Wandel frühzeitig zu erkennen und in ihrem Betrieb zu gestalten. Gerade im Mittelstand wird die Digitalisierung jedoch vielfach mehr als ein kundengetriebenes Phänomen und nicht als eine aktiv voranzutreibende Strategie zur Zukunftssicherung verstanden. Die mit der Digitalisierung der Geschäftsprozesse verbundenen Wettbewerbsvorteile

werden in kleinen Betrieben oftmals noch nicht erkannt. Mit diesen Botschaften begrüßte die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragte für den Mittelstand, Iris Gleicke, die knapp 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dritten Jahreskongresses von „Mittelstand-Digital“.

Im Förderschwerpunkt „Mittelstand-Digital“ bündelt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Maßnahmen zur Information und Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse. Zu „Mittelstand-Digital“ zählen die Förderinitiativen „eStandards: Geschäftsprozesse standardisieren, Erfolg sichern“, „Einfach intuitiv – Usability für den Mittelstand“ sowie „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“.

Keynote zur humanen Gestaltung der digitalen Arbeitswelt

In ihrer Keynote-Rede analysierte Dr. Constanze Kurz, Vorstand der IG Metall und verantwortlich für das Ressort Zukunft der Arbeit, die Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt, insbesondere im Umfeld von Industrie 4.0. Sie prognostizierte gewichtige Umbrüche bei den Arbeitsprozessen und großen Bedarf an Qualifizierung der Belegschaften. Gleichwohl machte sie auch deutlich, wie durch rechtzeitiges Aktivieren von transformativen Kräften die Veränderung der Arbeit arbeitnehmerfreundlich ausgestaltet werden kann.



Themeninseln beantworten Fragen der Unternehmer

Im weiteren Verlauf des Mittelstand-Digital-Kongresses wurden Digitalisierungsstrategien für den Mittelstand aus der Sicht von Unternehmern vorgestellt. Einerseits wurde damit das Publikum aus dem Mittelstand direkt angesprochen. Andererseits wurden die neu zum Förderschwerpunkt hinzugekommenen Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren mit den Herausforderungen des Förderschwerpunkts

vertraut gemacht. Entsprechend befassten sich die acht Themeninseln mit den zwei Fragestellungen „Wie gehe ich die Digitalisierung in meinem Betrieb an?“ sowie „Welche Rolle spielen Usability und User Experience bei der Digitalisierung meines Betriebs?“.

In Gesprächsrunden mit Unternehmensvertretern wurden hierauf vielfältige Antworten gegeben. Unternehmer bekamen beispielsweise Antwort darauf, ob sie für eine hohe IT-Sicherheit auf Usability verzichten müssen, wie der Weg der Digitalisierung in Handwerksbetrieben gegangen werden kann und ob der Einsatz von Cloud-Diensten die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen steigert. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen konkrete Praxisbeispiele zur Einführung von digitalen Prozessen, Angebote für Selbsteinschätzungen sowie mittelstandsgerechte Vorgehensweisen zur nutzergerechten Gestaltung von Betriebssoftware.



Hohe Usability ist entscheidend für Industrie 4.0

Projekte HALLO SME, PIC, UIG und UseTree demonstrieren mittelstandsgerechte Usability-Methoden

Je stärker Industrie-4.0-Anwendungen und digitalisierte Geschäftsprozesse in die Unternehmen Einzug halten, desto wichtiger sind optimal gestaltete Mensch-Maschine-Schnittstellen. Bei der Entwicklung von Betriebssoftware für und von mittelständischen Unternehmen und der Gestaltung von Maschinen müssen Usability- und User-Experience-Methoden, also Methoden zur Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit und des positiven Nutzererlebens, zum Einsatz kommen. Zum Abschluss der Projekte HALLO SME, PIC, UIG und UseTree wurden Methoden gezeigt, die in den Projekten erarbeitet wurden und auch gut von kleinen Unternehmen eingesetzt werden können.



In verschiedenen Aktionsrunden konnten die Kongressbesucher beispielsweise einen Usability-Selbsttest für Softwareunternehmen machen oder spielerisch unter Nutzung von Lego-Bausteinen Ideen zur Verbesserung von Software entwickeln. Jeder Teilnehmer konnte praktisch erleben und probieren, dass der Einstieg in mehr Nutzerfreundlichkeit mit wenig Zeitaufwand und einfachen Fragen möglich ist.

Um auch eine Vernetzung mit externen Akteuren im Umfeld von nutzerfreundlicher Gestaltung zu ermöglichen, waren Stände des Internationalen Design Zentrums Berlin, des World Usability Day Berlin, von Fraunhofer HHI sowie mehrerer einschlägiger Start-ups eingerichtet.

Vernetzung der Mittelstand-4.0-Projekte angestoßen

Der zweite Kongresstag stand ganz im Zeichen des Starts der neuen Transferinitiative „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“. Zunächst gab Professor Dr. Rolf Pohl von der Hochschule Kaiserslautern eine grundlegende Einordnung der aktuellen Prozessinnovationen von digitalen Produktions- und Geschäftsmodellen. Sehr anschaulich unterschied er bisherige Produktionsprozesse von der unter dem Schlagwort „4.0“ zu fassenden neuen Leistungserstellung in „digitalen Ecosystemen“. Diese neue Leistungserstellung zeichnet sich nach Einschätzung von Prof. Pohl durch ein neues Denken, die Integration von Sensoren, eine starke Vernetzung und Informationsaustausch, Big-Data-Analysen und neue Geschäftsmodelle aus.

Daraufhin stellten die ersten sechs Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren sowie die Mittelstand-4.0-Agenturen ihre Konsortien, assoziierte Partner, fachliche Schwerpunkte, Regionen und die geplanten Transfermaßnahmen vor. Mehrere Diskussionsrunden fokussierten zudem auf die zentrale Anforderung der Förderinitiative, das in den Forschungseinrichtungen vorhandene Wissen zielgruppengerecht den heterogenen Unternehmen im Mittelstand und Handwerk nahezubringen.

Seinen Abschluss fand der diesjährige Mittelstand-Digital-Kongress in einem Marktplatz der Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren und -Agenturen. Hierbei wurden individuelle Gespräche zwischen allen Akteuren des Förderschwerpunkts geführt und das gegenseitige Kennenlernen sowie die Planung von gemeinsamen Aktivitäten vertieft.

Mittelstand-
Digital

Weitere Informationen zu den Initiativen und Projekten finden sich auf www.mittelstand-digital.de.

Ansprechpartner: Uta Böhner
Referat: Mittelstand-Digital
und Peter Stamm, Begleitforschung von
Mittelstand-Digital, WIK Consult GmbH

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Heterogenes Bild.

Die Weltwirtschaft wächst derzeit mit einer eher schwachen Dynamik. In diesem Jahr dürfte das globale Wachstum nicht viel höher ausfallen als in den Vorjahren. Die globale Wirtschaft war nach der letzten Einschätzung der OECD vom Februar im Jahr 2015 um 3,0% gewachsen, nach einem Anstieg um 3,3% im Jahr 2014.

Die Vereinigten Staaten haben unter den Industriestaaten weiterhin gute, wenn auch zuletzt etwas gedämpfte Wachstumsperspektiven. Auch im Euroraum dürfte sich die konjunkturelle Erholung moderat fortsetzen. Das Wachstum der japanischen Wirtschaft scheint hingegen an Momentum zu verlieren. Unter den Schwellenländern verzeichnet China weiter ein deutliches Wachstum, was sich aber langsam abschwächt. Dies beeinträchtigt die chinesischen Handelspartner vor allem in Asien. Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien werden durch die niedrigen Öl- und Rohstoffpreise belastet. Dabei ist Brasilien in diesem Jahr von einer starken Rezession betroffen.

Die monatlichen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft vermitteln ein gemischtes Bild. Im Dezember 2015 ist die weltweite Industrieproduktion zurückgegangen. Dabei kamen die Rückgänge aus den Industrieländern. Der weltweite Composite Einkaufsmanager Index von Markit ging im Februar ebenfalls geringfügig zurück. Das vom ifo Insti-

tut ermittelte Weltwirtschaftsklima verbesserte sich hingegen im ersten Quartal dieses Jahres etwas.

Insgesamt dürfte sich das globale Wirtschaftswachstum im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig beschleunigen. Die OECD hat in ihrer Prognose vom Februar das Wachstum der Weltwirtschaft für das Jahr 2016 um 0,3 Prozentpunkte auf 3,0% nach unten korrigiert. Für das Jahr 2017 rechnet die OECD mit einem nur unwesentlich höheren Wachstum der Weltwirtschaft von 3,3%.

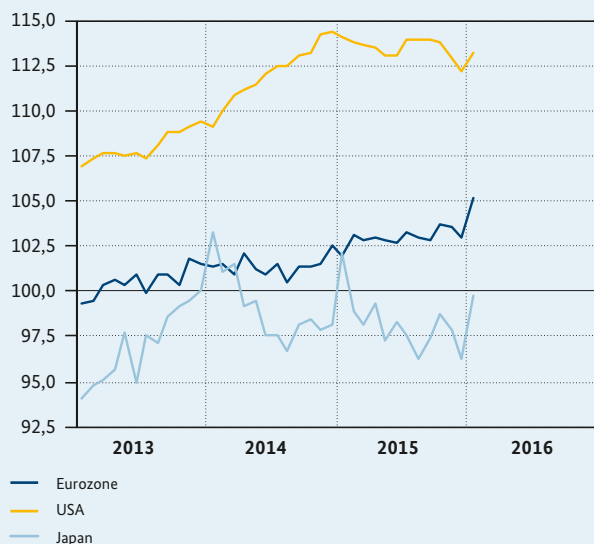
USA: Mit verlangsamtem Wachstum.

Das Wachstum in den Vereinigten Staaten ist weiterhin robust und wird vor allem durch die gute Arbeitsmarktentwicklung und den privaten Konsum getragen. Allerdings schwächt der starke Dollar die Exportperspektiven der Industrie. Die niedrigen Ölpreise belasten die Investitionen der Ölförderer und ihrer Zulieferer. So verringerte sich im vierten Quartal 2015 die Wachstumsdynamik der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung in den Vereinigten Staaten auf +0,3% gegenüber dem Vorquartal. Das Ergebnis des vierten Quartals wurde gegenüber der ersten Schätzung leicht nach oben korrigiert.

Die Verlangsamung im vierten Quartal ist insbesondere auf eine weniger dynamische Entwicklung der Investitionen zurückzuführen. Insbesondere die Investitionen der Ölförderer sind deutlich zurückgegangen. Auch die Exportentwicklung bremste das Wachstum.

Die Industrie erlebte in den vergangenen Monaten eine Schwächephase. Im Januar zeigt sich hingegen eine gewisse Korrektur. Die Industrieproduktion stieg im Januar um 0,9% gegenüber dem Vormonat an. Auch die Aufträge nahmen um 1,6% gegenüber dem Vormonat zu. Die Frühindikatoren bestätigen diese Erholung nur teilweise. Der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe ist im Februar leicht gestiegen. Der konsolidierte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen nahm im Februar hingegen deutlich ab. Die Beschäftigung erhöhte sich im gleichen Monat weiter. Die Arbeitslosigkeit verharrte im Februar weiter auf dem tiefsten Stand seit acht Jahren. Angesichts der Schwächephase in der Industrie senkte die OECD ihre Prognose für das Jahr 2016 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,0%. Im kommenden Jahr soll das Wachstum, nach Einschätzung der OECD, nur unwesentlich höher ausfallen.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2014 Q4	2015 Q1	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4
Euroraum	0,4	0,6	0,4	0,3	0,3
USA	0,5	0,2	1,0	0,5	0,3
Japan	0,5	1,1	-0,4	0,3	-0,3

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Euroraum	10,6	10,5	10,4	10,3	-
USA	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9
Japan	3,2	3,3	3,3	3,2	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Euroraum	0,1	0,1	0,2	0,3	-0,2
USA	0,2	0,5	0,7	1,4	-
Japan	0,3	0,3	0,2	-0,1	-

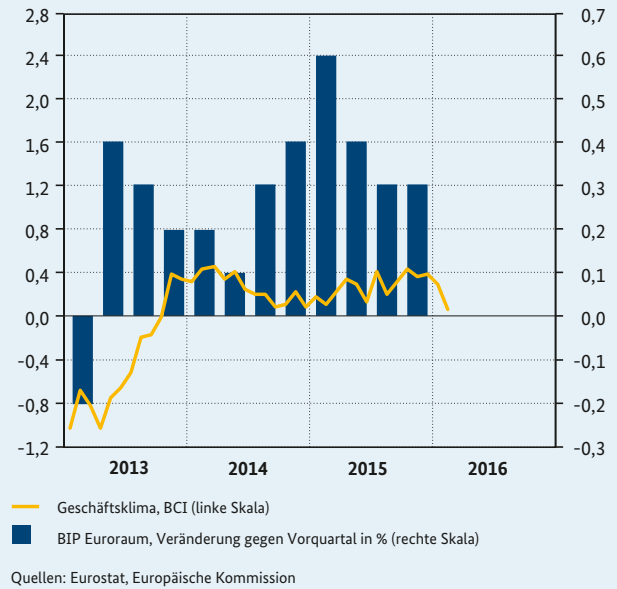
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Japan: Geringere Wachstumsdynamik.

Das BIP in Japan nahm im vierten Quartal um 0,3% gegenüber dem Vorquartal ab. Rückläufige Ausgaben der privaten Konsumenten und eine schlechte Exportentwicklung verursachten den Wachstumseinbruch. Die Industrieproduktion erhöhte sich hingegen im Januar wieder etwas.

Der Markit-Einkaufsmanagerindex ging im Februar ebenfalls zurück. Trotz schwacher Industriekonjunktur nahm die Beschäftigung im Januar weiter gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Auch der Tankan-Index des vierten Quartals weist auf einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau hin. Die Lohneinkommen expandierten nur wenig gegenüber dem Vorjahresmonat. Auch die Verbraucherpreise weisen nach wie vor wenig Dynamik auf. Der Ausblick für die japanische Wirtschaft hat sich angesichts der geschwächten Exportnachfrage aus dem asiatischen Raum und insbesondere aus China eingetrübt. Doch auch die privaten Konsumausgaben fallen als Wachstumsstütze aus. In der aktuellen Prognose vom Februar geht die OECD daher von einem Wirtschaftswachstum von 0,8% für das Jahr 2016 und nur noch 0,6% im Jahr 2017 aus.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum: Fortschreitende Erholung.

Im Euroraum setzt sich die moderate Erholung fort. Die wirtschaftliche Aktivität ist im vierten Quartal 2015 preis- und saisonbereinigt um 0,3% gestiegen, nach einem Anstieg um ebenfalls 0,3% im dritten Quartal. Frankreich, Italien und die Niederlande setzten ihr moderates Wachstum fort. Allein die spanische Wirtschaft expandierte weiter kräftig. Außerhalb des Euroraums setzten das Vereinigte Königreich und vor allem Polen und die anderen osteuropäischen Staaten ihre dynamische wirtschaftliche Expansion fort.

Die Industrieproduktion im Eurogebiet ist im Januar deutlich angestiegen (+2,1%). Dieser Anstieg ist erstaunlich, da die Frühindikatoren keine Hinweise auf eine Industriebelebung lieferten. Der Economic Business Climate Indicator hat sich im Februar ebenso wie der Einkaufsmanagerindex etwas abgeschwächt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote ging im Januar weiter zurück und liegt bei 10,3%. Die Konjunktur im Euroraum dürfte das Wachstumstempo in etwa halten, was durch die expansive Geldpolitik, den niedrigen Ölpreis und den schwachen Wechselkurs unterstützt wird. Die EU-Kommission erwartet für das Jahr 2016 ein Wachstum im Euroraum in Höhe von 1,7%. Für das Jahr 2017 geht sie von einer Beschleunigung auf 1,9% aus.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft bleibt trotz unsicheren globalen Umfeldes auf Wachstumskurs.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet. Im Schlussquartal des Jahres 2015 blieb sie trotz einer Durststrecke der Industrie mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um preis-, kalender- und saisonbereinigt von 0,3% auf Wachstumskurs. Zu Jahresbeginn 2016 wurde dann die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe sowohl im Bereich der Industrie als auch im Baugewerbe kräftig ausgeweitet.¹ Besonders kräftig und deutlich stärker als in den Vormonaten fiel im Januar der saisonbereinigte Anstieg der Erwerbstätigkeit aus. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaftsleistung nach dem guten Start im ersten Quartal des Jahres weiter zunehmen. Allerdings hat sich die Stimmung in der Wirtschaft spürbar eingetrübt. Dies ist vor allem der gestiegenen Unsicherheit über die weitere Entwicklung des globalen wirtschaftlichen Umfeldes und den Turbulenzen an den Finanzmärkten zu Jahresbeginn geschuldet. Die grundlegenden Auftriebskräfte der deutschen Wirtschaft sind aber weiterhin intakt. Von der binnenwirtschaftlichen Nachfrage kommen zuverlässige

Impulse. Der niedrige Ölpreis, das Zinsumfeld und der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liefern zusätzliche Impulse.

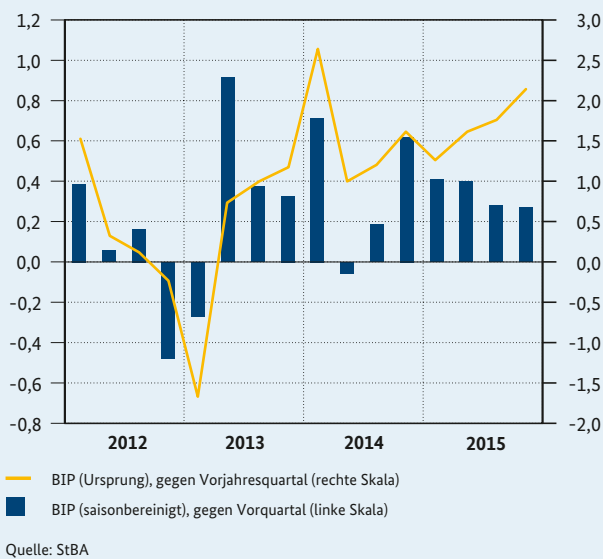
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion wurde zu Jahresbeginn deutlich ausgeweitet.

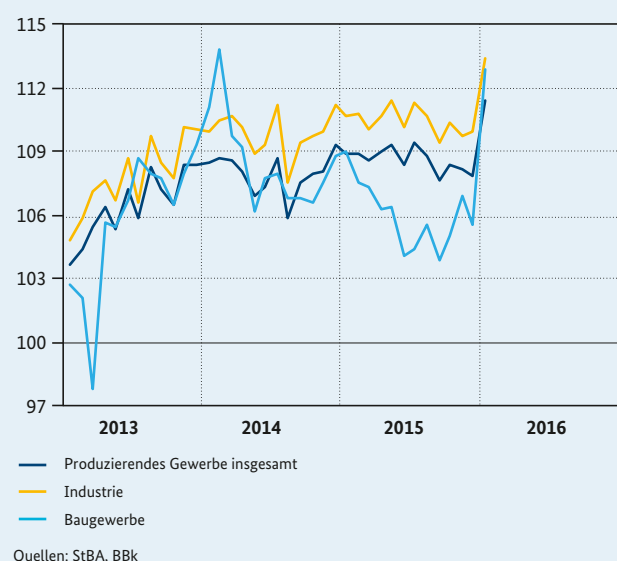
Die Geschäftslage im Baugewerbe verbessert sich weiter.

Nach der Schwächephase im zweiten Halbjahr 2015 meldet das Produzierende Gewerbe zum Jahresbeginn 2016 wieder positive Ergebnisse. Die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe wurde im Januar um 3,3% gegenüber dem Vormonat ausgeweitet. Zudem wurde das Dezemberergebnis um 0,9 Prozentpunkte auf -0,3% aufwärtsrevidiert. Das Produktionsplus im Januar basiert einerseits auf einer deutlichen Ausweitung der Erzeugung im Bereich der Industrie (+3,2%). Zudem wurde im Bausektor ein außergewöhnlich hoher Zuwachs von 7,0% verzeichnet. Die Energieerzeugung blieb weitgehend konstant (+0,1%). Das Geschäftsklima des ifo Konjunkturtests für die Gewerbliche

Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, preisbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. März 2016 vorlagen.

Wirtschaft trübte sich im Januar erneut ein, wobei die Unternehmen insbesondere ihre Erwartungen zurücknahmen. Dies lässt eine vermutlich nur langsame Erholung zumindest der Industriekonjunktur in den nächsten Monaten erwarten.

Die Unternehmen der Industrie beendeten ihre Durststrecke und wiesen zum Jahreswechsel eine deutliche Ausweitung ihres Produktionsvolumens aus. Hierzu könnten zwar auch gewisse Produktionsverlagerungen aufgrund von Brückentageeffekten im Dezember einen Beitrag geleistet haben. Die Industrieproduktion lag aber auch im Durchschnitt der Monate Dezember und Januar deutlich über dem Produktionsniveau des Jahresschlussquartals. Die Erzeugung stieg im Januar um 3,2% gegenüber dem Vormonat an und das Dezemberergebnis wurde ebenfalls kräftig um 1,3 Prozentpunkte nach oben revidiert. Innerhalb der Industrie konnten im Januar alle Gütergruppen Produktionsanstiege verbuchen, wobei der Zuwachs bei den Investitionsgütern (+5,3%) sowie den Konsumgütern (+3,7%) kräftig ausfiel. Auch in der Branchenbetrachtung zeigt sich mit den günstigen Entwicklungen in den wichtigen Bereichen Maschinenbau (+4,3%), Metallzeugnisse (+4,6%), Kfz (+7,6%) und sonstiger Fahrzeugbau (+3,4%) ein erfreuliches Bild.

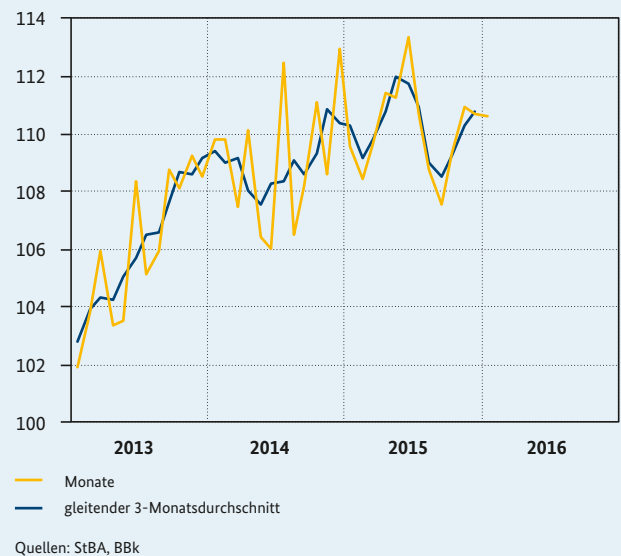
Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Produktion					
Insgesamt	-0,3	-0,4	-0,5	0,2	3,2
Vorleistungsgüter	-0,5	0,3	1,0	1,0	0,4
Investitionsgüter	0,1	-0,8	-2,8	-0,1	5,3
Konsumgüter	-0,6	-1,2	1,9	-0,7	3,7
Umsätze					
Insgesamt	-0,5	0,0	-2,2	2,0	1,2
Inland	-0,6	0,5	-2,2	1,2	2,6
Ausland	-0,6	-0,4	-2,2	2,9	-0,2
Auftragseingänge					
Insgesamt	-2,7	1,2	1,5	-0,2	-0,1
Inland	0,3	1,4	2,5	-1,5	-1,6
Ausland	-4,8	1,1	0,8	0,8	1,0
Vorleistungsgüter	-1,1	2,3	4,7	-2,1	-4,0
Investitionsgüter	-3,6	0,2	-0,1	0,6	1,7
Konsumgüter	-3,3	4,6	-1,8	4,1	3,9

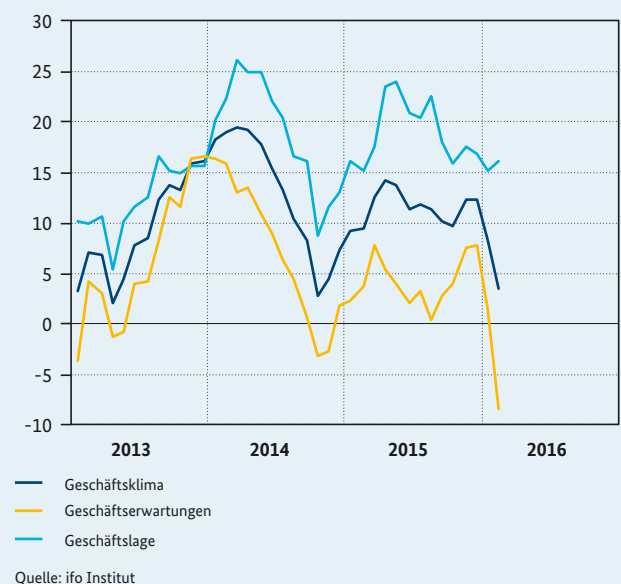
Quellen: StBA, BBk

Auftragseingang in der Industrie
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Die Umsätze in der Industrie stiegen im Januar erneut an und entwickeln sich auch in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Allerdings ist das positive Januarergebnis ausschließlich auf ein kräftiges Umsatzplus der Investitionsgüterproduzenten zurückzuführen. Im Bereich der Vorleistungs- und Konsumgüter mussten Einbußen verbucht werden. In geografischer Betrachtung kamen positive Impulse vor allem aus dem Inland.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe
(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

Die Auftragseingänge entwickelten sich im Januar stabil. Allerdings war in den Hauptgruppen eine heterogene Entwicklung zu beobachten. Während die Nachfrage bei den Investitionsgüterproduzenten und den Konsumgüterproduzenten anstieg, gingen die Bestellungen bei den Vorleistungsgütern deutlich zurück. Positive Impulse kamen zu Jahresbeginn insbesondere aus dem Euroraum, wogegen die Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum nach vier expansiven Monaten erstmals zurückgingen. Der Auftragsbestand ist – mit tendenziell abnehmender Rate – höher als vor Jahresfrist. Die vorhandenen Industrienaufträge reichen wie in den Vormonaten für knapp fünf Monate.

Insgesamt deuten die aktuellen Daten auf eine nur moderat aufwärtsgerichtete Entwicklung der Industriekonjunktur hin.

Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe trübte sich bereits zu Jahresbeginn spürbar ein. Im Februar fiel der Geschäftsklimaindex des Verarbeitenden Gewerbes erneut deutlich auf 3,4 Saldenpunkte und liegt damit nur noch knapp oberhalb des langjährigen Durchschnitts von 2,7 Saldenpunkten. Hierfür war der stärkste Rückgang der Erwartungen seit November 2008 verantwortlich. Ihre aktuelle Lage beurteilten die Unternehmen hingegen etwas positiver.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Insgesamt	-0,9	1,2	1,8	-1,3	7,0
Bauhauptgewerbe	-0,9	4,4	2,0	0,2	-1,7
Ausbaugewerbe	-0,8	-2,2	1,5	-3,1	17,6

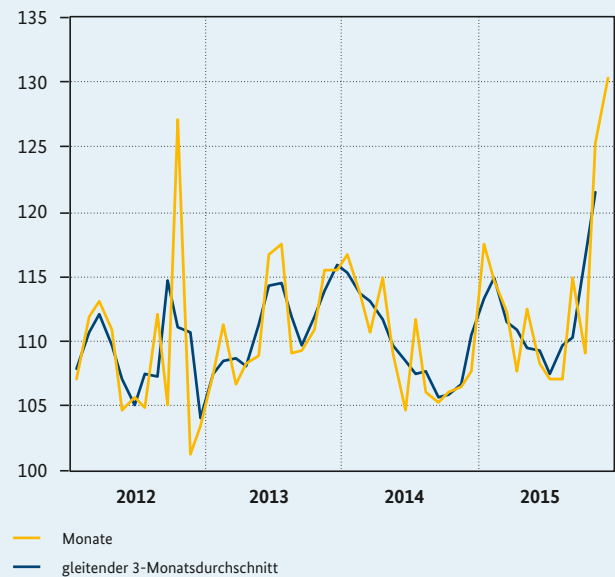
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
Insgesamt	0,2	10,8	-5,1	15,0	3,9
Hochbau	3,0	6,5	-11,2	21,4	-5,1
Wohnungsbau*	11,5	-2,9	-17,9	9,7	2,6
Gewerblicher*	-3,2	12,3	-11,8	39,1	-13,7
Öffentlicher*	-0,7	19,0	19,8	-0,2	8,5
Tiefbau	-3,1	16,2	2,8	7,8	15,2
Straßenbau*	1,2	0,3	-7,6	0,5	21,6
Gewerblicher*	-4,3	15,7	15,7	17,3	-28,1
Öffentlicher*	-7,1	40,6	0,5	3,3	80,5
Öffentlicher Bau insg.	-2,0	16,9	-0,1	1,4	39,6

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Der Bausektor verzeichnete im Januar einen außergewöhnlich hohen Zuwachs der Produktion. Dieser ist jedoch ausschließlich auf den sprunghaften Anstieg der Erzeugung im Ausbaugewerbe zurückzuführen. Im Bauhauptgewerbe hingegen wurden nach dem Aufwärtstrend der letzten Monate im Januar erstmals rückläufige Ergebnisse verbucht. Die milde Witterung bzw. die unterdurchschnittlichen witterungsbedingten Baubehinderungen dürften daher für das gute Produktionsergebnis im Bauhauptgewerbe keine prominente Rolle gespielt haben.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen nach dem außergewöhnlich starken Anstieg im November im Dezember erneut an. Im Hochbau gingen die Auftragszahlen zwar zurück, dies wurde jedoch durch einen kräftigen Zuwachs im Tiefbau überkompensiert. Dieser geht insbesondere auf einen immensen Nachfrageanstieg bei den öffentlichen Auftraggebern zurück.

Nach zuletzt zwei Rückgängen hellte sich die Stimmung in den Bauunternehmen im Februar wieder auf. Der Index liegt deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Zwar gingen die Erwartungen der Unternehmen für die nächsten sechs Monate erneut zurück. Ihre Lage beurteilten die Bauunternehmen jedoch so gut wie noch nie. Günstige Finanzierungsbedingungen durch das niedrige Zinsumfeld, positive Einkommenserwartungen und die gute Situation am Arbeitsmarkt sprechen weiterhin für eine günstige Ent-

wicklung insbesondere des Wohnungsbaus. Der im Zuge der Flüchtlingsmigration deutlich angestiegene Wohnraumbedarf dürfte hier ebenfalls eine Rolle spielen. Insgesamt wird daher auch weiterhin mit einer weiteren Belebung im Bausektor gerechnet.

3. Privater Konsum

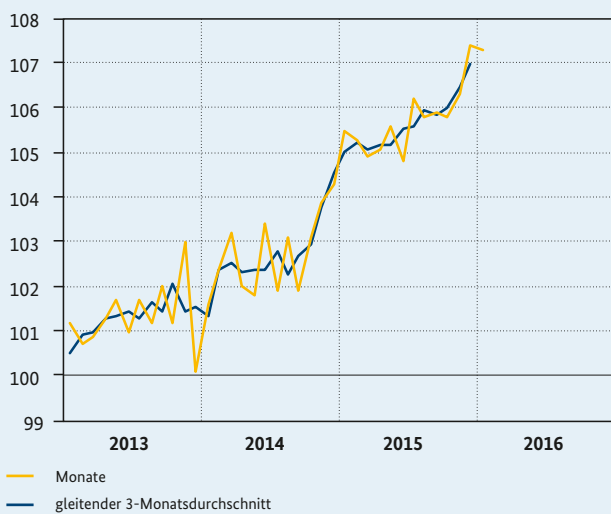
Die Umsätze im Einzel- und Kfz-Handel sind deutlich aufwärtsgerichtet.

Die Kauflaune der Verbraucher bleibt ungebremst.

Der private Konsum bleibt ein wichtiges Standbein der deutschen Konjunktur. Die gute Beschäftigungs- und Einkommenssituation sowie die äußerst moderate Preisentwicklung beflügeln weiterhin die Kauflaune.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stagnierten zwar im Januar (-0,1%), blieben in der Tendenz jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Die Umsätze im Kfz-Handel befinden sich auf dem höchsten Niveau seit fast sieben Jahren. Darin sind auch gewerbliche Käufe eingeschlossen, doch die Entwicklung der privaten Kfz-Neuzulassungen spricht für eine hohe Nachfrage der privaten Haushalte.

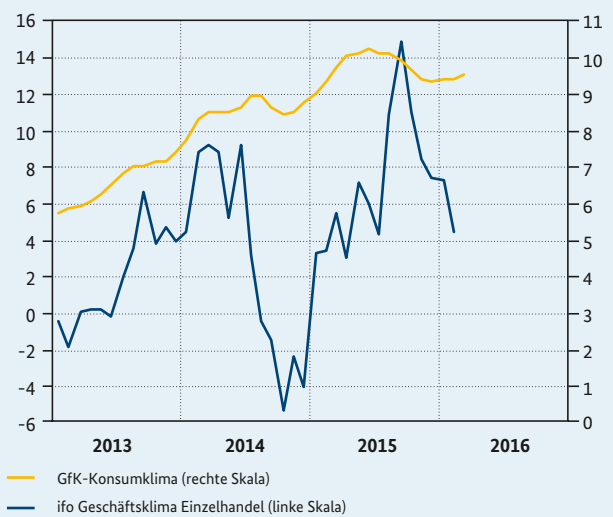
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Die Stimmung unter den Einzelhändlern ist entsprechend gut, hat sich seit vergangenem Herbst allerdings etwas abgekühlt. Nachdem das ifo Geschäftsklima im September den zweithöchsten Wert seit über 20 Jahren angezeigt hatte, haben sowohl die Erwartungen als auch die Einschätzung der aktuellen Lage etwas nachgegeben. Auch die Kauflaune der Verbraucher bewegt sich im historischen Vergleich weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Anschaffungsneigung ist zuletzt wieder gestiegen und die Einkommenserwartungen sind sehr positiv. Auch die Konjunkturerwartungen werden wieder besser bewertet als noch im November.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK

4. Außenwirtschaft

Die Exporte haben sich im Januar verringert.

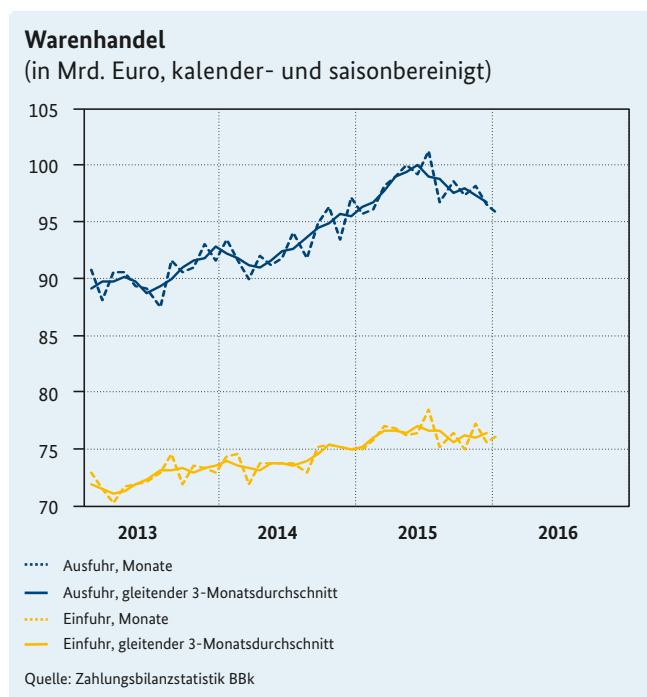
Die Exportaussichten bleiben zurückhaltend.

Angesichts der schwachen Dynamik der Weltwirtschaft und des Welthandels nahm auch die Aufwärtsdynamik des deutschen Außenhandels im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres ab.² Im Januar 2016 wurden in Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 103,4 Mrd. Euro ausgeführt, 3,1% weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gegenüber dem Vormonat sind die Ausfuhren ins-

2 Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

gesamt saisonbereinigt um 1,8% gesunken. Die Ausführpreise sind im Januar um 0,2% gegenüber Dezember gesunken. Im Jahr 2015 entwickelten sich die Ausfuhren an Waren in Länder außerhalb der Eurozone etwas dynamischer (+7,1%) als die Ausfuhren in die Eurozone (+5,2%). Deutlich rückläufig waren die Exporte nach Russland (-25,5%). Die Ausfuhren nach China schwächten sich um 4,2% ab.

Die Einfuhren an Waren und Dienstleistungen blieben in jeweiligen Preisen im Januar saisonbereinigt nahezu unverändert (-0,1%). Die Einfuhrpreise gingen im Januar weiter um 1,5% zurück.



In jeweiligen Preisen ergab sich im Januar beim Handel mit Waren und Dienstleistungen ein Überschuss von saisonbereinigt 15,8 Mrd. Euro und für die Leistungsbilanz von 19,6 Mrd. Euro. Für das Jahr 2015 kumulieren sich die Leistungsbilanzüberschüsse in Ursprungszahlen auf 257,0 Mrd. Euro. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 44,1 Mrd. Euro ist nicht zuletzt auf die geringere Ölrechnung zurückzuführen.

Außenhandel*

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	-0,3	-1,3	1,3	-1,3	-1,8
Einfuhr	0,6	-0,4	2,7	-1,2	-0,1
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	5,7	4,8	7,8	3,3	-1,4
Eurozone	6,1	6,7	8,9	5,6	-0,1
EU Nicht-Eurozone	8,1	5,9	11,0	-1,4	2,9
Drittländer	4,1	2,6	5,1	3,9	-5,0
Einfuhr	5,2	4,1	5,5	3,5	1,5
Eurozone	5,8	4,5	5,7	5,3	2,7
EU Nicht-Eurozone	7,9	5,6	8,4	3,1	3,8
Drittländer	2,8	2,7	3,5	1,5	-1,1

Quellen: StBA, BBk

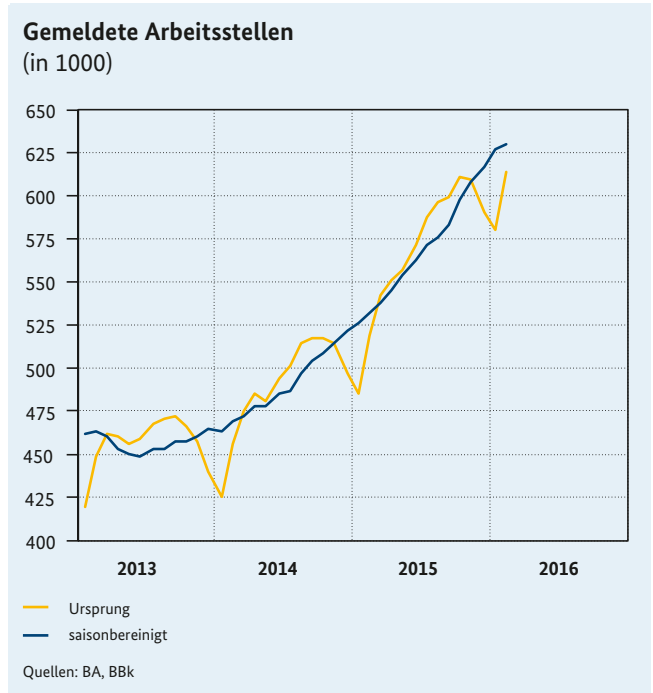
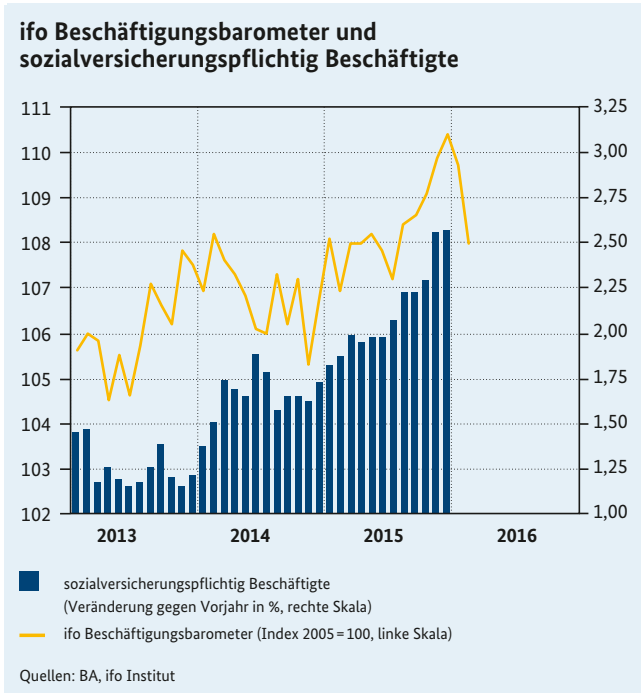
* Angaben in jeweiligen Preisen

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten auf eine sehr verhalten positive Exportentwicklung hin. Die Bestellungen aus dem Ausland, insbesondere im Euroraum, haben sich im Januar erhöht. Die Auslandsumsätze gingen im Januar allerdings leicht zurück. Und auch die ifo-Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im Februar etwas gesunken. Der real effektive Wechselkurs des Euro hat gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern im Februar den dritten Monat in Folge leicht aufgewertet. Insgesamt dürften die deutschen Exporte nach dem Jahreswechsel zunächst nur in gemäßigttem Tempo ausgeweitet werden.

5. Arbeitsmarkt

Die günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt halten an.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter günstig. Die Erwerbstätigkeit nahm im Januar so kräftig zu wie seit fünf Jahren nicht mehr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg bis zuletzt etwas stärker als die Erwerbstätigkeit. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gingen im Februar weiter zurück. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt hoch. Die kräftige Zuwanderung durch Flüchtlinge wirkte sich bisher moderat auf den Arbeitsmarkt aus.

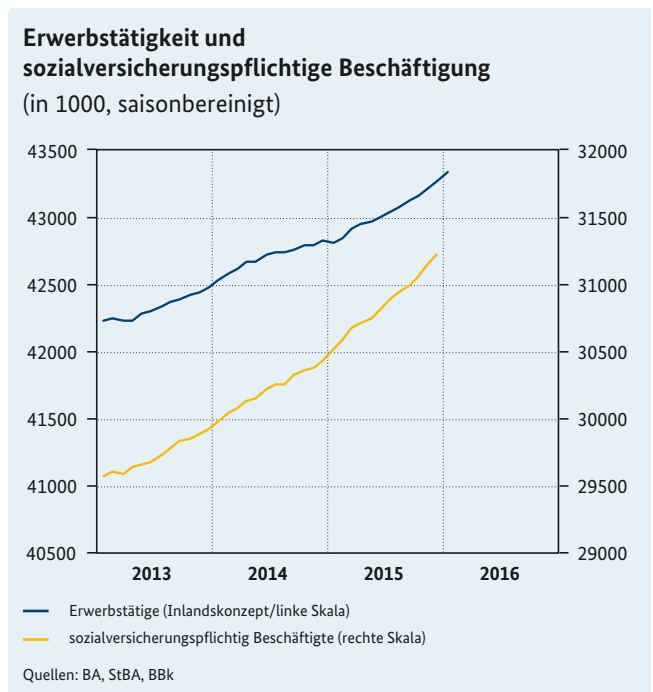


Die Frühindikatoren senden weiterhin positive Signale. Das ifo Beschäftigungsbarometer ist im Februar zwar erneut gefallen, liegt aber weiter erheblich über seinem langjährigen Wert. Geringfügig angestiegen ist hingegen das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Der etwas über dem neutralen Punkt liegende Wert deutet einmal mehr darauf hin, dass größere Rückgänge der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit in den kommenden drei Monaten nicht mehr zu erwarten sind. Der BA-X Stellenindex, in dem alle der BA bekannten Informationen zum Stellenangebot gebündelt werden, liegt jetzt knapp unter dem vormonatigen Höchstwert.

Die Erwerbstätigkeit stieg zu Jahresbeginn saisonbereinigt kräftiger als in den Vormonaten um 74.000 Personen. Aus saisonalen Gründen ist sie allerdings auf 43,0 Mio. Erwerbstätige zurückgegangen. Dabei nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr noch stärker als in den vorangegangenen Monaten um mehr als ein Prozent zu.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhte sich im Dezember saisonbereinigt um 71.000 Personen, viel stärker als die Erwerbstätigkeit im Dezember. Gegenüber dem Jahresende 2014 bedeutet das einen Zuwachs von 780.000 Personen (Ursprungszahl). Der Vorjahreszuwachs hat sich im Verlauf des letzten Jahres deutlich ausgeweitet.

Zuwächse an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten binnen Jahresfrist verzeichneten fast alle Branchen. Den absolut stärksten Anstieg hatte im Dezember der Bereich Pflege und Soziales (+114.000 Personen), der Handel (+89.000 Personen) und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+82.000).



Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten haben gegenüber dem Vorjahr an Bedeutung verloren.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,759	2,655	2,681	2,920	2,911
gg. Vorjahr in 1.000	-102	-83	-82	-111	-106
gg. Vorperiode in 1.000*	-1	-25	-15	-19	-11
Arbeitslosenquote	6,3	6,0	6,1	6,7	6,6

Erwerbstätige (Inland)

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio.	43,2	43,4	43,5	43,3	43,0
gg. Vorjahr in 1.000	335	413	423	439	517
gg. Vorperiode in 1.000*	111	132	49	50	74

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q3	Q4	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio.	31,0	31,3	31,4	31,4	31,2
gg. Vorjahr in 1.000	313	301	704	784	780
gg. Vorperiode in 1.000*	175	206	58	94	71

Quellen: BA, StBA, BBk

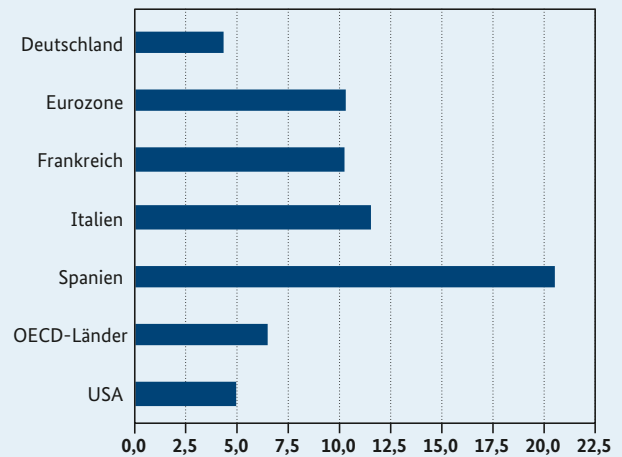
* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Februar saisonbereinigt um 10.000 Personen. Nach den Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,91 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde deutlich um 106.000 Personen unterschritten, wobei die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten Asylzugangsländern um 45.000 Personen angestiegen ist.

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote sank im Januar auf 4,3%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland bereits längere Zeit eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Internationale Erwerbslosenquoten

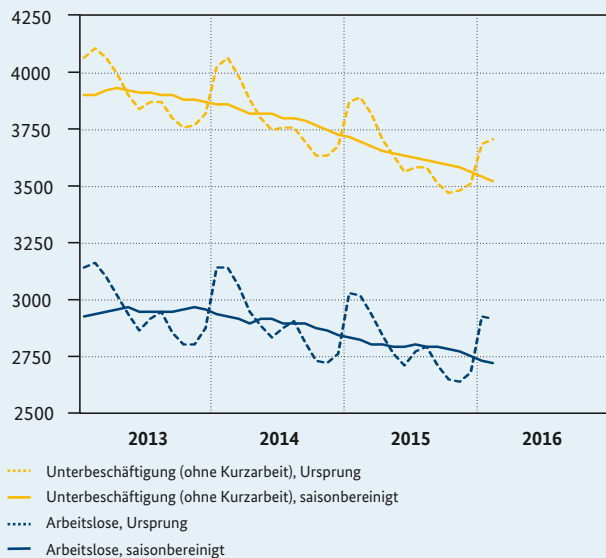
(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Januar 2016)



Quelle: Eurostat

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, belief sich im Februar auf 3,71 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr ging die Unterbeschäftigung um 180.000 Personen zurück. Verglichen mit dem Vormonat nahm sie saisonbereinigt um 14.000 Personen ab; die günstige Entwicklung der Vormonate setzte sich somit fort.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



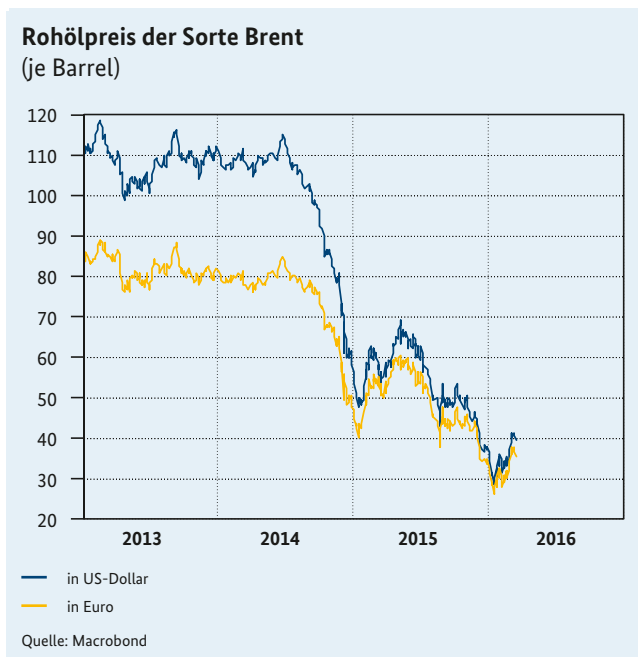
Quellen: BA, IAB, BBk

6. Preise

Der Rohölpreis erholt sich etwas und steigt Anfang März wieder über die 40-Dollar-Marke.

Die Verbraucherpreise liegen im Februar auf Vorjahresniveau.

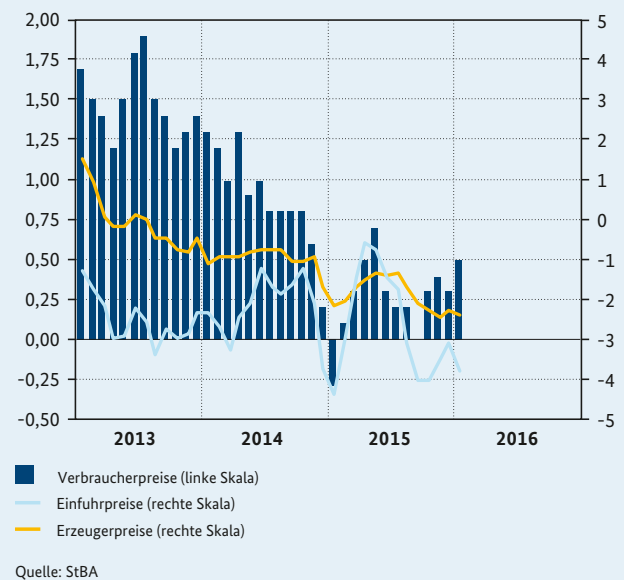
Die Preisentwicklung in Deutschland verläuft vor dem Hintergrund der schwächeren Weltkonjunktur und den niedrigen Rohstoffpreisen auf allen Wirtschaftsstufen weiterhin äußerst verhalten. Bei den Einfuhr- und Erzeugerpreisen setzte sich der Abwärtstrend bis einschließlich Januar ungebrochen fort. Die Verbraucherpreise fielen im Februar auf Vorjahresniveau. Der Rohölpreis hat seinen Tiefpunkt allerdings inzwischen hinter sich gelassen. Nach dem erreichten Zwölf-Jahres-Tief in der zweiten Januarhälfte erholte sich der Ölpreis in den darauffolgenden Wochen zunehmend. Mitte März notierte der Barrelnpreis der Sorte Brent bei ca. 38 US-Dollar und lag damit ca. 11% über Vormonatsniveau. Gegenüber seinem Vorjahrespreis liegt der Ölpreis nach wie vor deutlich niedriger (-29%).



Die Preise für Importprodukte setzten zum Jahresbeginn 2016 ihren Abwärtstrend beschleunigt fort. Der Index verringerte sich von Dezember auf Januar erneut spürbar (-1,5%). Es war der neunte Rückgang in Folge, der mit dem fallenden Rohölpreis im Zusammenhang stand. Im Vorjahresvergleich fielen die Einfuhrpreise im Januar wieder etwas stärker (-3,8%). Auch ohne die Berücksichtigung der Energiekomponente lagen die Importpreise unter dem Vorjahresniveau, auch wenn die Jahresrate mit -1,1% deutlich schwächer ausfiel als die Gesamtrate. Hier spielte vor allem die Verbilligung von Vorleistungsgütern eine Rolle.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die Preise für Exportgüter verringerten sich am Jahresanfang ebenfalls, wenn auch bei weitem nicht so stark wie die Importpreise. Die Exporteure senkten im Januar ihre Preise um 0,2% im Vergleich zum Vormonat. Einen spürbar dämpfenden Einfluss hatten neben den Preisrückgängen im Bereich Energie auch Preissenkungen bei ausgeführten Vorleistungsgütern. Binnen Jahresfrist fielen die Preise im Schnitt um 0,5%. Dies war der stärkste Preisrückgang im Auslandsabsatz seit anderthalb Jahren. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms of Trade) verbesserte sich aus deutscher Sicht im Januar 2016 mit +3,5% gegenüber dem Vorjahreswert etwas stärker als im Dezember.

Die Erzeugerpreise gingen von Dezember auf Januar um 0,7% zurück. Während die Preise der Investitionsgüter- und Konsumgüterproduzenten im Vormonatsvergleich leicht stiegen, waren Energieprodukte sowie Vorleistungsgüter erneut preisgünstiger. Auf Jahressicht sanken die Preise auf der Produzentenstufe um 2,4%.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Jan.	Feb.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-0,8	0,4	0,5	0,0
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,7	0,4	1,3	0,9
Nahrungsmittel	0,0	0,7	0,9	0,8
Pauschalreisen	-19,2	9,0	0,7	-5,7
Andere Waren und Dienstleistungen	0,7	0,2	1,6	1,4
Energie	-2,5	-0,9	-5,8	-8,5
Heizöl	-13,5	-0,5	-24,3	-33,6
Kraftstoffe	-4,0	-2,2	-5,7	-11,0
Dienstleistungen	-0,8	0,6	1,2	0,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,1	-0,1	-	-

Quellen: StBA, BBK

Die Verbraucherpreise sind im Februar um 0,4% im Vergleich zum Vormonat angestiegen. Neben einer saisonüblichen Verteuerung von Nahrungsmitteln erhöhten sich mit dem Beginn der Winter- und Faschingsferien in vielen Bundesländern auch die Preise für Pauschalreisen wieder. Dämpfend wirkte der anhaltende Rückgang der Energiepreise, der sich im Februar noch abgeschwächt fortsetzte. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, fiel im Februar auf null. Waren und Dienstleistungen kosteten demnach im Durchschnitt genauso viel wie vor einem Jahr. Die Kerninflationsrate, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, rutschte erstmals seit fast drei Jahren wieder unter die Ein-Prozent-Marke. Sie lag im Februar bei 0,9%.

7. Monetäre Entwicklung

EZB senkt Zinsen im Euroraum auf null.

Kreditvergabe an Unternehmen steigt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzt ihre expansive Geldpolitik fort. Auf ihrer letzten Sitzung hat sie beschlossen den Refinanzierungssatz auf 0,0% zu senken. Auch die Einlagenfazilität wird von -0,3% auf -0,4% abgesenkt. Zudem führt die EZB geldpolitische Sondermaßnahmen im Rahmen des Erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) durch, um den Markt zusätzlich mit Liquidität zu versorgen. Das monatliche Volumen des Ankaufprogramms soll von 60 Mrd. Euro auf 80 Mrd. Euro erhöht werden. Ihre Bilanz hat die EZB durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,03 auf 2,87 Billionen Euro ausgeweitet.

EZB Bilanzsumme (in Bio. Euro)

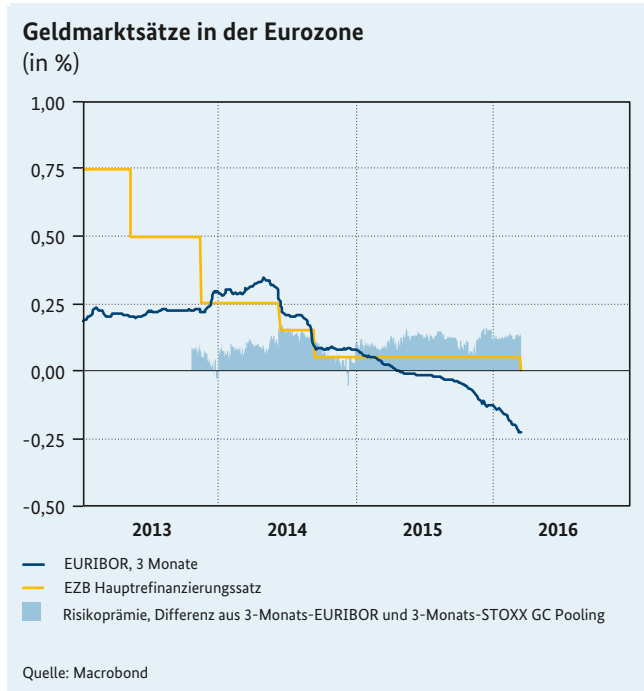


Quellen: EZB, Macrobond

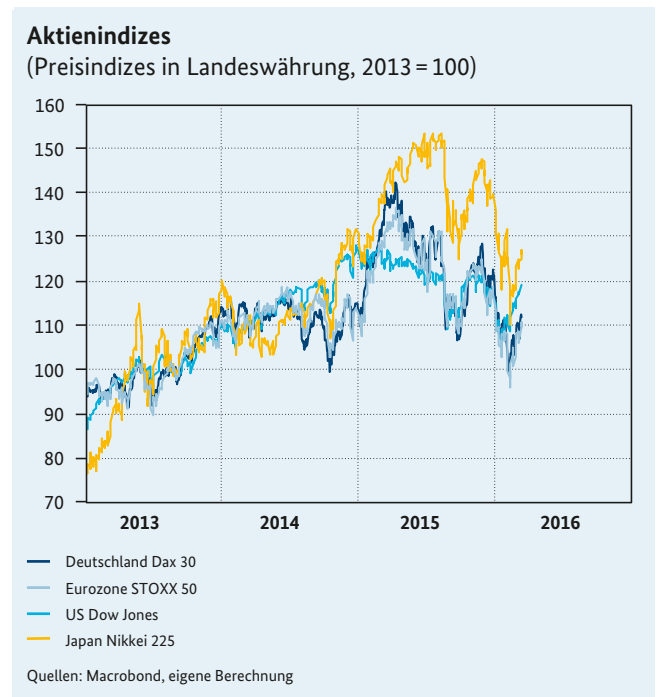
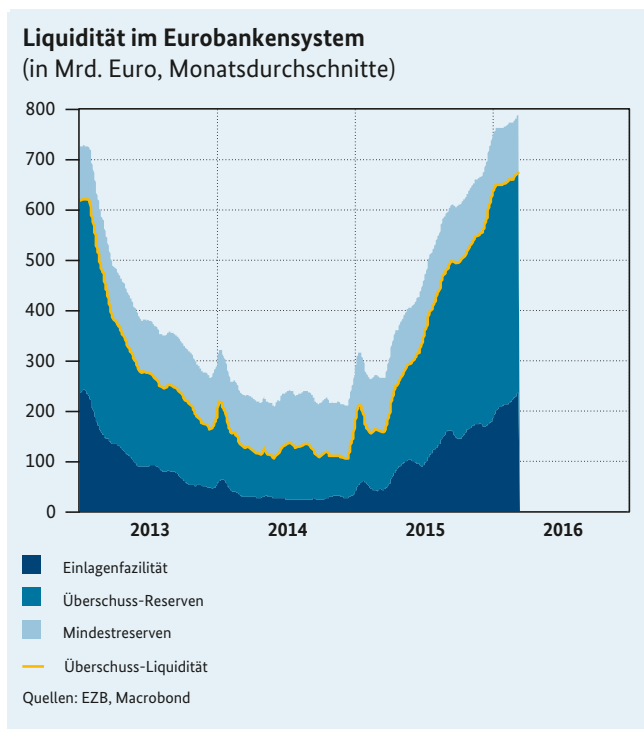
Angesichts der weiter positiven Arbeitsmarktdaten und zur Vorsorge zur Gewährleistung der Preisstabilität hat die amerikanische Notenbank den Leitzins mit Entscheidung vom 16. Dezember um einen Viertel Prozentpunkt auf 0,25 bis 0,50% angehoben. Dies war die erste Zinsanhebung seit dem Jahr 2006. Außerdem wurden weitere, allerdings nur sehr vorsichtige Zinsschritte in Aussicht gestellt. Angesichts der zuletzt eingetrübten konjunkturellen Frühindikatoren werden von den Finanzmärkten in diesem Jahr nur sehr geringe weitere Zinsanhebungen durch die FED erwartet.

Im Zuge der Zinserhöhung hatten die Anleihen amerikanischer Unternehmen mit geringer Bonität Kursverluste erlitten. Im Umfeld allgemein steigender Zinsen verlieren riskantere Anleihen an Attraktivität.

Die Absenkung des Zinssatzes für die Einlagenfazilität zeigt sich auch am Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins liegt nun unter -0,37%. Der unbesicherte Interbankenzins ist etwas weniger negativ und liegt bei -0,23%. Im Zuge des Ankaufprogramms der EZB steigt die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität weiter an und lag im Dezember bei 662 Mrd. Euro.

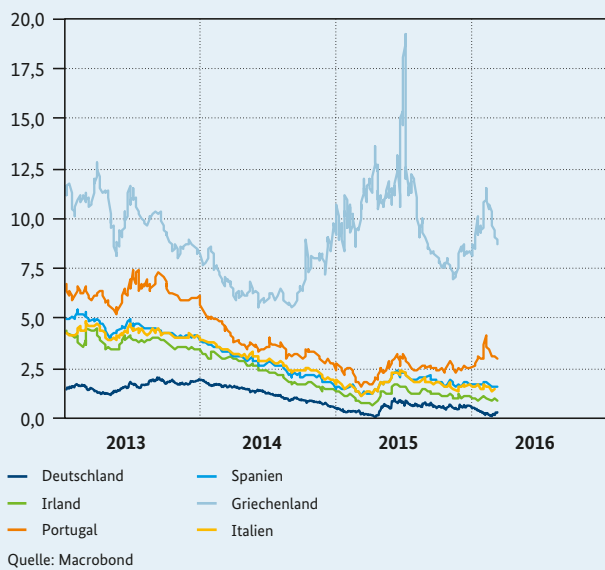


Der Euro hat in diesem Monat gegenüber dem US-Dollar um 0,6% im Vergleich zum Vormonat abgewertet. Gegenüber dem japanischen Yen wertete der Euro im Berichtsmontat³ um 1,8% ab. Vor dem Hintergrund der Verschlechterung der konjunkturellen Frühindikatoren in den Vereinigten Staaten werden von den Finanzmärkten geringere Zinserhöhungen durch die amerikanische Zentralbank erwartet. Gleichzeitig wurde durch die EZB angekündigt, dass die Zinsen nicht weiter abgesenkt werden. Insofern hält sich der Euro stabil bei etwa 1,11 US-Dollar je Euro. Die chinesische Zentralbank lässt den Yuan in bestimmten Bandbreiten flexibel schwanken. Gegenüber dem Euro hat der Yuan – analog zum US-Dollar – um 0,4% im Vergleich zum Vormonat abgewertet. Der reale effektive Wechselkurs der deutschen Wirtschaft gegenüber 56 Handelspartnern hat im Februar 0,7% gegenüber dem Vormonat aufgewertet.



Die Unsicherheit an den Aktienmärkten hat sich etwas verringert. Die Volatilitätsindizes sind gegenüber Ende Februar deutlich gesunken. Im Zuge dessen konnten sich die internationalen Aktienmärkte gegenüber den Niveaus von Ende Februar deutlich erholen. Die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen in Deutschland liegen bei 0,31%. Für andere Staaten aus dem Euroraum sind die Zinsen gegenüber dem Vormonat teils deutlich gesunken. Die Rendite zehnjähriger Anleihen betrug für portugiesische Anleihen 3,0%, für spanische 1,6% und für italienische 1,4%. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen sind deutlich gesunken. Hintergrund dürfte die Ankündigung der EZB sein, verstärkt Unternehmensanleihen aufzukaufen.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



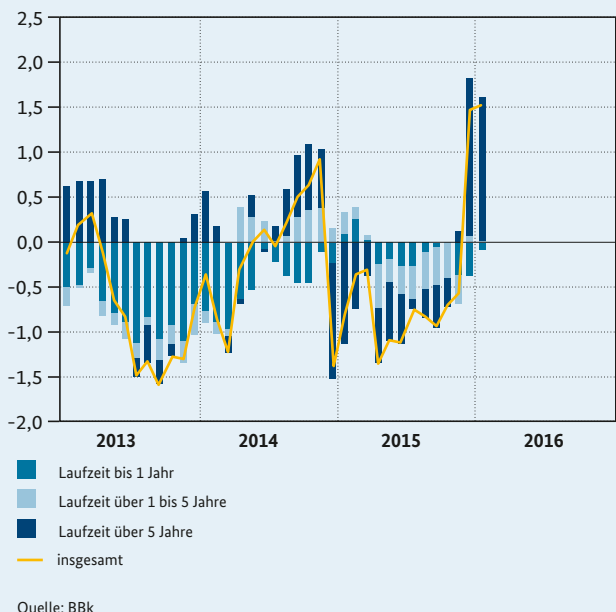
Der Umfang der in Deutschland an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften vergebenen Buchkredite lag im Januar um 1,5% über dem Niveau des Vorjahres. Damit hat sich die Kreditvergabe an deutsche Unternehmen beschleunigt. Am stärksten haben sich auf Jahresfrist langfristige Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren erhöht. Dies deckt sich mit den Beobachtungen des aktuellen Bank Lending Surveys der EZB, wo die Banken in Deutschland von einer steigenden Kreditnachfrage der Unternehmen berichten. Die Kreditvergabe an private Haushalte ist dagegen schon seit langem ansteigend und legte im Januar um 2,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Die wichtigste Triebfeder blieb die Vergabe von Wohnungsbaukrediten (+3,5%), die durch das sehr niedrige Zinsniveau begünstigt wird.

Die Kreditvergabe im Euroraum konnte sich erholen. Im Januar war das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften 0,6% höher als im Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 1,4%. Auch im Euroraum insgesamt gehen die Banken nach dem Bank Lending Survey von einer weiter steigenden Nachfrage nach Unternehmenskrediten aus. Die Kreditkonditionen für Unternehmen wurden dabei im Vergleich zum Vorquartal etwas gelockert.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums verringerte sich tendenziell. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland haben im Mittel 1,5 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,5 Prozentpunkten. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten auch leichter Zugang zu Krediten. In einer Befragung der EZB teilten nur 11% der befragten Firmen mit, dass sie Schwierigkeiten beim Kreditzugang hätten.

Seit April 2014 steigt die Geldmenge M3 des Euroraums im Dreimonatsdurchschnitt an. Die Jahresrate liegt nun im Januar bei 5,0%. Der Anstieg geht vorrangig auf eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurück, die auf Jahresfrist Stand Januar angesichts des EAPP der EZB um 10,5% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 hatte das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7% betragen.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

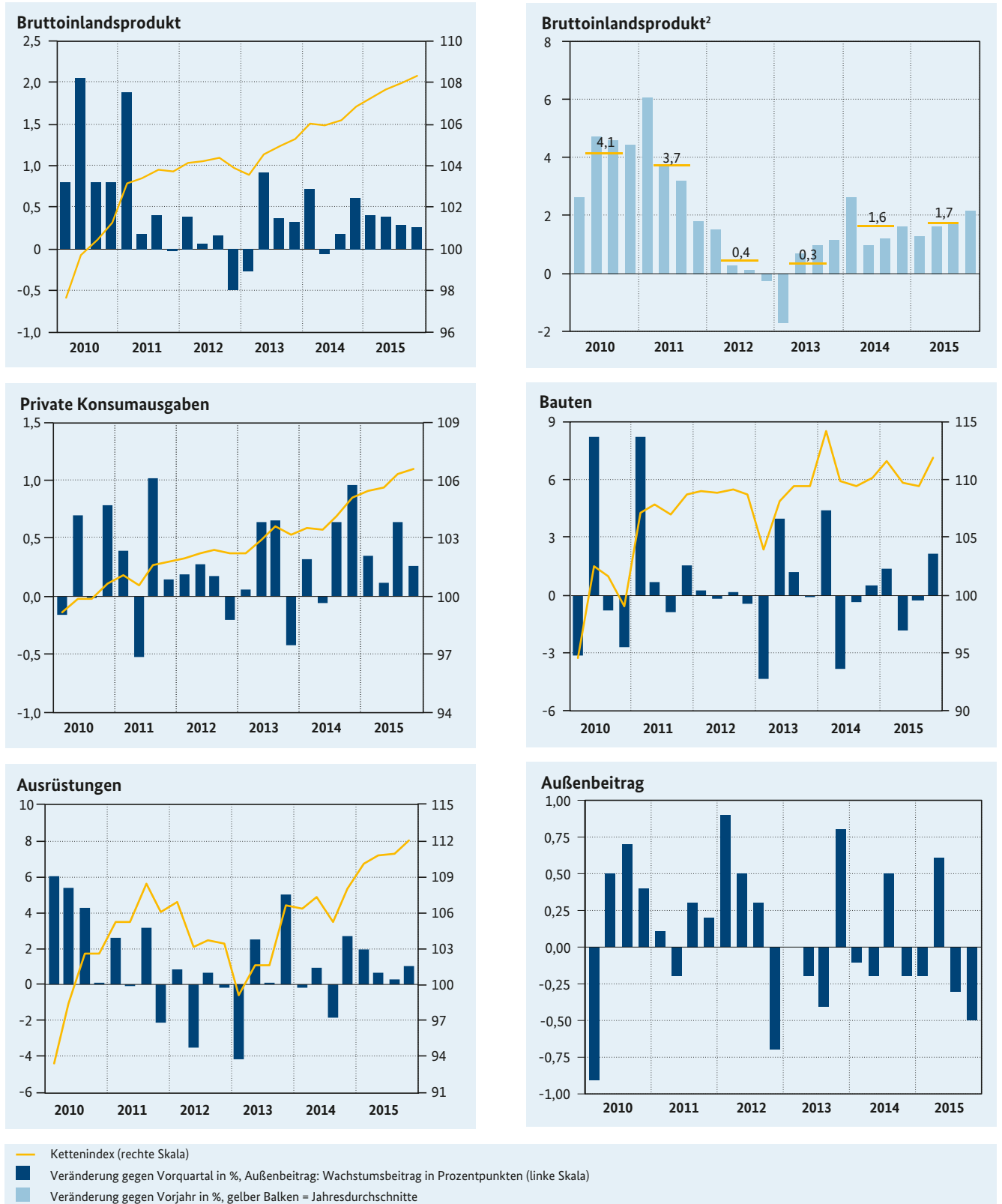
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013			2014				2015			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Inländische Verwendung	+ 1,2	+ 0,9	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 2,4	- 1,5	- 0,7	+ 1,3	+ 1,5	- 0,6	+ 0,1	+ 1,5
Ausrüstungen	+ 2,5	0,0	+ 5,0	- 0,2	+ 0,9	- 1,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,0
Bauten	+ 4,1	+ 1,2	- 0,1	+ 4,4	- 3,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,4	- 1,8	- 0,2	+ 2,2
Sonstige Anlagen	- 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
Exporte	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	- 0,6
Importe	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,5
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 1,1	+ 0,8	- 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3
Ausrüstungen	+ 0,2	0,0	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1
Bauten	+ 0,4	+ 0,1	0,0	+ 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,3	+ 0,2	- 0,6	0,0	+ 0,4	- 0,7	- 0,1	0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Außenbeitrag	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,6	- 0,3	- 0,5

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶											
							2014	2015				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten												
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,1	
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,9	+ 2,3	
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,6	
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,7	
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,4	- 1,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,2	+ 4,2	
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 2,6	- 2,3	+ 4,5	+ 4,8	+ 2,3	+ 3,9	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,3	
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,1	- 2,2	- 0,1	+ 0,2	+ 3,3	
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,3	- 0,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 4,4	+ 4,8	+ 6,5	+ 5,2	+ 5,0	
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,3	+ 3,1	+ 3,7	+ 5,8	+ 4,6	+ 5,8	+ 5,4	+ 6,2	+ 5,8	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013			2014			2015				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	0,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,9	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,6	- 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,4	- 1,5
Baugewerbe	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,3	- 2,8	- 0,9	- 0,3	+ 2,0	- 1,5	- 0,6	+ 2,3
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,1	- 0,5	0,0	+ 0,8	+ 0,9	- 0,2	0,0	0,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 1,5	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,1	- 0,9	+ 1,2
Unternehmensdienstleister	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	0,0	- 0,2	+ 0,1

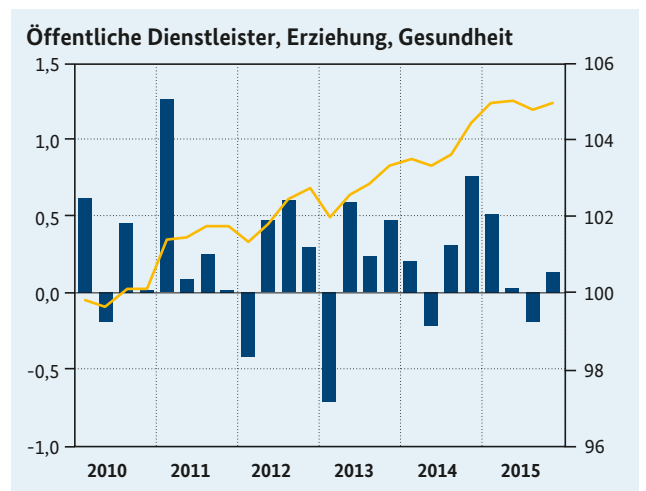
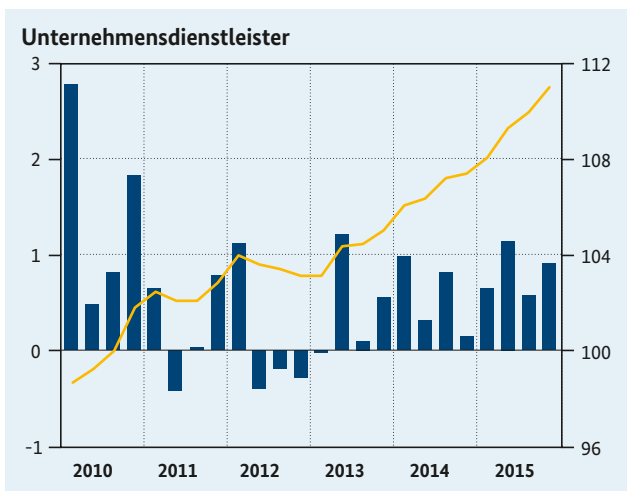
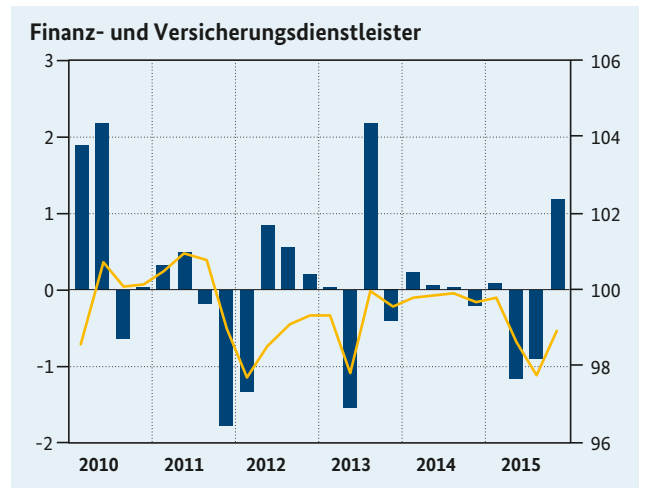
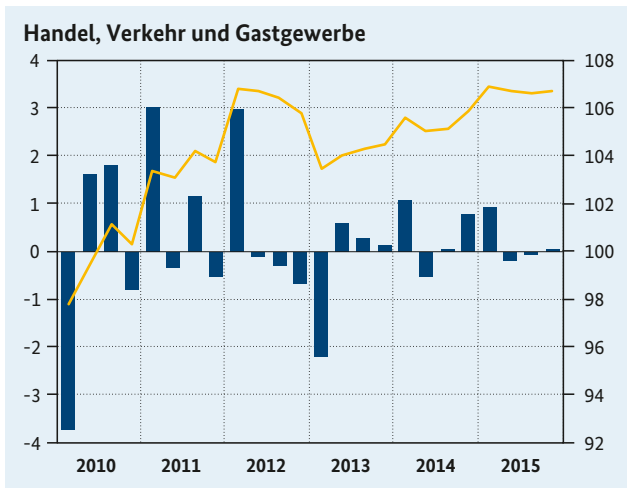
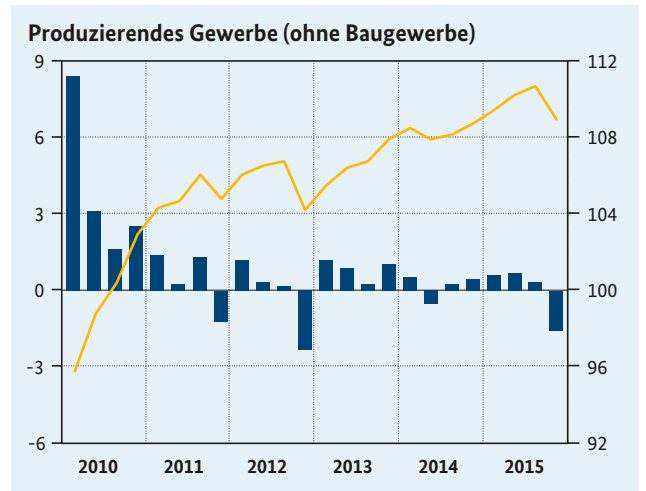
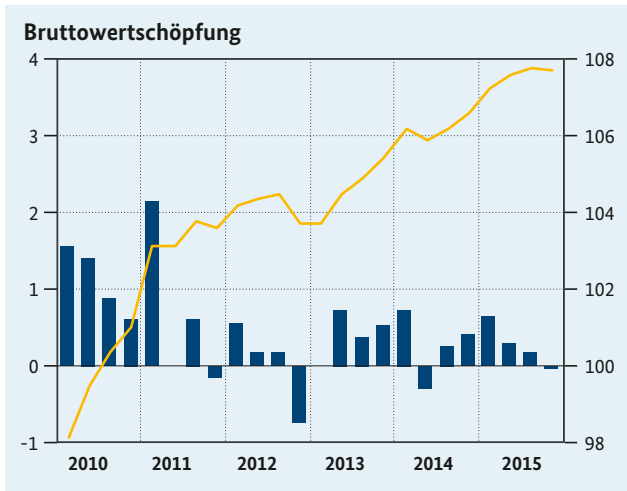
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2014						2015				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,2
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,0
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,2
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,8

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2016	+ 1,6	+ 1,5
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	03/2016	+ 1,3	+ 1,3
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2016	+ 2,0	+ 2,2
IWH/KE	Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Kiel Economics	03/2016	+ 1,5	+ 1,4
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2016	+ 1,4	+ 1,6
EU	Europäische Kommission	02/2016	+ 1,8	+ 1,8
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	02/2016	+ 1,4	+ 1,5
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2016	+ 1,7	+ 1,5
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2016	(+ 1,7) ^a	(+ 1,7) ^a
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2015	+ 1,9	+ 1,7
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	10/2015	+ 1,8	+ 1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

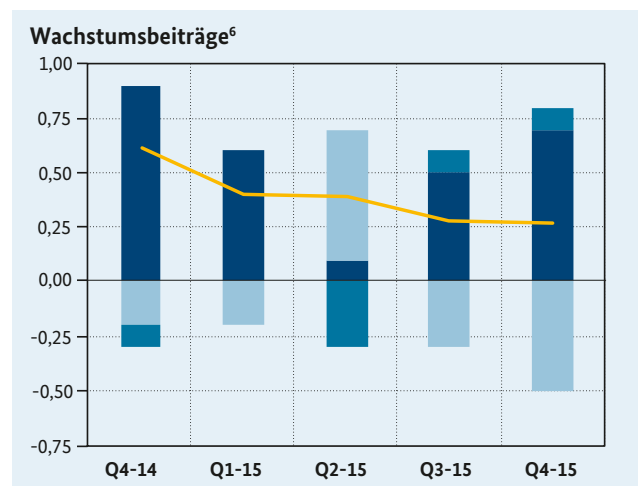
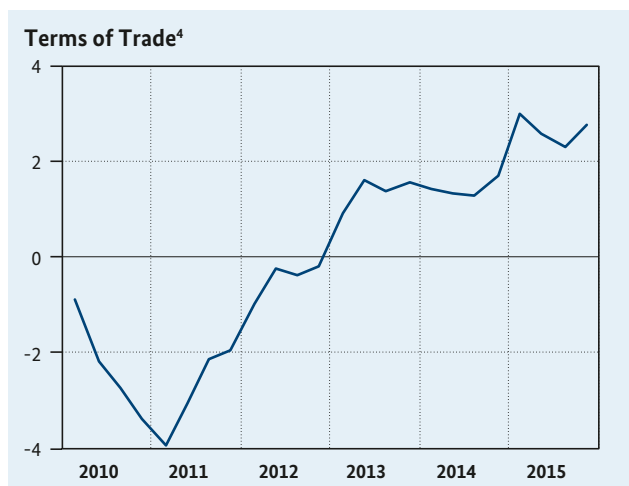
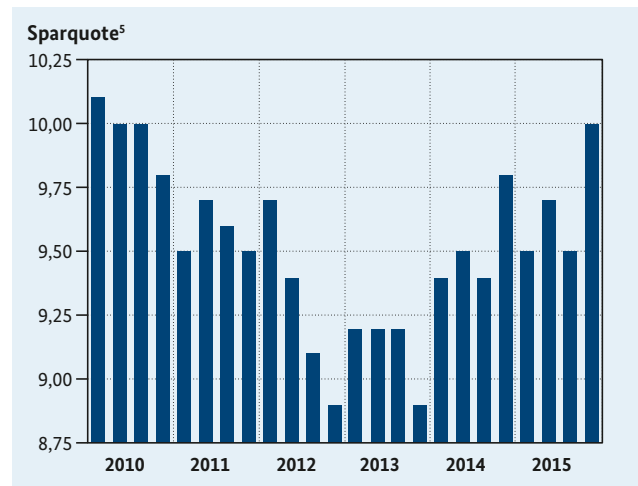
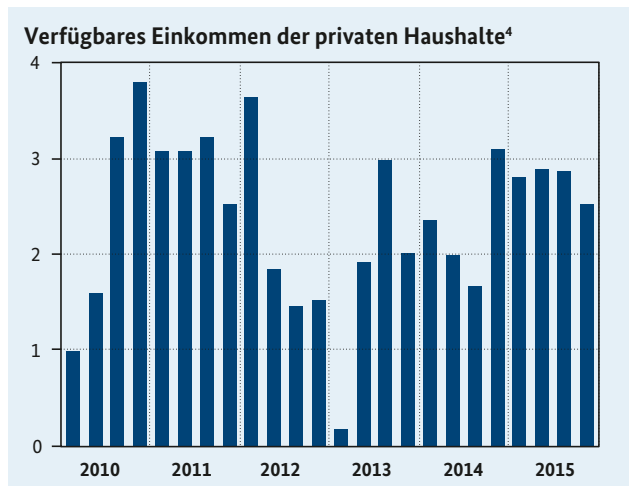
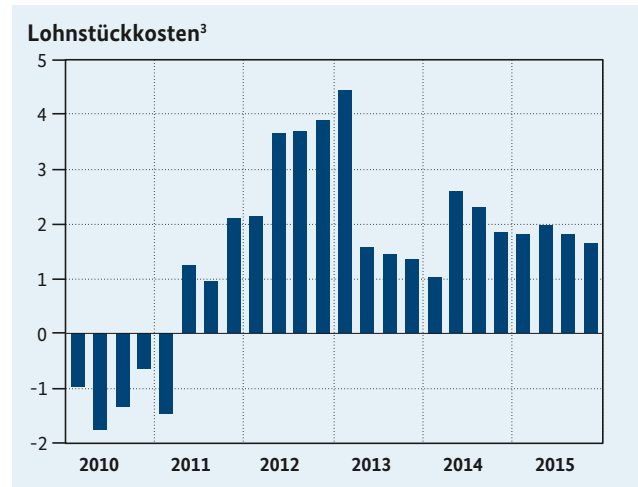
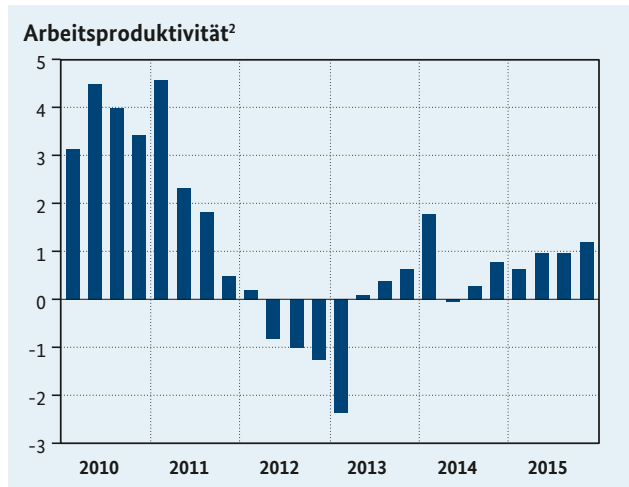


— Kettenindex (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013				2014				2015			
	2012	2013	2014	2015	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,7	- 0,3	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,9	0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,5	- 0,1	+ 1,3	- 2,0	- 0,6	+ 0,5	+ 1,1	- 0,4	+ 0,3	- 0,3
USA	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3
China	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 6,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,6

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 6,6	+ 6,7	+ 6,3	+ 7,6	+ 7,2	+ 6,9	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,4	+ 8,5	+ 9,1	+ 8,4
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,2	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,0	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,9
Japan	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0
USA	- 2,8	- 2,2	- 2,2	-	- 2,5	- 2,4	- 2,3	- 1,9	- 2,3	- 2,1	- 2,2	- 2,3	- 2,7	- 2,5	- 2,7	-
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4

				2015										2016		
	2013	2014	2015	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	11,2	11,2	11,1	11,0	11,0	10,8	10,7	10,6	10,6	10,5	10,4	10,3	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,9	10,2	9,4	9,7	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,5	3,4	3,4	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,5	5,5	5,4	5,5	5,3	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015	2015
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,5	0,0	- 0,3	- 0,1	0,0	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	-
Japan	+ 0,4	+ 2,7	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,3	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

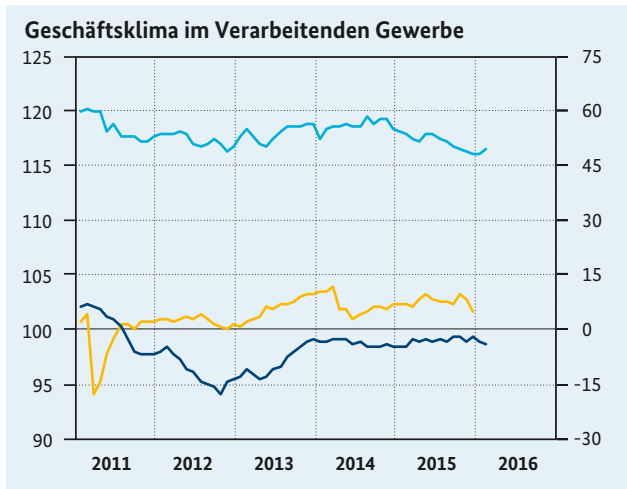
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015				2016				2015			2016		
	2013	2014	2015	2. Vj.	3.Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März				
Welt																	
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,6	99,8	99,5	99,2	-	99,3	99,2	99,2	99,1	-	-				
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,8	125,8	128,2	127,8	128,5	128,8	-	129,1	128,7	128,5	-	-	-				
CPB Welthandel ²	128,5	132,5	135,9	134,0	136,8	137,8	-	138,1	137,6	137,6	-	-	-				
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	3203	2742	2429	-	2610	2376	2171	2058	2017	-				
Eurozone																	
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 3,2	- 2,9	- 2,4	-	- 1,9	- 3,3	- 2,0	- 3,1	- 4,4	-				
Industrieproduktion ⁴	101,5	103,2	105,0	105,0	105,2	105,5	-	105,7	105,5	105,3	107,7	-	-				
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,3	1,4	1,2	-	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	-				
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	- 6,2	- 5,2	- 7,0	- 6,4	-	- 7,5	- 5,9	- 5,7	- 6,3	- 8,8	-				
USA																	
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	52,6	51,0	48,6	-	49,4	48,4	48,0	48,2	49,5	-				
Industrieproduktion ⁷	101,9	105,7	107,1	106,8	107,5	106,6	-	107,4	106,6	105,9	106,8	-	-				
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	2,2	2,2	-	2,1	2,3	2,2	2,1	1,8	-				
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	96,2	98,3	96,0	-	99,1	92,6	96,3	97,8	92,2	-				
Japan																	
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	102,5	102,9	102,4	102,5	-	103,1	102,8	101,7	-	-	-				
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	98,2	98,3	97,0	97,6	-	98,7	97,9	96,2	99,8	-	-				
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,4	0,4	0,3	0,0	0,3	0,3	0,3	0,1	- 0,1	0,0				
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	41,5	40,9	42,3	-	41,5	42,6	42,7	42,5	40,1	-				
China																	
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	50,2	49,8	49,7	-	49,8	49,6	49,7	49,4	49,0	-				
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,9	-	+ 5,6	+ 6,2	+ 5,9	-	+ 5,4	-				
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,5	3,4	3,0	-	-	3,0	2,8	-	2,9	-				
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	107,7	104,7	103,9	-	103,8	104,1	103,7	104,0	-	-				

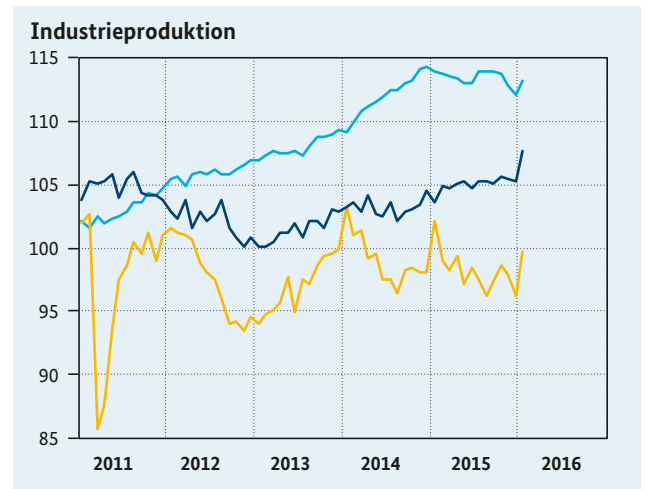
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

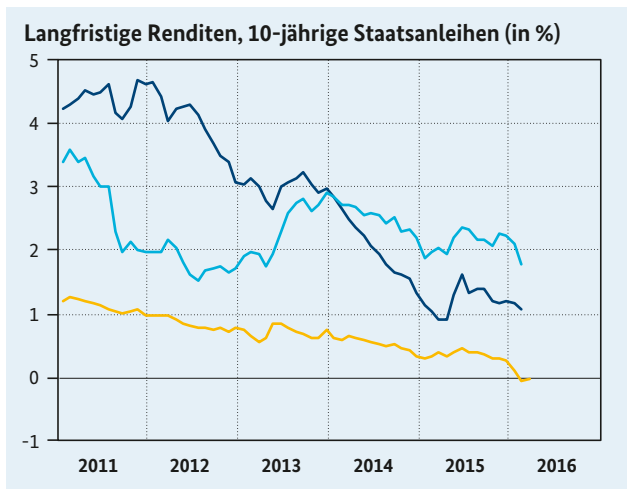
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



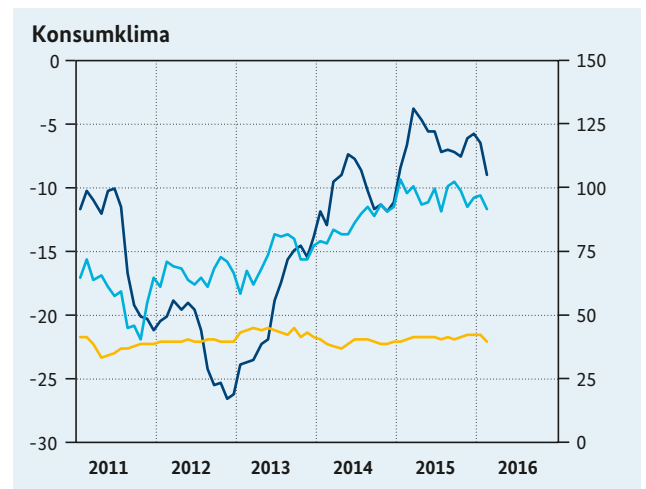
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
— Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
— Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
— USA⁴
— Japan⁵



— Eurozone
— USA
— Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
— USA (rechte Skala)⁷
— Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

		2015							2015				2016		
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Produktion¹															
Produzierendes Gewerbe		Index	106,4	107,9	108,6	108,8	108,9	108,6	108,1	108,8	107,6	108,3	108,1	107,8	111,4
	gg. Vp. in %	0,1	1,4	0,6	0,4	0,1	-0,3	-0,5	-0,5	-1,1	0,7	-0,2	-0,3	3,3	
	gg. Vj. in %	0,2	1,4	0,6	0,1	1,2	1,1	-0,4	2,7	0,1	0,2	0,1	-1,3	2,2	
Industrie²		Index	107,8	109,8	110,4	110,4	110,7	110,4	110,0	110,6	109,4	110,3	109,7	109,9	113,4
	gg. Vp. in %	0,3	1,9	0,5	0,1	0,3	-0,3	-0,4	-0,6	-1,1	0,8	-0,5	0,2	3,2	
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	0,1	1,1	1,0	-0,3	2,8	0,1	0,3	-0,3	-1,1	2,5	
Vorleistungsgüter		Index	104,4	106,3	106,2	106,6	106,3	105,8	106,1	105,9	106,0	105,0	106,1	107,2	107,6
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,3	-0,3	-0,5	0,3	0,4	0,1	-0,9	1,0	1,0	0,4	
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,2	-0,6	0,2	0,2	-0,2	0,8	0,5	-0,7	0,2	-0,1	0,7	
Investitionsgüter		Index	113,9	116,6	117,9	117,7	118,2	118,3	117,4	118,1	116,6	119,6	116,3	116,2	122,4
	gg. Vp. in %	0,4	2,4	1,1	0,3	0,4	0,1	-0,8	-1,7	-1,3	2,6	-2,8	-0,1	5,3	
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	1,1	0,9	1,9	1,7	0,0	5,0	0,0	2,2	-0,8	-1,5	3,8	
Konsumgüter		Index	100,5	101,9	102,1	101,9	102,9	102,3	101,1	103,3	100,2	100,1	102,0	101,3	105,0
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-0,5	1,0	-0,6	-1,2	-0,2	-3,0	-0,1	1,9	-0,7	3,7	
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	-0,3	1,0	0,9	-1,2	1,7	-0,8	-2,1	0,4	-2,0	3,1	
Baugewerbe		Index	105,7	108,5	105,9	107,9	105,5	104,5	105,8	105,5	103,8	105,0	106,9	105,5	112,9
	gg. Vp. in %	-0,2	2,6	-2,4	0,3	-2,2	-0,9	1,2	1,2	-1,6	1,2	1,8	-1,3	7,0	
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,3	-3,9	-2,1	-2,2	-1,5	-1,3	-2,6	-1,3	-0,5	-2,8	5,3	
Bauhauptgewerbe ³		Index	113,8	119,8	118,9	120,3	117,5	116,4	121,5	116,3	117,2	119,8	122,2	122,5	120,4
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,8	0,5	-2,3	-0,9	4,4	0,4	0,8	2,2	2,0	0,2	-1,7	
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-3,2	-0,2	-1,3	1,5	-0,7	-1,2	1,1	1,8	1,8	-2,6	
Ausbaugewerbe		Index	98,3	98,3	94,1	96,7	94,5	93,7	91,6	95,6	91,6	91,6	93,0	90,1	106,0
	gg. Vp. in %	-2,6	0,0	-4,3	0,1	-2,3	-0,8	-2,2	1,8	-4,2	0,0	1,5	-3,1	17,6	
	gg. Vj. in %	-2,6	0,0	-4,2	-4,5	-4,4	-3,5	-4,4	-1,8	-4,4	-4,1	-3,1	-5,9	14,6	
Energie⁴		Index	96,4	92,7	97,4	96,4	98,3	99,0	95,8	98,4	98,3	95,9	97,6	94,0	94,1
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,1	1,4	2,0	0,7	-3,2	-1,9	-0,1	-2,4	1,8	-3,7	0,1	
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,8	5,0	4,7	7,1	7,9	0,8	7,1	5,3	0,5	4,0	-1,9	-1,7	

Umsätze in der Industrie¹

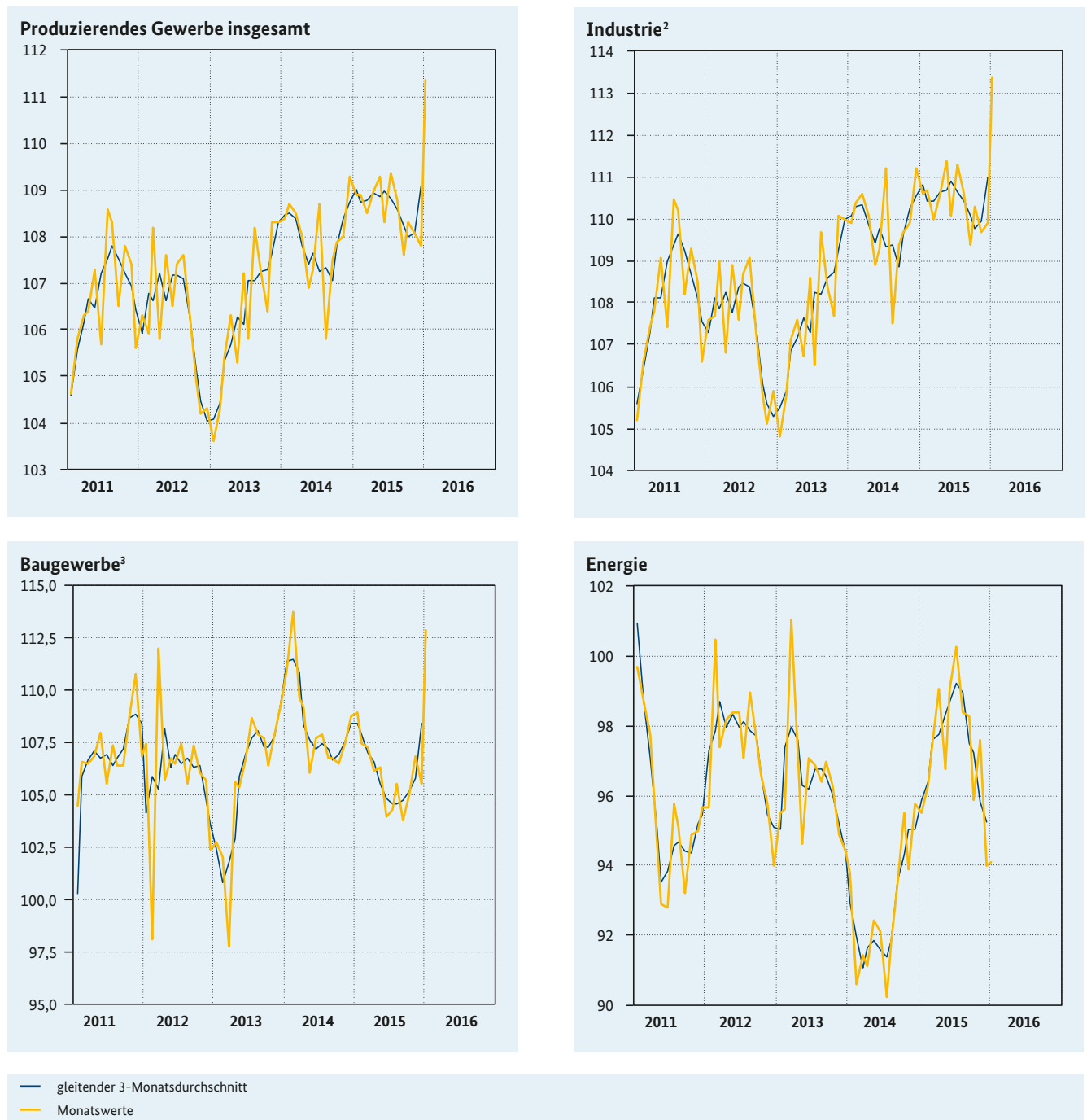
Industrie insgesamt		Index	105,8	108,6	110,4	110,1	110,9	110,3	110,3	110,4	109,0	111,2	108,7	110,9	112,2
	gg. Vp. in %	-0,1	2,6	1,7	0,6	0,7	-0,5	0,0	-0,9	-1,3	2,0	-2,2	2,0	1,2	
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,6	1,0	2,7	1,9	0,7	3,4	0,6	1,7	-0,3	0,8	1,6	
Inland		Index	103,2	104,5	105,0	105,1	105,2	104,6	105,1	104,8	103,5	106,2	103,9	105,1	107,8
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	0,8	0,1	-0,6	0,5	-0,6	-1,2	2,6	-2,2	1,2	2,6	
	gg. Vj. in %	-1,5	1,3	0,4	-0,4	0,8	0,8	0,6	2,6	-0,1	2,0	-0,2	-0,1	2,0	
darunter: Investitionsgüter		Index	107,6	111,0	113,3	113,0	113,5	112,4	114,4	112,5	110,8	119,4	111,4	112,3	119,6
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,1	0,7	0,4	-1,0	1,8	-1,3	-1,5	7,8	-6,7	0,8	6,5	
	gg. Vj. in %	-1,6	3,2	2,1	1,7	3,0	1,6	1,8	4,1	0,5	7,1	-1,3	-0,3	4,4	
Ausland		Index	108,5	113,0	116,2	115,4	117,1	116,4	115,9	116,4	114,8	116,5	113,9	117,2	117,0
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,8	0,5	1,5	-0,6	-0,4	-1,3	-1,4	1,5	-2,2	2,9	-0,2	
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,7	2,5	4,7	3,0	0,9	4,1	1,2	1,4	-0,3	1,6	1,2	
darunter: Eurozone		Index	97,1	102,0	107,0	105,3	107,1	107,6	108,1	106,3	107,5	105,6	108,2	110,4	109,4
	gg. Vp. in %	-1,9	5,0	4,9	1,5	1,7	0,5	0,5	-2,4	1,1	-1,8	2,5	2,0	-0,9	
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,9	4,4	5,8	5,2	4,1	3,6	5,1	1,6	6,4	4,5	3,8	

		2013				2014				2015				2016	
		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		in %	82,4	81,7	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,2	84,5	84,3	84,2	84,5	85,1
Verarbeitendes Gewerbe		in %													

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2015				2016					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,1	109,2	112,0	109,0	110,3	108,7	107,5	109,3	110,9	110,7	110,6
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	0,9	-1,5	2,6	-2,7	1,2	-1,8	-1,1	1,7	1,5	-0,2	-0,1
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	0,9	0,2	4,3	-0,2	-0,5	1,7	-0,7	-1,6	2,1	-2,2	1,1
Inland	Index	101,8	103,5	105,0	105,0	104,3	104,6	106,1	103,9	103,5	104,9	107,5	105,9	104,2
	gg. Vp. in %	1,0	1,7	1,4	1,0	-0,7	0,3	1,4	-2,4	-0,4	1,4	2,5	-1,5	-1,6
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,6	0,7	1,1	2,7	2,1	2,1	3,3	-0,8	6,0	0,9	0,8
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	112,5	118,2	112,5	113,7	112,6	110,8	112,8	113,7	114,6	115,8
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	-3,4	5,1	-4,8	1,1	-1,4	-1,6	1,8	0,8	0,8	1,0
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-0,1	6,7	-2,3	-2,3	1,4	-3,6	-2,1	-0,8	-4,2	1,3
Eurozone	Index	98,9	101,6	106,0	101,2	107,8	109,1	106,0	112,2	105,7	108,2	108,5	101,3	108,9
	gg. Vp. in %	3,5	2,7	4,3	-4,1	6,5	1,2	-2,8	2,7	-5,8	2,4	0,3	-6,6	7,5
	gg. Vj. in %	3,7	2,7	4,1	1,2	9,0	6,3	0,5	12,9	3,6	6,2	3,4	-7,9	6,6
Nicht-Eurozone	Index	116,8	122,1	120,0	120,4	125,5	114,9	119,1	112,8	114,3	116,0	117,3	123,9	120,6
	gg. Vp. in %	4,5	4,5	-1,7	-2,9	4,2	-8,4	3,7	-4,1	1,3	1,5	1,1	5,6	-2,7
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,7	-0,8	5,4	-7,2	-4,1	-4,8	-7,6	-7,0	-3,3	-2,0	-1,9
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,0	101,5	101,3	101,5	100,4	102,7	100,2	100,4	100,3	105,0	102,8	98,7
	gg. Vp. in %	0,4	1,9	-0,5	-1,7	0,2	-1,1	2,3	-0,3	0,2	-0,1	4,7	-2,1	-4,0
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-1,1	0,2	-0,9	-0,2	-0,1	-1,0	-3,1	3,7	-1,3	-2,9
Inland	Index	99,3	99,8	99,0	98,6	99,0	98,4	100,0	98,9	98,5	97,6	103,0	99,4	96,2
	gg. Vp. in %	0,3	0,5	-0,8	-0,6	0,4	-0,6	1,6	1,1	-0,4	-0,9	5,5	-3,5	-3,2
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,8	-2,5	-1,3	-0,1	0,9	1,1	1,0	-1,2	6,2	-2,5	-2,4
Ausland	Index	101,0	104,7	104,4	104,4	104,5	102,7	105,8	101,7	102,7	103,4	107,4	106,7	101,6
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,3	-2,8	0,1	-1,7	3,0	-1,8	1,0	0,7	3,9	-0,7	-4,8
	gg. Vj. in %	0,3	3,7	-0,3	0,4	1,7	-1,9	-1,3	-1,6	-3,2	-5,1	1,1	0,1	-3,4
Investitionsgüter	Index	110,5	114,3	116,2	114,8	119,5	115,2	115,4	114,8	112,5	115,2	115,1	115,8	117,8
	gg. Vp. in %	4,4	3,4	1,7	-1,9	4,1	-3,6	0,2	-3,0	-2,0	2,4	-0,1	0,6	1,7
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	1,0	7,0	0,2	-1,4	3,2	-0,7	-1,5	1,0	-3,8	2,4
Inland	Index	104,9	107,8	111,7	112,1	110,1	111,6	112,9	109,4	109,1	113,0	112,6	113,0	112,5
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	3,6	2,4	-1,8	1,4	1,2	-5,9	-0,3	3,6	-0,4	0,4	-0,4
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	3,6	3,2	3,0	5,5	2,9	3,0	5,6	-0,8	6,0	3,8	3,7
Ausland	Index	114,0	118,4	119,0	116,5	125,3	117,5	116,9	118,2	114,6	116,5	116,7	117,5	121,1
	gg. Vp. in %	6,2	3,9	0,5	-4,1	7,6	-6,2	-0,5	-1,3	-3,0	1,7	0,2	0,7	3,1
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-0,3	9,4	-2,9	-3,8	3,5	-4,1	-1,8	-1,7	-7,4	1,7
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,9	108,3	111,3	107,6	112,6	107,8	107,0	112,4	110,4	114,9	119,4
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,4	1,0	2,8	-3,3	4,6	-0,2	-0,7	5,0	-1,8	4,1	3,9
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,5	0,5	3,9	0,6	5,0	-0,8	-0,1	5,3	1,8	8,1	12,0
Inland	Index	97,8	99,4	101,2	100,6	101,7	100,4	101,9	101,2	99,3	100,0	103,4	102,4	103,1
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	1,8	1,1	1,1	-1,3	1,5	0,5	-1,9	0,7	3,4	-1,0	0,7
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	1,8	1,3	2,3	1,5	2,3	2,6	1,1	1,1	4,7	0,9	2,3
Ausland	Index	108,3	114,1	117,5	114,8	119,6	113,8	121,7	113,5	113,6	123,0	116,4	125,6	133,4
	gg. Vp. in %	2,2	5,4	3,0	1,0	4,2	-4,8	6,9	-0,6	0,1	8,3	-5,4	7,9	6,2
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	3,0	0,0	5,0	-0,1	6,9	-3,3	-1,0	8,6	-0,2	13,3	19,3
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,8	109,2	111,5	108,5	110,2	107,8	107,6	109,6	110,4	110,6	110,5
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,3	-1,2	2,1	-2,7	1,6	-2,0	-0,2	1,9	0,7	0,2	-0,1
	gg. Vj. in %	1,4	3,2	1,3	0,6	4,3	0,5	-0,2	1,0	-0,2	-0,8	1,0	-0,9	0,5

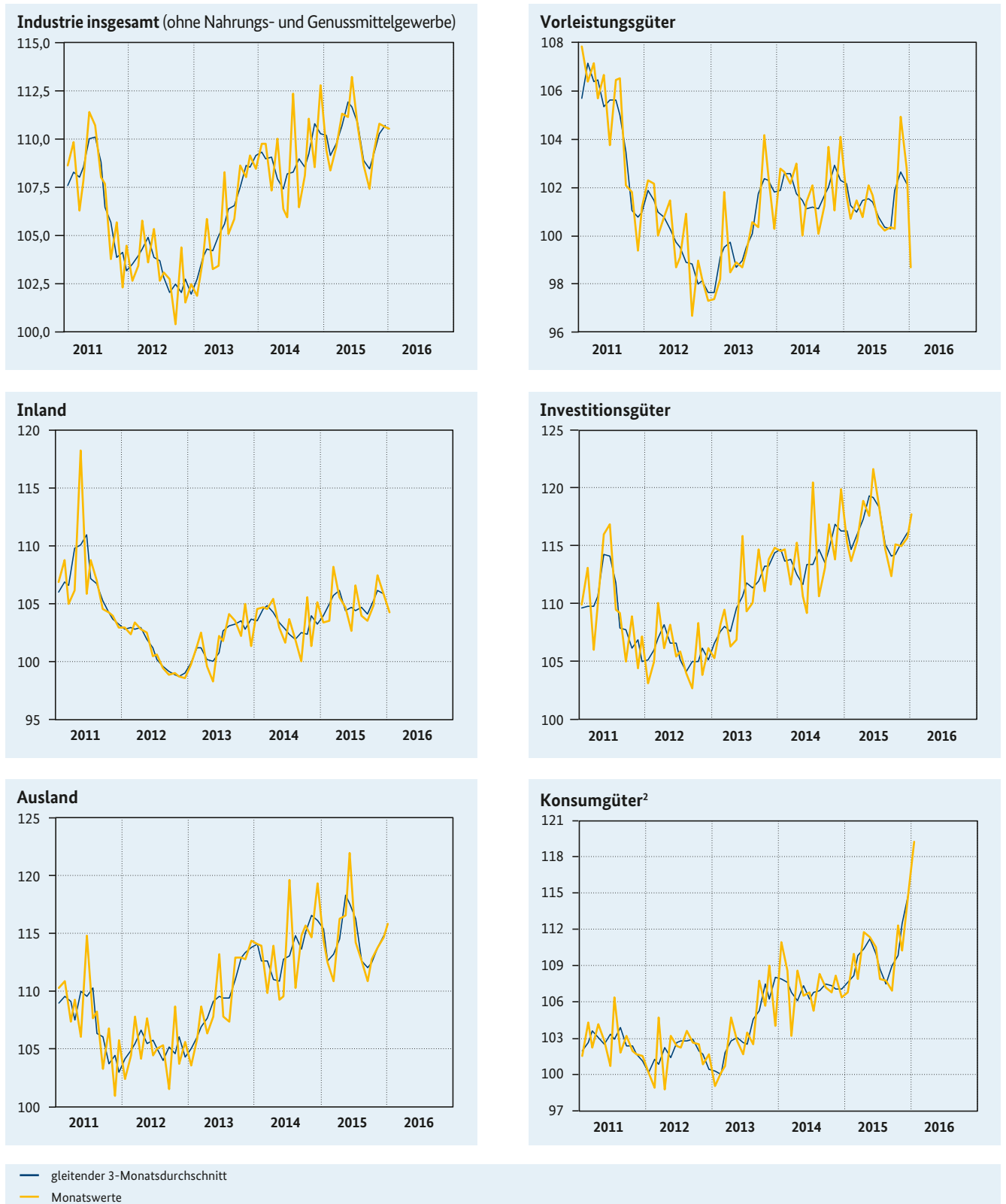
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

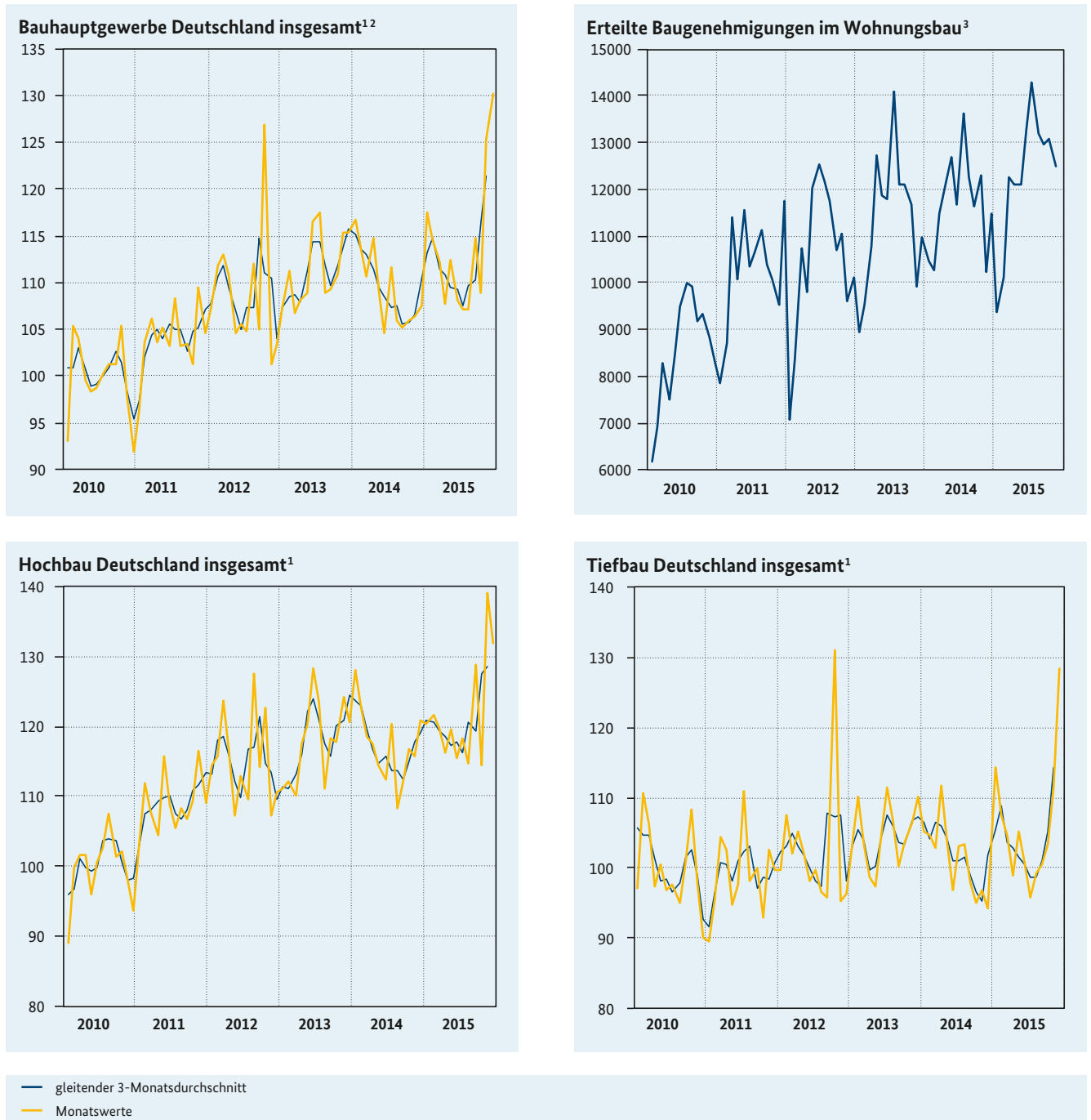
					2015				2015						
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe	Index	111,4	109,4	113,9	114,8	109,5	109,7	121,6	107,1	107,1	114,8	109,0	125,4	130,3	
	gg. Vp. in %	2,3	-1,8	4,1	7,7	-4,6	0,2	10,8	-1,0	0,0	7,2	-5,1	15,0	3,9	
	gg. Vj. in %	2,2	-2,0	3,8	1,6	-0,1	1,6	13,2	-4,4	0,9	9,1	2,6	18,6	19,8	
Hochbau	Index	118,1	117,5	121,9	120,7	117,3	120,8	128,7	118,5	114,8	129,1	114,7	139,3	132,2	
	gg. Vp. in %	2,4	-0,5	3,7	2,3	-2,8	3,0	6,5	2,4	-3,1	12,5	-11,2	21,4	-5,1	
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	-1,2	1,9	5,9	8,5	-1,6	4,9	14,9	-2,1	20,0	9,3	
Wohnungsbau	Index	131,0	135,0	150,0	148,5	141,2	157,4	152,9	157,7	141,0	173,4	142,4	156,2	160,2	
	gg. Vp. in %	4,0	3,1	11,1	5,2	-4,9	11,5	-2,9	13,3	-10,6	23,0	-17,9	9,7	2,6	
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	7,8	3,6	27,8	7,9	26,3	22,5	34,0	2,8	15,4	6,6	
Hochbau ohne Wohnungsbau	Index	111,7	108,8	108,0	106,9	105,5	102,7	116,7	99,1	101,8	107,1	100,9	130,9	118,3	
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,7	0,4	-1,3	-2,7	13,6	-4,8	2,7	5,2	-5,8	29,7	-9,6	
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	-6,5	0,9	-6,0	9,0	-15,9	-4,2	3,4	-5,3	22,8	11,3	
Tiefbau	Index	104,7	101,3	105,9	108,9	101,6	98,5	114,5	95,7	99,3	100,6	103,4	111,5	128,5	
	gg. Vp. in %	2,1	-3,2	4,5	14,3	-6,7	-3,1	16,2	-5,0	3,8	1,3	2,8	7,8	15,2	
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	4,9	-2,3	-3,0	19,6	-7,3	-3,2	2,4	8,8	16,5	35,5	
Straßenbau	Index	103,7	99,3	101,3	105,4	99,0	100,2	100,5	94,4	105,2	101,1	93,4	93,9	114,2	
	gg. Vp. in %	5,2	-4,2	2,0	13,6	-6,1	1,2	0,3	-4,6	11,4	-3,9	-7,6	0,5	21,6	
	gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	-1,0	-1,4	2,5	7,0	-9,8	13,0	7,2	2,0	-0,9	23,1	
Tiefbau ohne Straßenbau	Index	105,3	102,5	108,7	111,0	103,2	97,5	122,9	96,5	95,8	100,3	109,4	122,2	137,1	
	gg. Vp. in %	0,5	-2,7	6,0	14,7	-7,0	-5,5	26,1	-5,2	-0,7	4,7	9,1	11,7	12,2	
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	8,1	-2,8	-6,3	25,6	-5,7	-12,6	-0,4	12,6	24,7	40,9	
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	114,2	112,9	112,8	112,9	110,6	106,5	121,1	104,0	105,1	110,4	108,9	140,9	113,4	
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,1	3,1	-2,0	-3,7	13,7	-3,5	1,1	5,0	-1,4	29,4	-19,5	
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	-4,7	0,5	-6,0	10,1	-14,3	-5,3	3,0	0,3	27,7	3,5	
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)	Index	100,6	95,5	100,5	103,2	95,6	93,7	109,5	89,9	95,3	95,9	95,8	97,1	135,6	
	gg. Vp. in %	2,5	-5,1	5,2	14,8	-7,4	-2,0	16,9	-6,5	6,0	0,6	-0,1	1,4	39,6	
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	6,2	-2,6	-2,3	21,4	-7,1	-1,6	2,6	5,7	6,9	56,5	
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)	Mio. €	76490	78378	-	17937	20491	22345	-	7567	7370	7408	7778	6807	-	
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	-	0,6	1,4	6,4	-	-2,8	7,4	16,4	10,2	17,9	-	
Wohngebäude	Mio. €	43680	46466	-	10703	12681	13829	-	4813	4518	4498	4923	4204	-	
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	-	2,8	4,8	10,6	-	7,2	10,3	14,7	19,7	22,5	-	
Nichtwohngebäude	Mio. €	32809	31913	-	7234	7810	8516	-	2755	2852	2910	2855	2603	-	
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	-	-2,5	-3,7	0,2	-	-16,4	3,2	19,1	-3,0	11,2	-	
gewerbliche Auftraggeber	Mio. €	23624	24145	-	5088	6050	6505	-	2165	2071	2269	2151	2032	-	
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	-	-10,6	-0,2	-0,3	-	-15,9	1,3	18,9	-6,5	16,8	-	
öffentliche Auftraggeber	Mio. €	9185	7768	-	2146	1760	2011	-	590	781	640	704	571	-	
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	-	24,0	-13,9	1,8	-	-18,2	8,5	19,7	9,6	-4,8	-	
Wohngebäude (Rauminhalt) ³	Mio. m ³	137	141	-	31,8	37,6	40,6	-	14,3	13,2	13,0	13,1	12,6	-	
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	-	-1,4	2,6	7,8	-	4,8	7,5	11,5	6,2	22,4	-	
	gg. Vp. in %	8,9	3,1	-	1,4	1,4	4,4	-	-0,4	2,4	0,6	-1,0	10,3	-	
					2015				2015					2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung	Salden	71,8	73,8	73,3	62,5	73,4	79,3	78,0	79,5	78,9	78,6	76,5	67,7	62,0	
witterungsbedingte Baubehinderungen	Salden	28,4	8,6	13,8	38,3	12,3	1,3	3,3	2,0	2,0	2,0	6,0	18,0	43,0	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	7,4	9,6	9,7	10,2	10,1	9,4	11,0	10,2	7,7	4,5
Geschäftslage	Salden	9,3	13,4	15,5	12,6	17,0	17,4	14,9	16,9	14,4	15,8	14,6	13,9	14,7
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,3	3,2	2,3	2,5	2,3	5,7	3,5	4,6	6,4	6,0	1,6	-5,3
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	10,4	13,0	11,0	11,4	10,2	9,7	12,3	12,3	8,1	3,4
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	16,3	22,8	20,3	16,7	17,9	15,8	17,4	16,9	15,2	16,1
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	4,6	3,7	2,1	6,3	2,7	3,8	7,4	7,7	1,2	-8,5
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	11,9	13,7	13,3	10,7	12,2	8,2	12,1	11,7	9,0	4,4
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	16,4	19,3	20,0	16,6	19,1	15,6	16,7	17,6	17,7	14,8
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,1	6,9	7,4	8,2	6,9	4,9	5,6	1,0	7,6	6,0	0,7	-5,6
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	10,7	11,3	8,9	11,4	8,7	9,7	12,0	12,6	5,5	2,1
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	15,1	24,3	19,7	15,3	16,6	14,3	15,8	15,8	11,7	16,8
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	2,9	6,4	-0,8	-1,4	7,6	1,0	5,1	8,3	9,5	-0,6	-11,6
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	7,0	10,9	9,8	11,1	11,0	11,9	9,9	11,4	9,2	4,9
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	17,6	22,4	19,2	18,5	16,9	18,5	18,2	18,8	15,2	14,2
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	-3,1	0,0	0,9	3,9	5,3	5,5	1,9	4,2	3,3	-4,0
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,1	-3,0	-2,8	-6,2	-4,4	-2,0	1,2	0,4	0,6	2,2	0,9	-0,5	0,3
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,3	-7,3	-4,7	-4,6	-0,9	-2,6	-3,5	0,3	0,6	1,6	5,8
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,8	-1,3	-5,1	-4,1	0,5	3,4	3,5	4,7	4,2	1,3	-2,5	-5,0
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,7	22,6	28,6	24,0	27,0	29,7	33,6	31,0	33,0	33,9	34,0	28,1	27,2
Geschäftslage	Salden	22,9	32,4	38,9	31,6	39,7	42,2	42,2	44,0	42,0	41,2	43,4	37,5	39,1
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	18,8	16,7	15,0	18,0	25,4	18,7	24,3	26,9	24,9	19,2	16,0
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	41,0	66,3	65,7	54,9	67,5	55,2	54,4	55,0	59,7	52,3
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	52,1	42,2	22,3	9,5	12,1	1,9	10,4	16,1	10,2	1,0

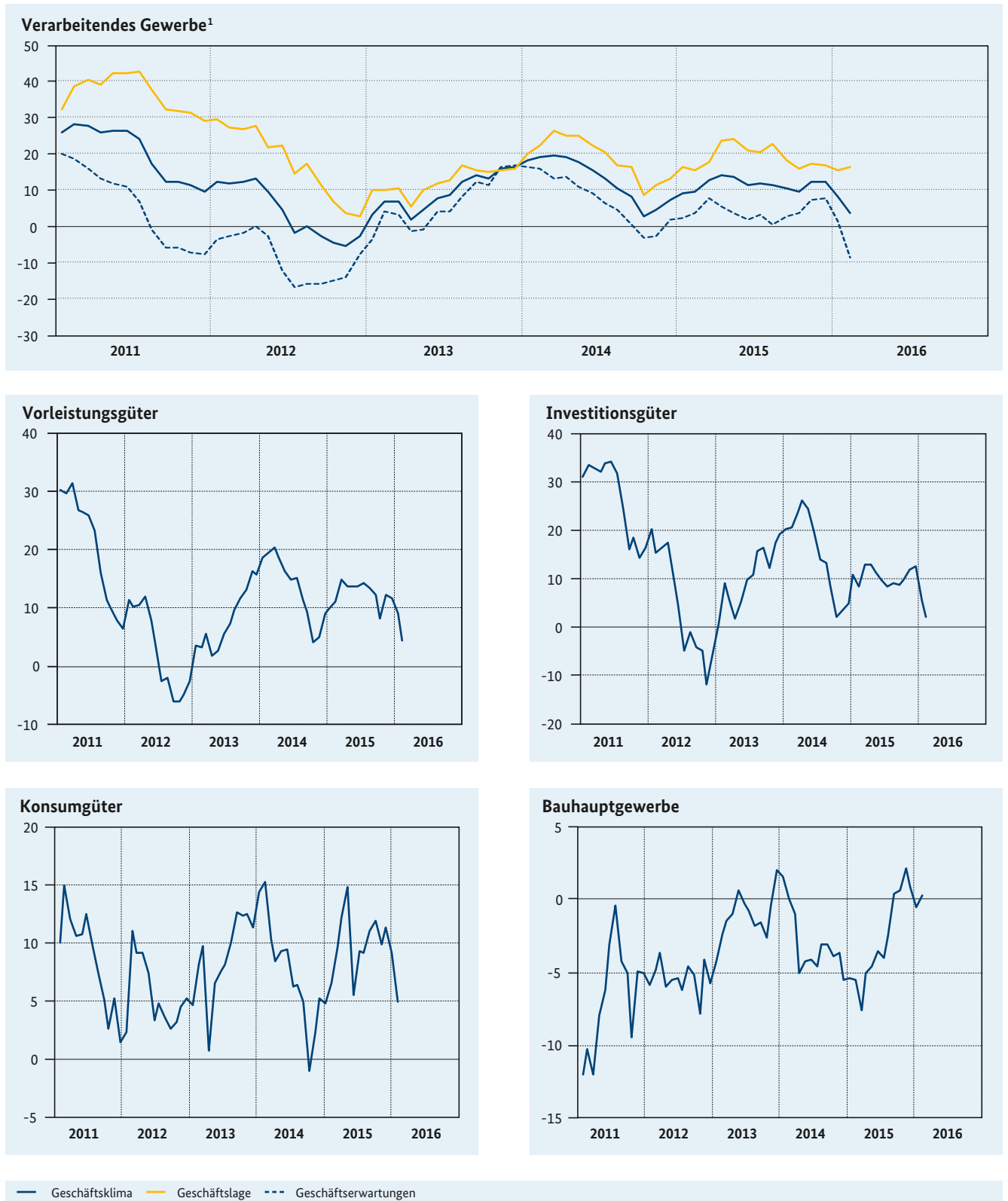
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

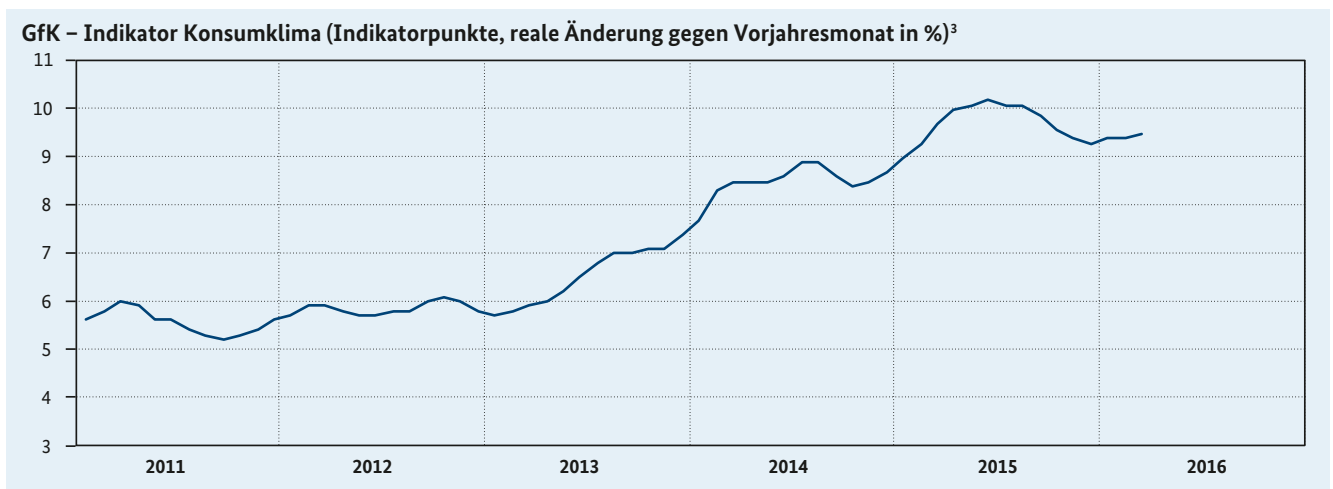
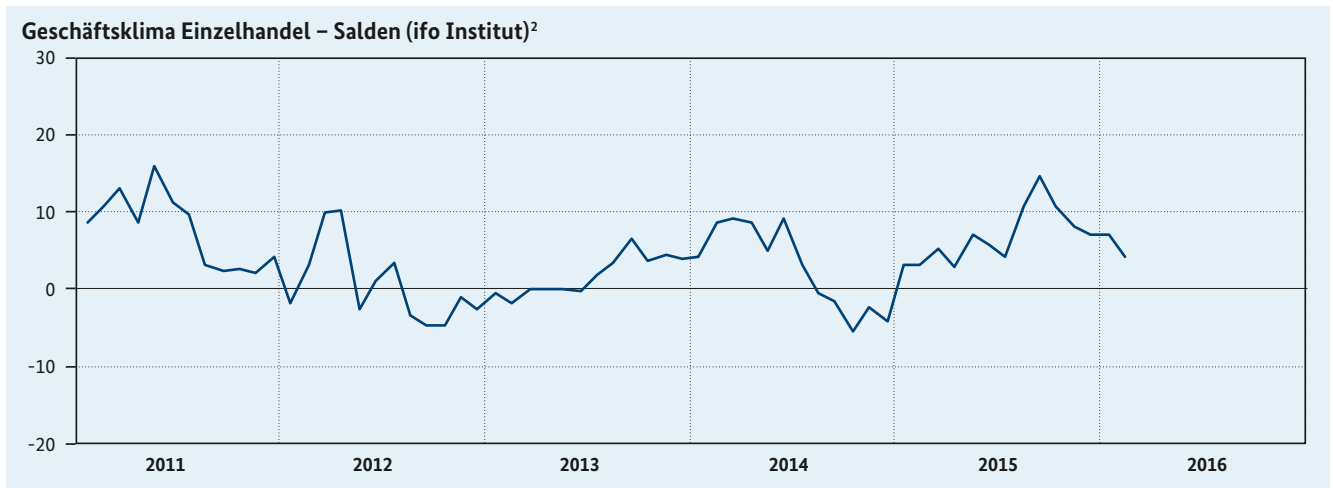
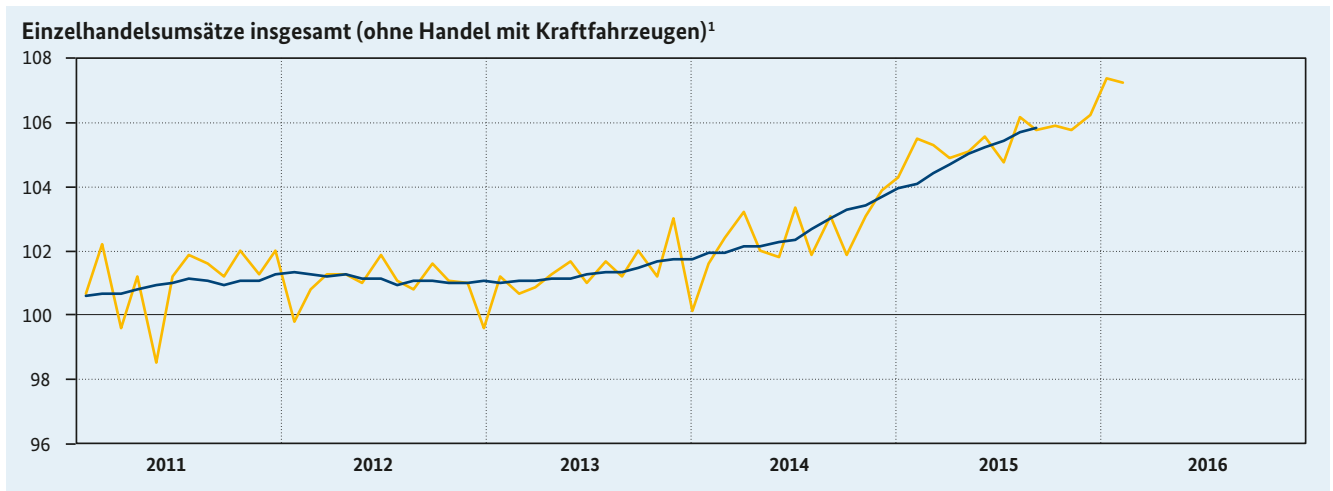
					2013		2014		2015					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,0	103,9	106,0	103,6	103,2	103,5	103,5	104,1	105,1	105,5	105,6	106,3	106,6
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,6	0,9	1,9	0,7	-0,4	0,3	-0,1	0,6	1,0	0,4	0,1	0,6	0,3
	gg. Vj. in %	0,6	0,9	1,9	1,6	0,9	1,0	0,6	0,5	1,6	2,3	1,8	2,1	1,6
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1758	421	420	424	425	428	435	434	438	441	445
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,8	2,3	2,8	1,0	-0,4	1,0	0,1	0,9	1,5	-0,1	0,9	0,6	1,0
	gg. Vj. in %	1,8	2,3	2,8	3,0	2,0	2,4	2,0	1,7	3,1	2,8	2,9	2,9	2,5
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2016		2016		2015		2016			
		2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,7	105,2	106,0	106,5	-	105,8	106,3	107,4	107,3	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,9	0,0	0,8	0,5	-	-0,1	0,5	1,0	-0,1	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,4	2,9	2,7	3,5	2,7	-	2,5	2,3	3,0	1,9	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	105,1	104,8	106,0	105,6	-	104,8	105,3	106,6	107,2	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,4	1,0	1,1	-0,4	-	-0,9	0,5	1,2	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,4	1,9	3,9	2,1	-	1,1	2,0	3,1	2,6	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,5	100,5	99,6	98,2	-	100,1	96,2	98,3	101,7	-	-
	gg. Vp. In %	-0,3	1,0	-0,3	0,8	-0,9	-1,4	-	1,3	-3,9	2,2	3,5	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,1	2,6	-1,1	0,3	-	4,3	-3,9	0,3	3,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	127,2	125,4	127,8	127,7	-	126,1	128,9	128,2	124,6	-	-
	gg. Vp. In %	1,5	3,6	4,5	-2,0	1,9	-0,1	-	-2,1	2,2	-0,5	-2,8	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,3	3,2	4,3	1,3	-	-0,2	2,1	1,7	-1,9	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	101,1	101,1	100,4	101,5	-	100,5	101,8	102,2	103,7	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	2,2	-0,1	-0,7	1,1	-	-0,3	1,3	0,4	1,5	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	2,1	3,3	1,9	1,9	-	0,9	2,4	2,4	2,1	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	111,9	111,7	111,9	113,8	-	112,7	114,3	114,3	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,3	2,4	7,1	1,3	0,2	1,7	-	0,6	1,4	0,0	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	7,2	8,6	6,8	7,5	-	6,3	9,9	6,2	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	105,9	108,2	110,9	110,7	111,1	111,9	-	111,7	111,7	112,2	-	-	-
	gg. Vp. In %	2,3	2,2	2,5	0,6	0,4	0,7	-	0,4	0,0	0,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	1,7	2,7	2,0	1,1	-	1,5	1,0	0,8	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	861	789	798	-	278	272	247	218	250	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	4,2	6,1	5,7	-	1,1	8,9	7,7	3,3	12,0	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	311	266	266	-	95	91	79	67	80	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	-0,6	-2,5	4,4	-	-1,0	11,7	3,3	1,5	8,7	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	107,1	107,0	-	107,0	107,1	107,0	106,1	106,5	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,5	0,1	0,3	-	0,3	0,4	0,3	0,5	0,0	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	1,2	0,8	1,8	-	1,6	2,3	1,4	0,9	0,8	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,3	1,2	1,1	-	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-4,6	-6,4	-6,2	-	-6,5	-6,3	-6,0	-5,7	-7,3	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-1,8	-2,7	-2,5	-	-3,5	-2,5	-1,5	-0,8	-2,5	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	5,3	10,0	8,9	-	11,0	8,3	7,3	7,2	4,4	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	15,7	13,2	20,4	17,5	-	18,7	18,7	15,0	13,3	13,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,2	-2,9	-1,2	-2,2	0,0	0,6	-	3,5	-1,6	0,0	1,2	-3,9	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	10,1	10,0	9,4	9,4	9,6	9,4	9,3	9,4	9,4	9,5
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	59,3	53,4	48,7	-	48,9	48,5	48,8	49,7	50,4	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

- 1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;
- 3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2015				2015				2016				
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	192	216	260	63	64	69	64	22,1	22,7	22,2	21,9	19,9	19,6
	gg. Vp. in %	-1,6	12,4	20,1	10,6	1,9	8,1	-7,5	-8,7	2,6	-2,4	-1,3	-9,1	-1,7
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	62	69	66	64	21,4	22,0	22,2	21,0	20,9	19,4
	gg. Vp. in %	6,0	6,7	14,4	1,4	10,1	-3,5	-3,1	-5,8	2,8	1,0	-5,4	-0,7	-7,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	290	298	296	292	96,7	98,5	97,3	98,2	96,6	95,7
	gg. Vp. in %	0,9	3,2	5,2	1,1	2,7	-0,6	-1,5	-4,4	1,9	-1,3	0,9	-1,7	-0,8
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	228	230	230	228	75,3	76,5	75,0	77,2	75,7	76,3
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	1,0	0,7	0,3	-1,0	-4,0	1,6	-1,9	2,8	-1,9	0,9
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-30	-6	-7	-8	-9	-2,4	-3,2	-3,1	-3,0	-3,1	-3,6
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-14,1	-36,4	7,7	10,4	18,8	7,8	34,3	-1,6	-5,1	4,4	15,2
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	59	60	60	60	19,8	20,0	19,4	20,0	20,2	18,9
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	4,8	1,0	0,7	-0,6	-2,1	1,1	-3,0	3,3	0,8	-6,3
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	268	65	67	68	69	22,1	23,2	22,5	23,0	23,3	22,5
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,1	-1,5	1,7	1,7	1,6	-1,1	4,7	-2,8	2,1	1,3	-3,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	17	14	17	17	5,6	5,7	6,1	6,0	5,2	5,4
	gg. Vp. in %	-2,7	-1,5	5,2	8,3	-14,8	21,6	-0,8	-9,9	3,1	6,5	-1,5	-13,3	2,9
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-42	-39	-37	-10	-12	-7	-8	-2,5	-1,9	-3,0	-2,2	-3,1	-1,6
	gg. Vp. in %	6,0	-7,2	-5,9	-0,9	21,1	-43,3	22,3	0,8	-24,6	62,6	-28,3	42,7	-47,6

Außenhandel nach Ländern²

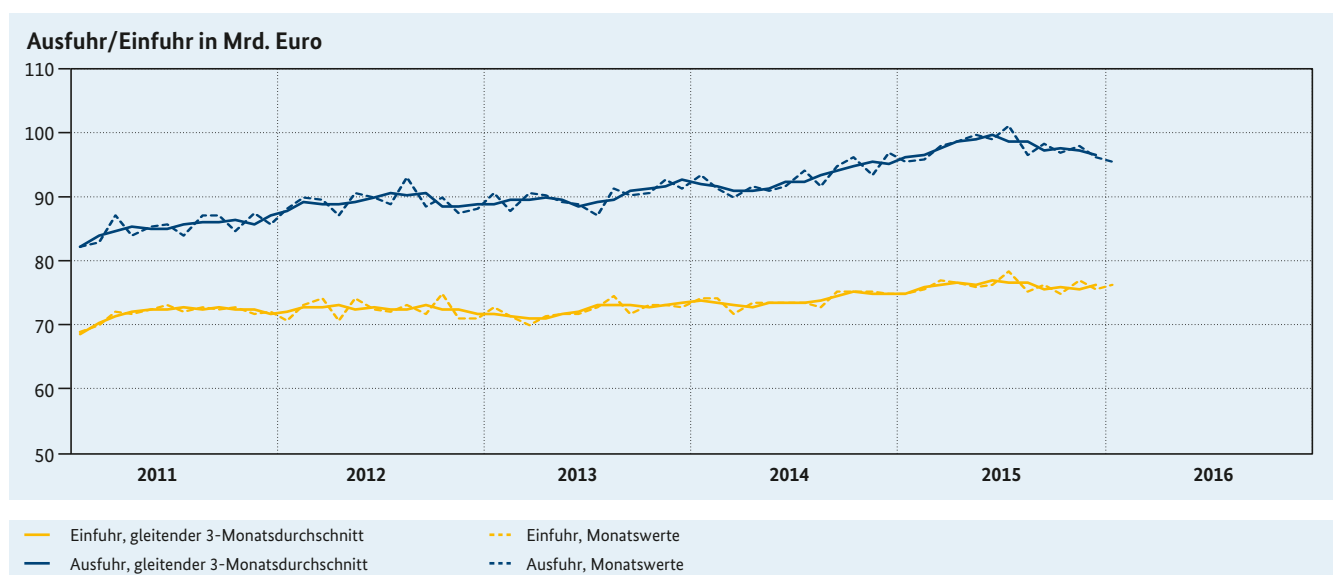
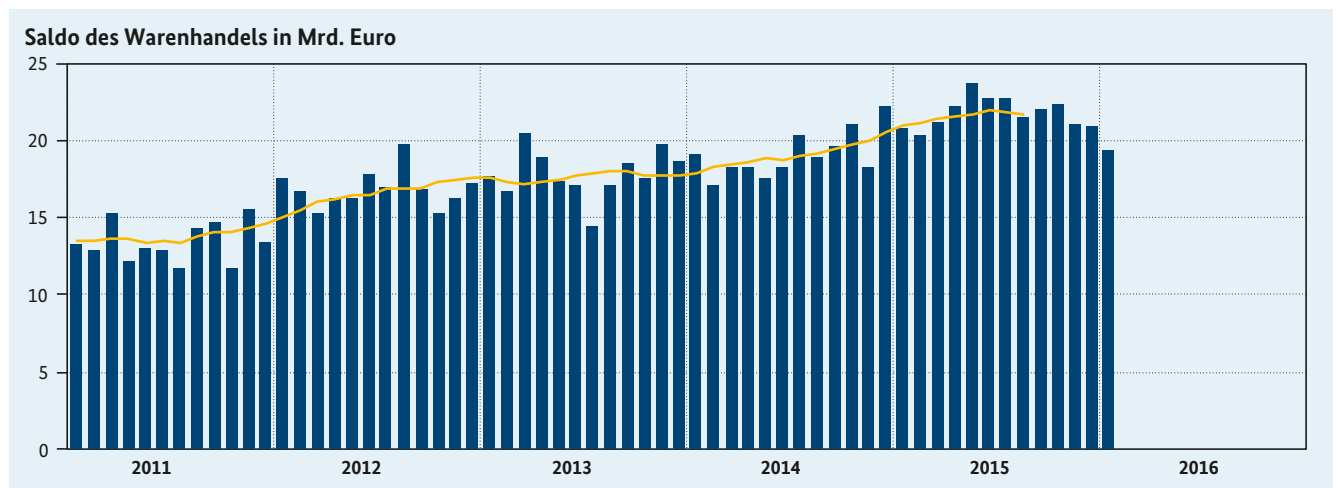
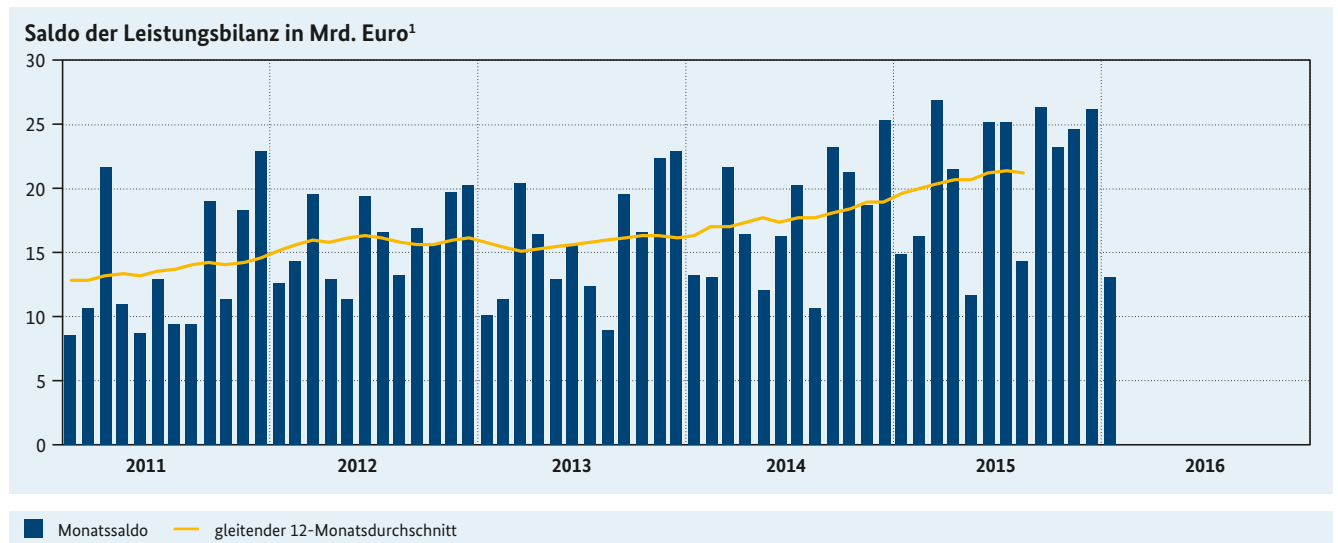
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	293	302	301	301	87,9	105,8	106,2	102,3	92,0	88,7
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,4	6,3	9,1	5,7	4,8	5,7	4,2	3,2	7,8	3,3	-1,4
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	172	175	172	175	49,4	62,2	62,7	60,8	51,5	54,7
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	6,1	8,7	6,9	6,4	5,2	7,4	6,3	9,7	2,9	1,0
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	109	111	106	109	30,0	38,7	39,1	37,9	32,4	34,3
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,9	3,5	7,3	6,1	6,7	3,8	6,8	5,5	8,9	5,6	-0,1
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	64	64	66	66	19,4	23,5	23,5	22,9	19,1	20,4
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	8,9	10,9	11,1	8,1	5,9	7,4	8,2	7,5	11,0	-1,4	2,9
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	121	127	129	126	38,5	43,6	43,5	41,5	40,5	34,0
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,6	6,4	9,6	4,1	2,6	6,5	0,1	-0,9	5,1	3,9	-5,0
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	948	235	237	238	239	72,7	83,1	84,0	81,8	73,1	75,2
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	2,7	4,8	5,2	4,1	4,4	4,1	3,3	5,5	3,5	1,5
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	152	156	155	158	46,1	55,4	55,3	54,3	48,0	48,4
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	2,0	4,8	6,5	4,8	5,1	6,7	3,4	6,5	4,6	3,0
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	105	108	106	108	31,2	37,9	37,4	36,9	33,3	33,3
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,8	1,0	4,2	5,8	4,5	3,3	6,4	2,6	5,7	5,3	2,7
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	195	47	48	49	50	14,9	17,6	17,9	17,4	14,8	15,1
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,0	4,3	6,1	7,9	5,6	9,0	7,5	5,1	8,4	3,1	3,8
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	82	80	83	81	26,5	27,7	28,7	27,4	25,1	26,7
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,6	4,0	4,9	2,8	2,7	3,4	-0,8	3,0	3,5	1,5	-1,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

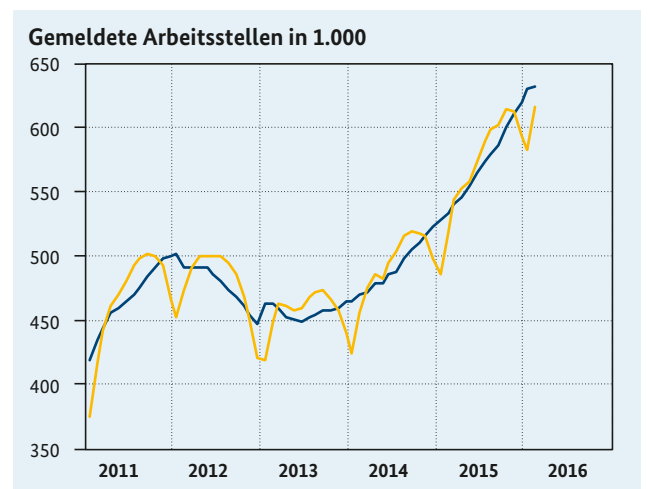
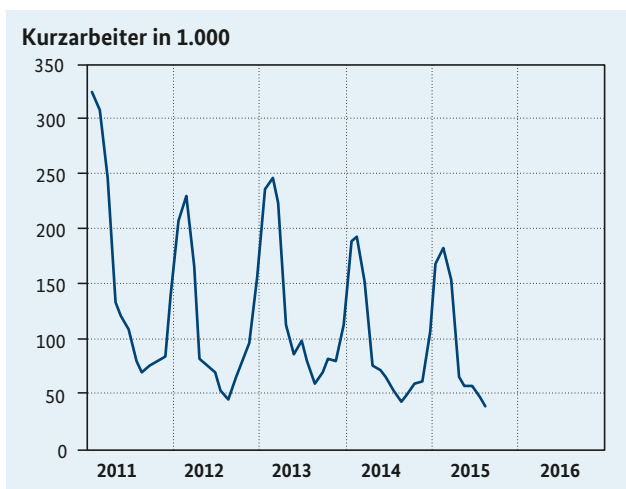
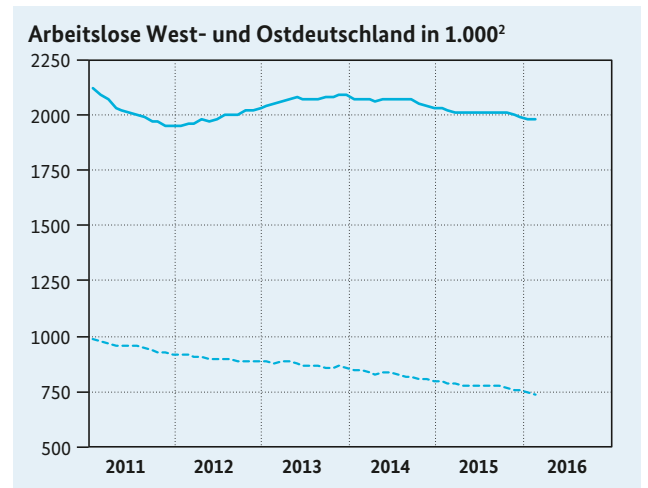
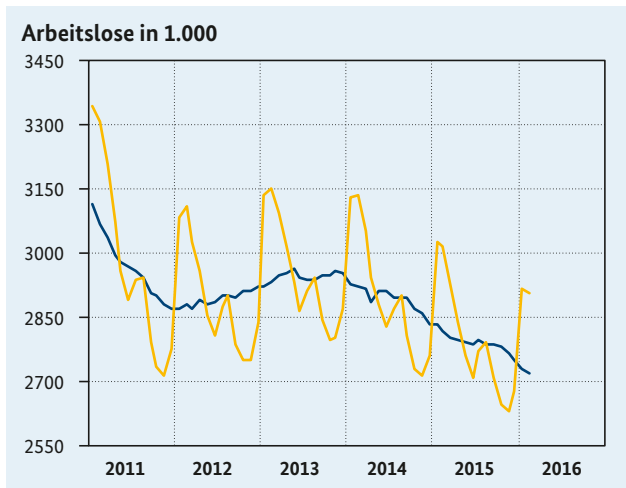
					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42328	42703	43032	42506	42953	43239	43428	43388	43494	43490	43301	42962	-
	gg. Vj. in Tsd.	+268	+375	+329	+281	+286	+335	+413	+368	+376	+423	+439	+517	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30861	30382	30712	31025	31326	31345	31380	31420	31178	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+643	+564	+592	+660	+756	+682	+704	+784	+780	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	2101	1953	1847	1899	1808	1851	1939	1906	1821	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-165	-95	-187	-113	-237	-166	-167	-7	-247	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	5,0	4,7	4,4	4,5	4,3	4,4	4,6	4,5	4,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2993	2772	2759	2655	2708	2649	2633	2681	2920	2911
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-116	-114	-102	-83	-100	-83	-84	-82	-111	-106
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1983	1950	1932	1879	1909	1885	1869	1883	1959	1964
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-49	-36	-19	-13	-14	-11	-13	-14	-30	-19
SGB III	in Tsd.	970	933	859	1011	822	827	775	799	764	764	798	961	947
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-67	-78	-83	-70	-86	-73	-70	-68	-82	-87
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2137	2003	2013	1929	1979	1930	1916	1943	2111	2107
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-55	-60	-59	-41	-59	-45	-41	-37	-49	-46
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	856	769	746	725	729	719	717	739	809	804
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-61	-54	-42	-42	-41	-39	-43	-45	-62	-60
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,9	6,3	6,3	6,0	6,2	6,0	6,0	6,1	6,7	6,6
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	6,1	5,7	5,7	5,5	5,6	5,5	5,4	5,5	6,0	6,0
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	10,1	9,1	8,9	8,6	8,7	8,6	8,5	8,8	9,6	9,6
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	679	597	629	600	643	596	613	591	765	677
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	623	670	630	609	731	655	629	543	526	686
Kurzarbeit ⁴ (konjunkturell bedingt)	in Tsd.	77	49	45	51	47	33	48	40	47	48	49	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	-8	-9	-3	+2	+1	-2	-3	+10	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3854	3630	3556	3485	3509	3472	3476	3508	3682	3707
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-167	-177	-178	-163	-183	-165	-161	-163	-182	-180
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	515	560	595	604	600	612	610	591	581	614
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+63	+73	+83	+95	+81	+95	+96	+93	+96	+95
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+267	+375	+328	+57	+113	+111	+132	+52	+36	+49	+50	+74	-
	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+642	+208	+166	+175	+206	+65	+58	+94	+71	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-84	-156	-54	-41	-59	-43	-14	-12	-15	-18	-21	-
	in %	5,2	5,0	4,6	4,8	4,7	4,6	4,4	4,5	4,5	4,4	4,4	4,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-38	-26	-1	-25	0	-7	-15	-15	-19	-11
	gg. Vp. in Tsd.	-13	-16	-28	-14	-1	+9	-7	+7	-2	-7	-10	-15	0
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	+66	-37	-75	-24	-25	-10	-17	-8	-5	-7	-5	-4	-10
	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	-23	-13	+1	-10	+3	-4	-6	-7	-8	-5
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-15	-14	-1	-15	-3	-4	-8	-8	-11	-5
	in %	6,9	6,7	6,4	6,5	6,4	6,4	6,3	6,4	6,3	6,3	6,3	6,2	6,2
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,8	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,6	5,6
	in %	10,3	9,7	9,2	9,3	9,2	9,2	9,0	9,2	9,1	9,0	8,9	8,8	8,7
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-99	-171	-52	-50	-33	-33	-11	-7	-14	-16	-26	-14
	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+18	+21	+24	+31	+7	+15	+10	+9	+10	+2
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	107,7	108,0	108,1	109,8	108,6	109,1	109,9	110,4	109,7	108,0
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	99,8	100,6	100,6	100,9	100,2	100,7	100,6	100,6	100,6	100,5	100,6	100,2	100,4
BA-X Stellenindex	Index	159,1	168,9	192,5	182,3	188,3	195,0	204,3	197,0	202,0	205,0	206,0	210,0	209,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 ⋯ Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

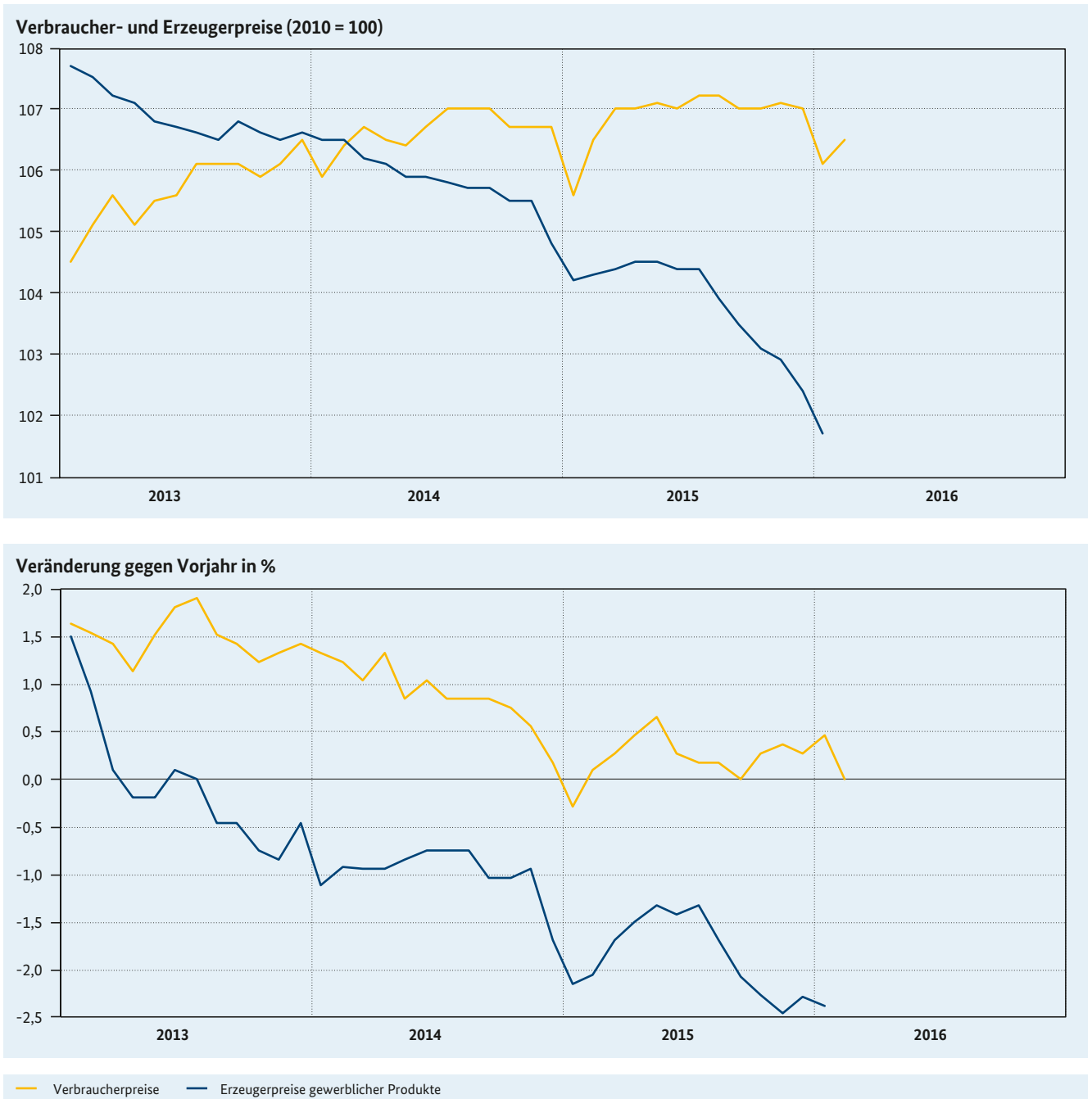
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2015				2016					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,0	107,1	107,0	107,0	107,0	107,1	107,0	106,1	106,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,5	+0,1	+0,3	0,0	+0,3	+0,4	+0,3	+0,5	0,0
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,4	107,8	106,9	106,8	107,0	107,1	107,1	106,1	105,2	105,2
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,4	-0,4	-1,0	-0,7	-1,3	-0,8	-0,6	-0,6	-0,3	-1,1
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	109,7	111,1	110,0	109,0	109,4	109,3	109,4	108,3	107,5	107,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-2,1	-0,9	-1,9	-1,6	-2,4	-2,1	-1,5	-1,3	-1,1	-2,2
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	112,0	113,0	111,8	112,7	112,1	112,7	112,9	112,4	112,4	113,2
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	-0,5	+1,2	+0,8	+1,8	+1,1	+1,6	+2,3	+1,4	+0,9	+0,8
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	114,4	114,5	112,2	110,3	111,6	111,1	111,0	108,7	106,8	106,5
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-4,8	-4,7	-6,5	-6,2	-7,0	-6,5	-6,3	-6,0	-5,7	-7,3
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	104,2	105,8	104,8	107,1	107,2	108,1	107,4	105,8	103,6	103,9
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,2	+0,5	+0,9	+0,9	+0,9	+1,9	+0,9	+0,1	+1,0	+0,6
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	96,8	97,2	97,3	97,8	97,4	97,7	97,8	97,9	98,0	98,2
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	-0,2	+0,3	+0,4	+1,1	+0,7	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,6
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	106,3	106,3	107,3	107,3	107,0	106,9	107,1	107,9	107,0	107,6
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,4	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,2	+1,2	+0,9
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,2	106,5	106,8	107,1	106,9	107,0	107,1	107,1	107,3	107,4
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,3	+1,2	+1,2	+1,1	+1,2	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	106,2	106,6	107,0	107,4	107,1	107,3	107,3	107,6	106,9	107,4
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,2	+1,0	+1,3	+1,1	+1,4	+1,3	+1,1	+1,2	+0,9
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,6	110,4	107,7	104,0	105,7	104,9	105,0	102,0	99,5	98,6
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,3	-5,6	-7,6	-7,6	-9,3	-8,6	-7,5	-6,5	-5,8	-8,5
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	106,4	107,1	107,0	106,9	107,0	107,0	107,1	106,7	106,6	106,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	0,0	+0,5	+0,1	+0,3	0,0	+0,2	+0,3	+0,4	+0,6	-0,1
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	99,5	100,1	100,2	100,1	100,1	100,1	100,1	100,1	99,1	99,5
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	-0,1	+0,3	0,0	+0,2	-0,1	+0,2	+0,2	+0,2	+0,4	-0,2
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	104,3	104,5	103,9	102,8	103,5	103,1	102,9	102,4	101,7	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-2,0	-1,4	-1,7	-2,4	-2,1	-2,3	-2,5	-2,3	-2,4	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,5	102,9	102,6	101,2	102,2	101,6	101,1	100,8	100,4	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-1,2	-0,6	-1,0	-2,1	-1,4	-1,9	-2,2	-2,2	-2,2	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	103,9	104,1	104,3	104,4	104,3	104,3	104,4	104,4	104,5	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,6	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,6	+0,7	+0,7	+0,6	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	107,9	108,2	108,2	108,2	108,3	108,3	108,2	108,1	108,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,2	-1,1	-1,0	+0,1	-0,7	-0,2	+0,1	+0,3	+0,6	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	106,6	107,0	107,3	107,4	107,3	107,3	107,5	107,5	108,0	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,1	+1,3	+1,4	+1,4	+1,3	+1,3	+1,5	+1,5	+1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,1	108,4	108,3	108,3	108,5	108,4	108,3	108,2	108,4	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,5	-1,4	-1,4	-0,1	-1,0	-0,5	-0,1	+0,2	+0,6	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	104,3	104,1	102,3	99,7	101,2	100,3	100,1	98,7	96,2	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-5,5	-4,3	-5,1	-6,8	-6,1	-6,5	-7,1	-6,8	-7,3	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	110,6	110,9	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,1	111,3	111,4	111,6	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+1,3	+1,2	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2015			2015				2016					
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	122,5	113,8	66,8	69,2	76,7	64,4	56,9	61,5	61,7	57,8	51,1	44,7	46,1
	gg. Vj. in %	-2,0	-7,2	-41,3	-43,1	-38,2	-45,1	-38,1	-45,3	-39,9	-38,6	-35,2	-31,8	-36,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	109,1	105,9	87,8	92,2	87,6	87,1	84,4	83,4	85,7	83,9	83,5	80,9	80,3
	gg. Vj. in %	-10,9	-2,9	-17,1	-14,7	-25,0	-13,3	-14,3	-12,7	-12,2	-15,7	-15,1	-14,7	-13,4
Industrie-Rohstoffe	Index	93,6	89,0	70,0	76,2	74,2	67,5	62,2	66,7	65,1	61,2	60,3	59,8	62,1
	gg. Vj. in %	-2,7	-4,9	-21,3	-16,4	-17,5	-25,5	-26,4	-24,7	-24,4	-28,1	-26,7	-23,7	-18,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	129,1	119,1	64,7	66,2	76,4	62,3	53,9	59,0	59,4	55,3	47,0	39,3	40,7
	gg. Vj. in %	-1,4	-7,7	-45,7	-48,5	-41,8	-49,7	-42,0	-50,1	-44,1	-42,1	-38,9	-35,5	-42,1
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	101,5	102,9	100,6	98,8	99,6	99,3	99,1	97,9	96,4	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-2,9	-0,9	-3,0	-3,5	-4,0	-4,1	-3,5	-3,1	-3,8	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	113,6	113,7	111,6	111,8	111,7	112,1	111,8	111,5	110,7	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	+1,3	+0,5	+0,5	+0,3	+0,7	+0,7	0,0	-1,9	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	100,2	101,8	99,4	97,4	98,3	98,0	97,8	96,5	95,0	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-3,3	-1,2	-3,4	-4,0	-4,7	-4,6	-4,0	-3,5	-3,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	91,5	95,8	86,4	79,7	83,2	82,6	80,6	75,9	70,2	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-19,6	-14,1	-20,8	-21,6	-23,7	-22,7	-21,8	-20,0	-20,0	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	102,9	103,7	103,5	102,9	103,1	102,7	103,2	102,9	102,7	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+2,4	+3,3	+2,5	+1,4	+1,9	+1,3	+1,7	+1,4	+0,3	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	104,8	105,4	105,0	104,3	104,6	104,4	104,5	104,1	103,9	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,8	+1,4	+0,8	+0,2	+0,3	+0,2	+0,3	+0,2	-0,5	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	103,3	102,4	104,4	105,6	105,0	105,1	105,4	106,3	107,8	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,9	+2,4	+3,8	+3,8	+4,5	+4,4	+3,8	+3,3	+3,5	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,13	1,10	1,11	1,09	1,12	1,12	1,07	1,09	1,09	1,11
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-17,7	-19,4	-16,1	-12,3	-13,0	-11,3	-13,9	-11,8	-6,5	-2,3
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	134,2	134,1	135,9	132,9	134,9	134,8	131,6	132,4	128,3	127,4
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-4,7	-4,2	-1,3	-7,0	-2,6	-1,5	-9,3	-10,0	-6,7	-5,4
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,74	0,72	0,72	0,72	0,73	0,73	0,71	0,73	0,75	0,78
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-10,2	-11,5	-9,6	-8,5	-7,6	-7,1	-10,6	-7,9	-1,6	+4,7
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	93,0	91,2	92,7	92,4	93,8	93,6	91,1	92,5	93,6	94,7
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-10,1	-11,9	-8,4	-6,7	-6,1	-5,5	-7,9	-6,6	-1,7	+1,5
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	89,2	87,5	88,7	88,4	89,7	89,6	87,1	88,3	89,1	90,0
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-10,7	-12,1	-8,7	-6,9	-6,5	-5,7	-8,2	-6,9	-2,2	+0,6
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,4	98,6	94,8	95,1	94,5	94,9	94,6	95,2	95,2	94,2	94,4	94,6	95,1
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-4,1	-4,5	-3,6	-3,2	-2,9	-2,5	-3,7	-3,4	-1,2	-0,1
56 Länder	Index	90,4	91,1	86,5	86,6	85,6	86,9	86,8	87,9	87,6	86,0	86,7	87,4	88,0
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,7	-5,1	-6,0	-6,8	-4,1	-3,3	-2,4	-2,2	-4,0	-3,6	-0,3	+1,3

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

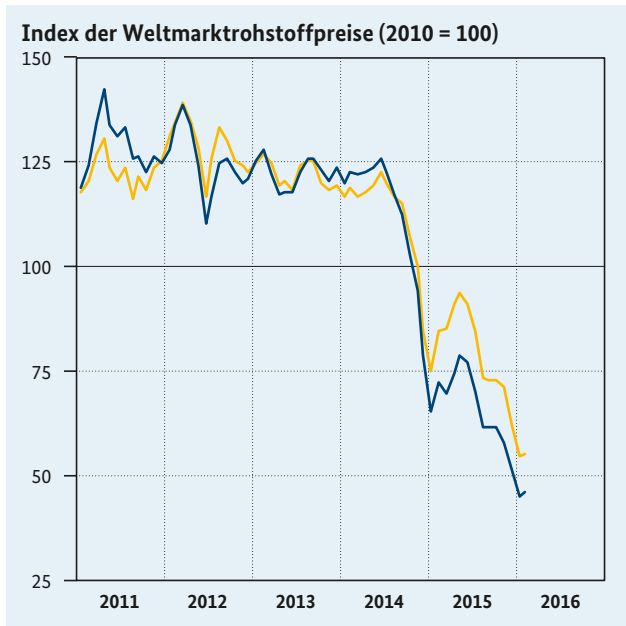
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2010=100;

2 Index 2010=100;

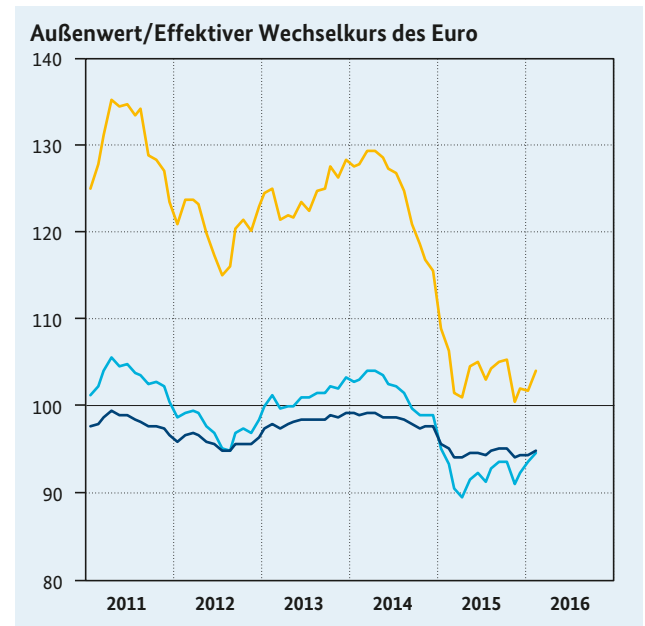
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

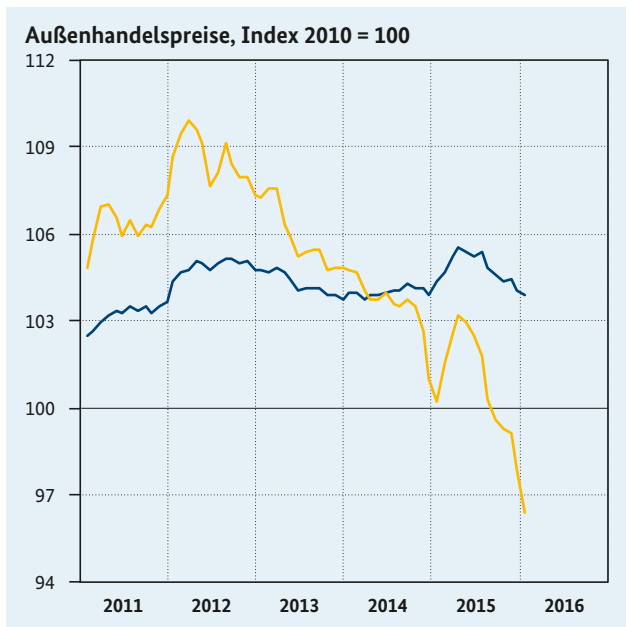
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



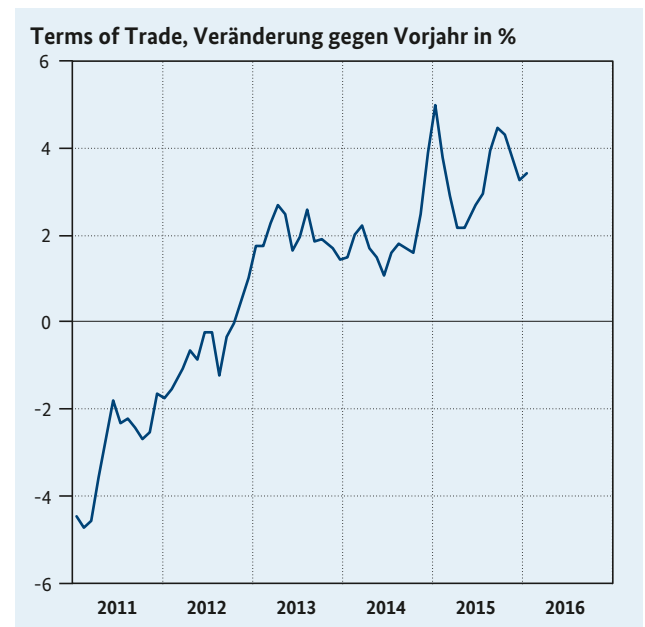
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,05	-0,13	-0,15	-0,20	-0,16	-0,15	-0,18	-0,27	-0,27	-0,31
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	0,05	-0,01	-0,03	-0,09	-0,04	-0,05	-0,09	-0,13	-0,15	-
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,13	0,06	0,04	-0,01	0,04	0,02	-0,02	-0,04	-0,06	-0,12
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,26	0,17	0,16	0,09	0,15	0,13	0,08	0,06	0,04	-0,01
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,09	0,12	0,13	0,11	0,12	0,09	0,09	0,15	0,12	-
Umlaufrendite														
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,14	-0,08	-0,09	-0,19	-0,09	-0,15	-0,22	-0,20	-0,25	-0,41
Umlaufrendite														
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,03	0,17	0,23	0,08	0,22	0,10	0,06	0,08	0,04	-0,18
Umlaufrendite														
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,31	0,49	0,66	0,53	0,65	0,52	0,52	0,55	0,43	0,17
Geldmenge														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	9,4	11,3	11,8	11,2	11,7	11,8	11,1	10,8	10,5	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	4,3	5,1	5,2	5,3	5,2	5,4	5,2	5,3	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	4,2	5,1	5,0	5,0	4,9	5,3	5,0	4,7	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	4,3	5,1	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	4,9	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,6	-0,1	+0,4	+1,0	+1,0	+0,8	+1,1	+1,2	+0,7	+0,9	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,8	+0,3	+0,8	+1,0	+1,0	+0,7	+1,1	+1,3	+0,6	+0,8	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,5	+2,1	+2,8	+2,7	+2,6	+2,7	+2,8	+2,5	+2,3	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+1,9	+1,9	+2,2	+2,5	+2,2	+2,5	+2,5	+2,4	+2,4	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-0,5	-1,2	-0,9	+0,1	-1,0	-0,7	-0,6	+1,5	+1,5	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	+0,7	-1,4	-0,9	-1,6	-0,3	0,0	-2,3	-2,3	-0,5	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	+1,1	-2,6	-3,0	-1,6	-3,2	-3,0	-2,2	+0,5	+0,1	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-1,1	-0,9	-0,4	+0,8	-0,7	-0,4	+0,2	+2,6	+2,3	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+1,6	+1,9	+2,3	+2,6	+2,4	+2,5	+2,6	+2,6	+2,7	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,0	+3,2	+3,6	+3,6	+3,7	+3,7	+3,7	+3,5	+3,5	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10962	11598	10686	10630	9953	10222	10986	10681	9871	9291
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	+16,2	+5,8	-7,9	-0,5	-8,0	+2,7	+7,5	-2,8	-7,6	-5,9
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3438	3624	3385	3335	3165	3275	3440	3288	3042	2863
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	+10,7	+5,4	-6,6	-1,5	-8,1	+3,5	+5,0	-4,4	-7,5	-5,9
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2064	2102	2026	2053	1943	2025	2081	2054	1923	1903
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	+2,5	+1,8	-3,6	+1,4	-4,7	+4,2	+2,8	-1,3	-6,4	-1,1
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	18173	20032	19422	19037	17961	18377	19553	19182	17404	16317
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	+8,9	+10,2	-3,0	-2,0	-9,8	+2,3	+6,4	-1,9	-9,3	-6,2

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

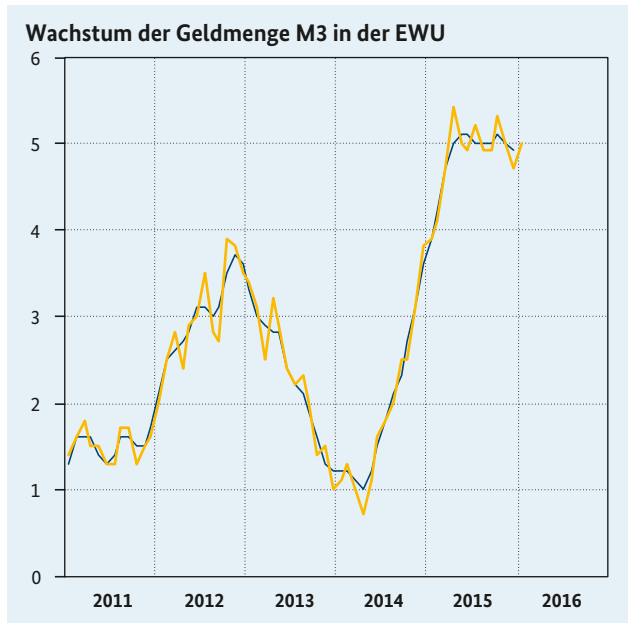
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

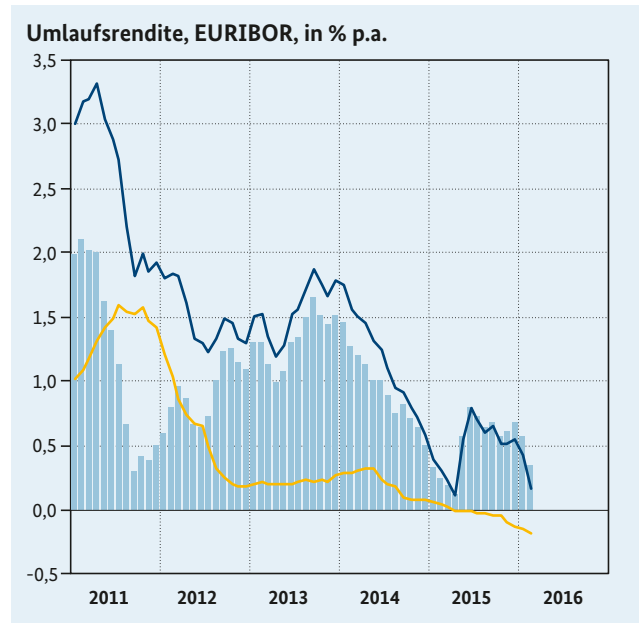
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

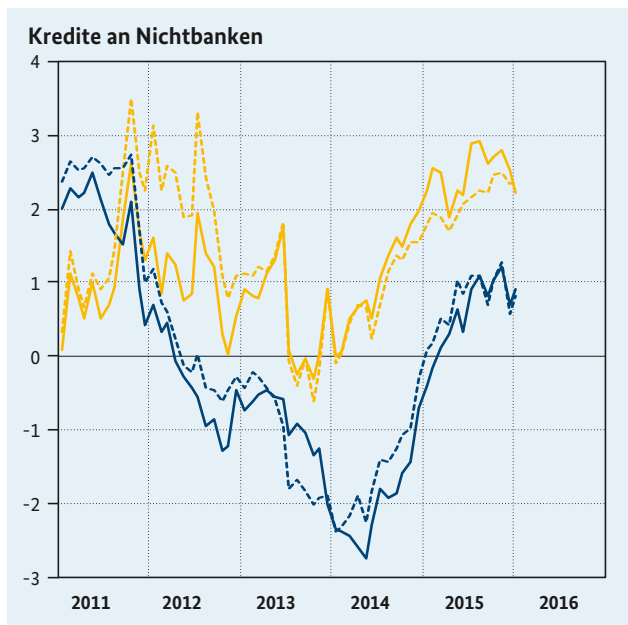
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



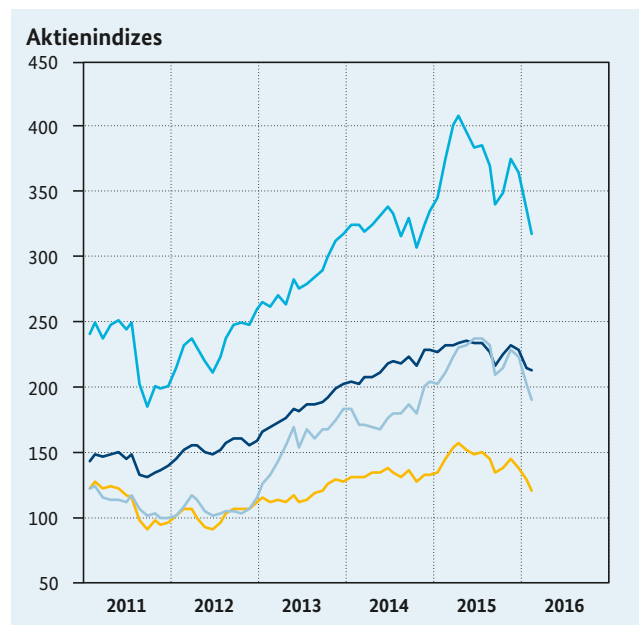
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 . . . Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. Silvia Dannenbring
(Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt)

Alexander Kleemann, Andreas Holzamer
(Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg)

Ralf Franke
(eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung)

Uta Böhner
(Digitalisierung als Chance begreifen)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
(Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne
an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
April 2015	<p>Das Momentum für mehr Weitblick in der Europapolitik nutzen</p> <p>Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien beginnt</p> <p>Partner Indien – Perspektiven 2015</p> <p>Auf dem Weg zu mehr Forschung und Innovation in Deutschland</p>
Mai 2015	<p>Frühjahrsprojektion 2015 der Bundesregierung: Deutsche Wirtschaft im Aufschwung</p> <p>Stärkung von Investitionen in Deutschland</p> <p>Online-Befragung zeigt großen kommunalen Investitionsbedarf</p> <p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Fokus</p> <p>Das Nationale Reformprogramm 2015</p> <p>Expo Milano 2015</p>
Juni 2015	<p>ZIM – optimiert: Neue Richtlinie für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand</p> <p>Reformierte EU-Kohäsionspolitik 2014 – 2020</p> <p>Intelligent vernetzt</p>
Juli 2015	<p>Auswirkungen höherer öffentlicher Investitionen in Deutschland auf die Wirtschaft des Euroraums</p> <p>Durch Vernetzung Energiezukunft gestalten</p> <p>Erneuerbare Energien und Energieeffizienz: Exportschlager „made in Germany“</p> <p>Elektromobilität mit System</p> <p>G7-Energieminister beschließen „Hamburg Initiative“ für nachhaltige Energiesicherheit</p>
August 2015	<p>Unter Strom: Die Elektroindustrie leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands</p> <p>Mit Mittelstand 4.0 in die digitale Zukunft gehen</p> <p>„Klein, aber fein“ – Neuauflage des Mikrokreditfonds schließt Marktlücke in der Kreditfinanzierung von Kleinstunternehmen</p>
September 2015	<p>Neue Erkenntnisse zu den volkswirtschaftlichen Effekten der Gesundheitswirtschaft</p> <p>Gesundheit – made in Germany</p> <p>Neuer Schwung für eine bessere Rechtsetzung in der Europäischen Union</p> <p>„Versprochen – gehalten“ – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung in Deutschland</p> <p>Die Stromversorgung bleibt sicher und kostengünstig</p>
Oktober 2015	<p>Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft</p> <p>Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer</p> <p>Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017</p>
November 2015	<p>Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015</p> <p>Gemeinsam die Industrie stärken</p> <p>Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit</p> <p>Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen</p> <p>Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen</p> <p>Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!</p>

Ausgabe	Fachartikel
Dezember 2015	Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist
Januar 2016	Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung
Februar 2016	Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz
März 2016	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
